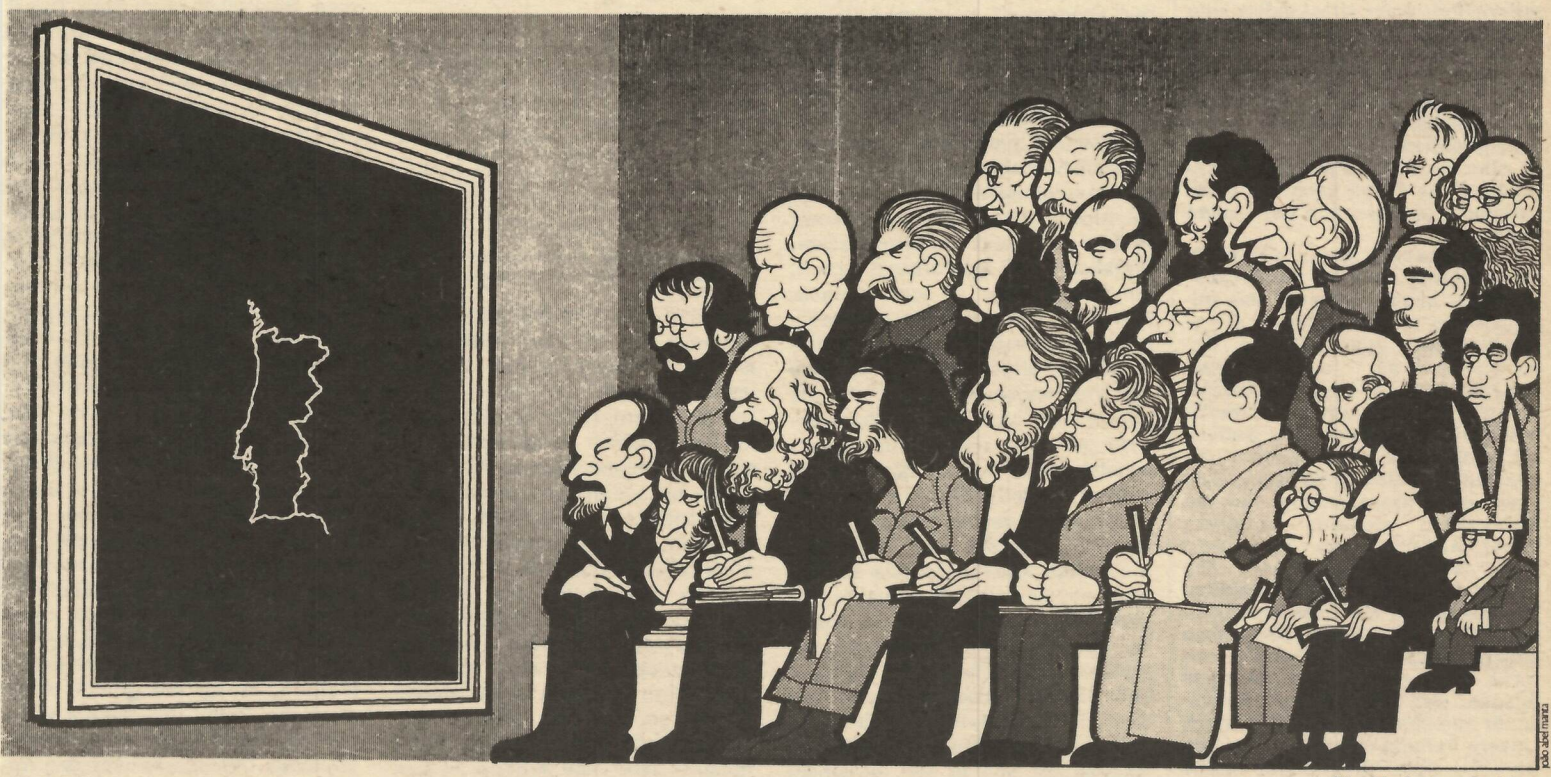
D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 69
September '75 DM 1,50



Ein schwieriges Problem

Portugal: Sozialistische Revolution und Sozialistische Partei

Der Steward im TAP-Flugzeug von Frankfurt nach Lissabon verteilt die Zeitungen an die deutschen Fluggäste; da es Sonntag ist, gibt es nur „Bild am Sonntag" und „Welt am Sonntag". Beide machen mit denselben Schlagzeilen auf: Chaos und Bürgerkrieg in Portugal. Die deutschen Touristen sind beunruhigt (auch wenn sie einige Stunden später weder in Lissabon noch in der Algarve auch nur einen Hauch von politischen oder gar gewaltsamen Auseinandersetzungen mitbekommen werden). Der Steward spricht von der Flut reaktionärer Kundgebungen im Norden, die – so meint er – von dem unverantwortlichen Opportunismus Mario Soares' angeheizt wurden. „Ich bin bereit, wie mein Vater früher, mit der Waffe in der Hand in die Berge zu gehen, um gegen die Faschisten zu kämpfen", sagt der Steward der TAP. Sein Vater hatte in der LUAR (Liga der vereinten und revolutionären Aktion) gegen Caetano gekämpft.

Später, in der Algarve, berichtet ein deutscher FDP-Bundestagabgeordneter bei einem Glas Bier von seinem Gespräch mit Mario Soares. Dieser habe ihm erklärt, er setze jetzt alles auf eine Karte – auch wenn es zum Bürgerkrieg komme. Als die anwesenden Journalisten – darunter ein bekannter deutscher Schriftsteller – ihre Cassettenrecorder hervorholen und den MdB bitten, dieses schwerwiegende und beunruhigende Zitat von Soares noch einmal zu wiederholen, winkt er ab. Das Gespräch mit Soares sei vertraulich gewesen. Doch Soares führt eine Unmenge solcher ‚vertraulichen' Gespräche, vor allem mit ausländischen Journalisten und in Lissabonner Bars kann man in diesen Tagen zuweilen Sozialisten antreffen, die auf einem Blatt Papier Bürgerkrieg spielen. Sie zählen die MFA-treuen

In dieser Ausgabe:

Kommentare: Rosa Cravos: Portugal 1 · Heide Erd-Küchler und Christine Huth: Frankfurter Frauenzentrum gegen § 218 4 · Der „Fall" Anne Lenhard 5 · Detlef Horster: Presse über Jugendheim 6 · H. E. Brand: „Aurora"-Schließung 6 · Spanisches Syndikat ade! 8 · Tilmann Evers: Argentinien 9 · **Repression:** Wolf-Dieter Narr: Die Stunde der Exekutive 11 · Elmar Altvater: Krise und politische Disziplinierung 13 · **Strategiediskussion:** Ernst Wedekind: Kritik am SB-Schwerpunkt Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 15 · A. K. Jonas/S. O. Ludwig: Autonomie und Widerstand 17 · **Ökonomie:** Aike Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise III 21 · **SB-Organisierung:** Delegiertenrat 24 · **Aktion:** Schulstreik 26

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

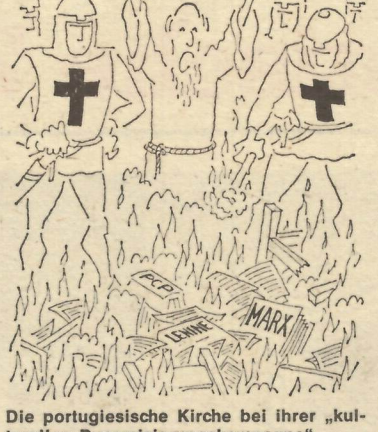
Bataillone zusammen und diejenigen, die möglicherweise gegen sie antreten.

Vor einem halben Jahr noch veranstaltete die PS (Sozialistische Partei) Solidaritätsveranstaltungen mit den Opfern der chilenischen Reaktion und des von ihr entfesselten Bürgerkriegs. Heute muß sich Mario Soares den Vorwurf gefallen lassen, daß seine Partei zum Sammelbecken aller reaktionären Kräfte im Lande geworden ist. Und es sieht so aus, als ob die sozialistische Parteibasis keine Chance hätte, sich gegenüber ihrer Spitze durchzusetzen. Das unzweideutig sozialistische Programm der PS ist schon jetzt so etwas wie ein „Ahlener Programm" geworden. Heute tritt Soares demagogisch gegen einen „Sozialismus der Entbehrung" auf. Er verfolgt dabei die Vorstellung einer Wirtschaftsentwicklung nach westeuropäisch-kapitalistischem Vorbild. Soares ist der portugiesische Vertreter der EG-Allianz Giscard-Schmidt, deren Projekt auf einen „europäischen Marshall-Plan" für Portugal abzielt, ein Projekt, wie es auch Spinola und die „modernen Kapitalisten", etwa die Industriellenfamilie Champalimaud, angestrebt haben. Was ein Vorstandsmitglied der PS als „Schweden plus Sonne" bezeichnete (er war nach dem Gesellschaftsmodell der PS für Portugal gefragt worden), würde lediglich die totale Abhängigkeit Portugals von der EG bedeuten und damit eine eindeutige Absage an alle sozialistischen Gesellschaftsprojekte, ob pluralistisch oder nicht. Gleichzeitig wäre es eine Abkehr von der antikolonialistischen Politik gegenüber den afrikanischen Staaten und ein Einschwenken auf die neokolonialistische Politik der EG.

Spinola (er soll in Rio an einem Buch schreiben mit dem Titel: „Demokratischer Sozialismus") bestätigte seine Kontakte mit portugiesischen PS-Leuten in Frankreich, was Soares gerade noch dementiert hatte. Der Industrielle Champalimaud kam etwa um dieselbe Zeit aus seinem brasilianischen Exil nach Frankreich. Er will hier eine großaufgemachte Zeitschrift für portugiesische Gastarbeiter herausbringen, verbunden mit einer Bank für die Arbeiter, die dem neuen Portugal endgültig die wichtigen Devisen der emigrierten Arbeiter entziehen soll.

„In einer Familie mit Hunger streiten sich alle und keiner hat Recht", sagt ein portugiesisches Sprichwort. Außerhalb der großen Küstenstädte ist der Hunger auch heute noch in Portugal ein weitverbreitetes Phänomen. Hier fallen die Parole „gegen einen Sozialismus der Entbehrung" und der Hinweis auf die reichen Länder Bundesrepublik und Schweden auf fruchtbaren Boden. Als die Dorfbevölkerung von Rio Maior im Norden von Lissabon die Parteibüros der Kommunistischen Partei und der Linkssozialistischen FSP (Sozialistische Volksfront) anzündeten und die Funktionäre um ihr Leben rennen mußten, erklärten einige Kleinbauern dem Korrespondenten von „Le Monde", warum sie so aufgebracht waren. Schuld an ihrer Not seien die Leute von der Kommunistischen und der FSP-Partei. Denn sie würden verhindern, daß die Kredite aus dem Ausland nach Portugal fließen könnten.

Die PS von Mario Soares, mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung bei



Die portugiesische Kirche bei ihrer „kulturellen Dynamisierungskampagne".

Bad Godesberg im Exil gegründet, hat nach dem 25. April keine ihrer großen Chancen genutzt und ist mehr und mehr zur reinen Wahl-Partei geworden. Die Chance etwa, in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei zugleich ein antibürokratisches, antistalinistisches Gegenmodell aufzubauen, das die reiche libertär-sozialistische Tradition in Portugal ebenso hätte aufnehmen können wie die große und erfinderische Kampfbereitschaft vieler Arbeiter und Bauern nach dem 25. April. Dies wäre zugleich eine stabile Grundlage für eine Einheit zwischen der PS (zu deren Basis anfänglich sehr viele Arbeiter in den Industriezentren Lissabon, Setabal und Porto gehörten) und dem progressiven Flügel der MFA. Ein Bündnis, das dieser Flügel zunächst bei der PCP (Kommunistische Partei) und heute links von dieser sucht.

Stattdessen hat Soares (nach dem Ausscheiden des linken Flügels unter Manuel Serra) sich zu einem elektoralistischen Weg entschieden, wobei seine Partei um so mehr Erfolg verbuchen konnte, wie sie die rechten und liberalen Parteien CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum) und PPD (Volksdemokratische Partei) an Antikommunismus übertraf. („Bei uns würden 80 % für den Diktator Caetano stimmen, stünde er zur Wahl, so tief sitzt immer noch die Angst bei den Leuten", sagte ein Volksschullehrer im Norden.) Zunächst wollten viele Sozialisten dies nur als Wahltaktik verstanden wissen (denn diese reaktionären Stimmen seien bei der PS doch besser aufgehoben und deshalb nicht so gefährlich). Doch der ständige Streit mit der Kommunistischen Partei um Einflußbereiche, Posten und Machtpositionen entfernte beide Parteien immer mehr von den realen politischen Problemen und Möglichkeiten des Landes. Daß es der PS dabei nicht wirklich um die PCP, ihren Stalinismus etc. ging, zeigte u. a. der von Soares besonders hochgespielte Konflikt um die Abendzeitung „Republica". Hier war der Gegner der PS nicht Cunhal und die PCP, sondern es waren die Drucker, die Angestellten und die wenigen Redakteure, die nach einer Hinaussäuberung von Nicht-PS-Redakteuren noch übriggeblieben waren. Die Belegschaft der Zeitung hatte (völlig ohne Unterstützung durch die Kommunistische Partei) ein Modell der Selbstverwaltung durchgesetzt, und „Republica" ist trotz großer Schwierigkeiten dabei, eine der großen wirklich unabhängigen Zeitungen im Lande zu werden, was man von der neuen Gegenzeitung (unter dem alten Republica-Chef Raul Rego) „A Luta" (Der Kampf) bestimmt nicht erwarten kann, und sei es nur deswegen, weil allzuviel Geld aus dem Ausland drin steckt (nicht zuletzt von der bayerischen SPD). Selbst auf ökonomischem Gebiet scheinen die Entscheidungen von Soares völlig bestimmt vom Schielen auf den Wählereffekt. Etwa die Antwort auf das Austerity-Programm der MFA, d. h. die Drosselung der Einfuhren von Luxusgütern, den Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstversorgung, um die Lebensmittelimporte zu senken, von denen z. B. Mais schon jetzt auf dem Weltmarkt vorausbezahlt werden muß. — „Was auch immer die Neigung der Militärs für einen ‚Tiers Mondisme' (Politik der Dritten Welt) sein mag, wird die politische Unterentwicklung in Portugal eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen?" fragte Soares einen ausländischen Journalisten, und er fuhr fort: „Meine Partei ist demokratisch. Es ist die größte portugiesische Partei. Ich leugne nicht daß ich ein Projekt der parlamentarischen Demokratie und des Reformismus hatte, das es erlaubt hätte, große Erschütterungen beim Anschluß an das Europa des Gemeinsamen Marktes zu vermeiden. Mit einem solchen Projekt hätte ich die Verschiedenheit einer Wählerschaft respektiert, die antifaschistisch, antikommunistisch und begierig auf Reform ist, und einer Arbeiterklasse, die in ihrer Mehrheit jede Form von Autoritarismus und jeden Angriff auf die Freiheiten abzulehnen scheint. Das war die einzige Formel zur Eroberung einer Wählerschaft, die einen totalitären Kommunismus befürchtet und die Angst vor dem Unbekannten und dem Abenteurertum hat."

Tatsächlich hätte Portugal heute im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft unter den Bedingungen verschärfter interkapitalistischer Konkurrenz auf dem Weltmarkt und anhaltender Rezession keinerlei Chancen, eine rasche und harmonische Entwicklung im Sinne eines „modernen Kapitalismus" zu nehmen (wie es Adenauer mit Hilfe des Marshallplans für die Bundesrepublik noch konnte). Ohne Vorteile für die Masse der Portugiesen zu bringen, würde ein EG-Marshall-Plan lediglich auf eine Stärkung der bürgerlich-kapitalistischen Kräf-

te hinauslaufen, die dann im entscheidenden Verteilungskampf sicher nicht bei den in Westeuropa üblichen Notstands- und inneren Sicherheitsmaßnahmen stehen bleiben würden. (Bei den Soldaten des Regiments RAL I wurde Spinola nach seinem gescheiterten Rechtsputsch vom 11. März 1975 „Spinochet" genannt.)

Die Spaltung zwischen MFA und der Sozialistischen Partei von Mario Soares ist heute perfekt. Selbst die sogenannte gemäßigte Gruppe von MFA-Offizieren um den ehemaligen Außenminister Melo Antunes lehnte jetzt noch einmal jede sozialdemokratische Lösung ab, die nur Illusionen wecke, die sie dann nicht befriedigen könne. Die Modelle der klassischen spätkapitalistischen Länder, so heißt es in dem 11seitigen Antunes-Dokument, können die Krise in Portugal nicht lösen. Gleichzeitig ist das Dokument aber auch die bisher schärfste Ablehnung der Politik der PCP und des Modells des osteuropäischen Kommunismus. Die voreilig innerhalb der MFA nicht koordinierte Veröffentlichung dieses Dokuments wurde zwar von dem Dreiergremium Costa Gomes, Goncalves und Otelo scharf zurückgewiesen, und die Autoren wurden von ihrer Mitgliedschaft im Revolutionsrat suspendiert, aber es gilt als sicher, daß viele Einheiten das Papier studiert haben und als Diskussionsgrundlage benutzen. Otelo de Carvalho war nicht grundsätzlich dagegen, hielt aber den Zeitpunkt der Veröffentlichung inmitten einer schweren Autoritätskrise und einer Offensive aller reaktionärer Kräfte im Land für falsch und gefährlich.

Eine der schwächsten Seiten des Antunes-Papiers ist der Mangel an jeder konstruktiven Alternative.

Jetzt hat eine Gruppe von COPCON-Offizieren, nach gründlichen Diskussionen in verschiedenen Lissabonner Kasernen, ein eigenes Programm als revolutionäre Alternative zum Melo-Antunes-Papier vorgelegt. Dieses Papier geht hart mit der Führung der PS ins Gericht (wohlgemerkt nicht mit der Partei selbst), die sie zur Rechten zählt und der der Versuch vorgeworfen wird, „den Fortschritt des revolutionären Prozesses aufzuhalten, ja umzudrehen, um die Privilegien der hohen Bourgeoisie und die hemmungslose Ausbeutung der Arbeiter zu garantieren".

Das Dokument stellt ein Abflauen der Begeisterung bei der Bevölkerung für die Revolution fest. Als einen der Hauptverantwortlichen dafür nennt das Papier auch die Politik der Kommunistischen Partei und der mit ihr verbundenen Demokratischen Volksbewegung: Die Ablösung der faschistischen Verwaltungen, der örtlichen Behörden sei in den meisten Fällen durch Personen der lokalen Klein- und Mittelbourgeoisie vorgenommen worden, die mit der PCP oder der MDP verbunden waren. Diese Leute hätten sich als unfähig erwiesen, Lösungen für die wichtigsten Probleme der Bevölkerung herbeizuführen.

Anstelle der Parteienbürokratie möchte das Programm der COPCON-Offiziere eine Organisationsstruktur der Massenbewegungen sehen, aufgebaut auf einer Anerkennung und Institutionalisierung der Dorf-Räte, Arbeiterkommissionen und Stadtteilkomitees, kurz der Institutionen, die es den Betroffenen selbst ermöglichen, die Lösungen für ihre Probleme zu finden und auch durchzusetzen.

Das Dokument schlägt außerdem eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor, wie z. B. eine massive Unterstützung der Landwirtschaft durch zinslose Kredite und Preisgarantien für landwirtschaftliche Produkte. Allein die schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion könne kurzfristig die Abhängigkeit von der als „imperialistisch" verurteilten Wirtschaftshilfe der EG brechen. Außerdem sieht das Programm konkrete Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor (vor allem für die vielen Angola-Flüchtlinge, die zahlreich an den Ausschreitungen im Norden teilgenommen haben). Für sie soll in der Landwirtschaft und im Wohnungsbau Beschäftigung gefunden werden.

Das COPCON-Dokument hat vor allem bei den progressiven Soldaten und Offizieren im Lissabonner Raum (wie etwa Ralis, Militärpolizei, etc.) sofort Unterstützung gefunden. Sogar die wegen ihrer einseitigen Unterstützung der PC (auch im COPCON-Papier) angegriffene 5. Division (Propagandaabteilung) sagte dem Programm ihre Unterstützung zu. Hinter ihm stehen auch die meisten Großbetriebe und landwirtschaftlichen Kooperativen. Nach der Veröffentlichung kamen fast ununterbrochen Solidaritätserklärungen über den Sender „Radio Clube Portuges".

Dennoch hat das Melo Antunes Papier bei der Mehrzahl der keineswegs schon in ihrer Gesamtheit politisierten Offiziere der MFA (besonders im Norden nicht) die weitaus größere Zustimmung gefunden. Otelo de Carvalho, der das COPCON-Papier fördert, läßt inzwischen durchblicken, daß nicht so sehr an die sofortige Durchsetzung des Programms gedacht war; es sollte vielmehr ein linkes Korrektiv zum Antunes-Papier sein, um es aus dem reaktionären Fahrwasser, in das es sofort geraten war, herauszuholen. Wie man hört, arbeitet die Antunes-Gruppe an einer Neufassung ihres Dokumentes, um es als Grundlage für einen Kompromiß mit der COPCON-Gruppe brauchbar zu machen. Entscheidend wird dabei sein, ob die Einschätzung der Basis-Aktivitäten, die bei Antunes abqualifiziert und in die Ecke eines „Anarcho-Populismus" gedrängt sind, revidiert werden.

Die entscheidenden Schlachten werden in den kommenden Wochen und Monaten auf wirtschaftlichem Gebiet geführt werden müssen, was aber zugleich eindeutige politische Entscheidungen voraussetzt. Ökonomisch wird das wichtigste Element die Drosselung der Nahrungsmittelimporte sein. 27 % des Weizenbedarfs mußte aus dem Ausland eingeführt werden, 61 % vom Mais, 25 % vom Rindfleisch, und sogar 37 % des Nationalgerichts Kabeljau mußten importiert werden. Insgesamt mußte Portugal 1974 11,6 Milliarden Escudos für Nahrungsmittelimporte ausgeben. – Unter der vierten provisorischen Regierung (die jetzt durch die fünfte ersetzt wurde) war es nicht gelungen, die Produktivität zu steigern, weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie. Die „zentralistische" Lösung der von der PCP und der kommunistisch geführten Intersindical stark beeinflußten Regierung Goncalves hat vollkommen versagt. Weder der freiwillige Arbeitssonntag, noch die ständigen Aufrufe zur Steigerung der „Produktionsschlacht" und zur möglichst streik- und konfliktlosen Arbeitsdisziplin haben viel genutzt. Allein der totale Zwang könnte hier vielleicht etwas ausrichten, aber da spielt die MFA nicht mit.

So bleibt nach dem Scheitern des elektoralistischen Wegs der PS und PPD und dem jetzt ebenso offensichtlich gewordenen Scheitern der „Machtergreifungsstrategie" von PCP und der ihr nahestehenden MDP nur der von vielen progressiven Offizieren der MFA seit langem bevorzugte Weg der „direkten Demokratie", das heißt der schrittweisen Machtverlagerung auf die Selbstverwaltungsorgane in den Fabriken, den landwirtschaftlichen Kooperativen und den Stadtteilvereinigungen. Dieser Weg, der in Portugal (in Anlehnung an die Modelle aus Afrika bei der PAIGC oder der FRELIMO) „frentista", eine Einheitsfront aller fortschrittlichen Kräfte, oder auch „a-partidario" genannt wird, weil diese Politik nicht im Sinne und zum Nutzen einer politischen Partei geführt wird, ist auch für das wirtschaftliche Überleben zur einzigen realistischen Chance geworden.

Die portugiesische PS gewinnt neue Mitglieder

Nr. 47 – April 75: Beiträge zur psychologischen Erfahrungsdimension der Arbeitslosigkeit, zu Organisationsformen von Arbeitslosen, dem Verhalten der Gewerkschaften in der Krise u. a.

Nr. 48 — Juni 75: Redaktionskollektiv, Wage vage Radikalität. Linke Intellektuelle im Beruf / F. Gerngroß, Radikalität und die Grenzen der Erziehung / Redaktionskollektiv, Vermittelt durch den Arsch des Herrn. Über politische Einstellung und Organisierung von Tutoren / Betriebsbesetzung in Erwitte. Interview mit den streikenden Zementwerkern / F. Schrader, Zur aktuellen Entwicklung in Portugal / A. Raub, Komplott des Schweigens. Zu ‚Griechenland zwischen Revolution und Konterevolution 1936—1946' / Rezension zu Peter Brückner: „Freuds Privatlektüre"

Vertrieb: SPARTAKUS-Buchversand, 2 Hamburg 13, Postfach 132251 oder PROLIT-Buchvertrieb, 63 Gießen, Postfach 2969 – Einzelpreis DM 2,–

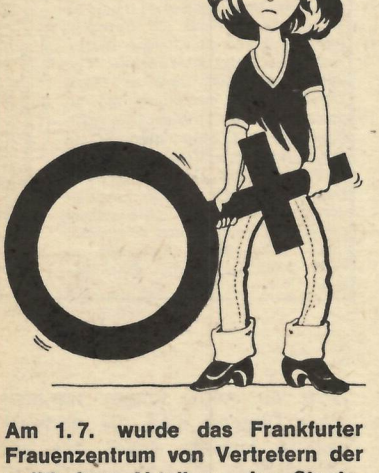
Trotz 48 Jahre langer faschistischer Diktatur sind die portugiesischen Arbeiter dabei, das fortschrittlichste Modell einer sozialistischen Revolution in Europa zu realisieren. Hunderte von Projekten selbstverwalteter Betriebe mit Formen demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter sind im ganzen Land entstanden. Bisher sind sie allzusehr im Streit zwischen den Parteien und Machtgruppen behindert worden. Auch die neue provisorische Regierung ist nicht angetreten, ihre Politik auf der Ebene der A-partidario-Bewegung der Arbeiter zu konzentrieren. Sie ist nur als Notregierung gegen die reaktionäre Offensive im Lande zu verstehen. Im Herbst werden die entscheidenden Schritte folgen.

In diesen Tagen beginnen in Lissabon mehrere Tagungen über selbstverwaltete Betriebe. Auf Initiative der LUAR treffen sich die Delegierten aller selbstverwalteten Betriebe zu einem Erfahrungsaustausch. Auf Initiative der PRP/BR von Isabel do Carmo treffen sich die Vertreter der revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte (CRTMS) ebenfalls in Lissabon. Wir werden diese Treffen beobachten und über die Entwicklung dieses Sektors in der portugiesischen Revolution fortlaufend berichten.

Für die Sozialisten in der BRD stellt sich heute die wichtige Aufgabe, den revolutionären Prozeß in Portugal von der Basis her zu unterstützen, und dies bedeutet auch, direkte materielle Hilfe für die selbstorganisierten Initiativen, die die unmittelbaren Probleme in den Betrieben, auf dem Lande und in den Stadtteilen zu lösen versuchen. Wir fordern jeden Genossen auf, eine Spende zu überweisen und den dieser „links" beigefügten Spendenaufruf zu verbreiten: Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17455702.

ROSA CRAVOS

Frauen gegen §218



Am 1. 7. wurde das Frankfurter Frauenzentrum von Vertretern der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft und des Mordkommissariats durchsucht. Der Hausdurchsuchungsbefehl war damit begründet, daß nach polizeilichen Ermittlungen vom Frauenzentrum aus Fahrten zu Abtreibungskliniken im Ausland organisiert würden.

Bei der Razzia im Frankfurter Frauenzentrum fallen einige Merkwürdigkeiten ins Auge, ihnen soll im folgenden nachgegangen werden. Zum einen bedarf sicher die Zusammensetzung des Aufgebotes, das Polizei und Staatsanwaltschaft zwecks Durchsuchung entsandten, einer Interpretation: Es waren zugegen die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft und die Mordkommission der Polizei. Ersteres läßt den Schluß zu, daß von Seiten der Staatsanwaltschaft nicht nur wegen Verdachtes der Abtreibung bzw. Beihilfe dazu, sondern zusätzlich wegen des Deliktes der Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird (§ 129 STGB „... Vereinigung, ... deren Zweck ... darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen"). Die Strafandrohung reicht bis zu 5 Jahre Freiheitsentzug. Die in diese Richtung gehenden Ängste der Frauen sind nicht ganz unbegründet, ruft man sich das erst Anfang diesen Jahres ergangene Urteil des Bundesgerichtshofes (Az.: 3 StR 7/74 vom 12.2.75) über eine in Hamburg erfolgte Hausbesetzung ins Gedächtnis. Danach reicht seit neuestem für die Annahme des Straftatbestandes des § 129 StGB ein lockerer organisatorischer Zusammenschluß der Beteiligten aus, überdies braucht die Begehung strafbarer Handlungen nur ein Nebenzweck der Vereinigung zu sein. Die Kriminalisierung politisch arbeitender Gruppen wird damit fast zum Kinderspiel.

Was bedeutet zum anderen die Einschaltung der Mordkommission? Es ist anzunehmen, daß diese Maßnahme mit Blickrichtung auf die Wirkung in der Öffentlichkeit ergriffen wurde, denn es ist überhaupt nicht auszumachen, woher Anhaltspunkte für die Begehung eines Mordes (Tötung mit besonders niedrigen Beweggründen bzw. besonders gefährlicher Tatwaffe) genommen werden könnten. Mutmaßungen über derlei schreckliche Verdächtigungen bleiben aber eben länger im Gedächtnis der Bevölkerung haften, erhöhen die Kriminalisierungstendenzen und verringen Solidarisierungsneigungen ungemein — da muß ein guter Polizeipsychologe am Werk gewesen sein! So viel zum Aufgebot, welches die Staatsdiener entsandten!

Angeblicher Grund für die Durchsuchung waren vom Frauenzentrum organisierte Busfahrten zu holländischen Abtreibungskliniken. Im Widerspruch zu diesem vorgeblichen Zweck der Durchsuchung steht dann allerdings die Beschlagnahme einer Ärztekartei, in der Frauen ihre Erfahrungen mit den allgemeinen Behandlungsmethoden Frankfurter Frauenärzte (unabhängig von deren Abtreibungsbereitschaft) zusammengetragen hatten. Dieser Widerspruch läßt sich möglicherweise so lösen: Jeder weiß inzwischen, daß Abtreibungsadressen (meist holländische) sporadisch in fast allen deutschen Illustrierten und Frauenzeitschriften abgedruckt werden. Diese Zeitungen machen sich damit nach unserem Strafrecht der Beihilfe zur Abtreibung strafbar. Alle wissen, daß Institutionen, wie Universitätsklinik, Sozialstationen, pro familia, ja sogar Parteien und Gewerkschaften hilfesuchende Frauen in das Frauenzentrum schicken, weil sie von deren Recht auf Abtreibung überzeugt sind; auch diese Institutionen machen sich strafbar wegen Beihilfe zur Abtreibung, aber die Justiz hat bis heute nicht im Ernst daran gedacht, diese Art von Beihilfe durch Strafverfolgung zu unterbinden. Die Strafverfolgungsbehörden mußten also bei ihrem coup gegen das Frauenzentrum, wollten sie wegen ihres aktiven Vorgehens nicht unglaubwürdig werden, noch andere Beweismittel

Solidarität mit dem Frankfurter Frauenzentrum

Seit längerem ist bekannt, daß das Frankfurter Frauenzentrum dazu übergegangen ist, statt individueller Beratungen über Verhütung und Schwangerschaftsunterbrechung und Vermittlung von Abtreibungsadressen, kollektive Fahrten nach Holland zu organisieren. Es wird deshalb nach Holland vermittelt, weil bislang nur dort die schonendere Absaugmethode angewandt wird, im Gegensatz zur in der BRD üblichen Ausschabung. Außerdem verringert sich durch kollektive Anfahrt für die Frauen der finanzielle Aufwand, und es ist die Möglichkeit gegeben, daß Frauen, die sich in der gleichen Situation befinden, ihre Ängste und Nöte austauschen können, dadurch dann — wie die Kliniken in Holland bestätigen —, weniger verkrampft und verängstigt den Eingriff vornehmen lassen können.

Bislang wurde die Frauen-Selbsthilfe, als sie einzeln und heimlich ablief, geduldet, ja nicht nur geduldet, sondern sogar begrüßt; — so der Frankfurter FDP-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete A. v. Schoeler — da das Frauenzentrum sich ja bemühe, Frauen zu helfen, die durch „unmenschliche und unsoziale Strafandrohung des § 218 in verzweifelten Situationen von der Gesellschaft in die Isolation getrieben und alleine gelassen" würden. Und so schickten auch die Uni-Kliniken, die Pro-Familia-Beratungsstelle und andere offizielle Institutionen, sowie viele Ärzte die Hilfe suchenden Frauen fleißig ins Frauenzentrum, denn sie sollen ja auch nicht in den Händen von Kurpfuschern landen.

In dem Moment aber, wo alles nicht mehr einzeln und heimlich abläuft, sondern öffentlich Busse organisiert werden, man sich „öffentlich in die Illegalität" begibt, mußte die SPD — die sich verbal zwar für die Reform des § 218 einsetzt und vor Verängstigung und Kriminalisierung hilfesuchender Frauen warnt — Farbe bekennen und nahm die Anzeige von 7 Ärzten zu Hilfe, um die Polizei ins Zentrum zu schicken. Schon vorher war versucht worden, durch Bespitzelung und zivile Polizei Informationen über die Abtreibungsfahrten zu bekommen. Wenig später wurden an einem offiziell angemeldeten Stand, wo Frauenzentrums-Frauen über das Geschehene informierten und zu einer Solidaritätsfahrt nach Holland aufriefen, die Personalien der Frauen aufgenommen und die Flugblätter beschlagnahmt.

Als Reaktion auf diese Maßnahmen starteten am 12. 7. etwa 280—300 Frauen in 3 Bussen und ca. 30 Pkws zu einer offiziellen Demonstrationsfahrt in Richtung Den Haag. Ziel war die dortige Abtreibungsklinik, wohin das Frankfurter Frauenzentrum bislang Fahrten für betroffene Frauen organisiert hat. Sie wurden von zahlreichen Solidaritätsbekundungen unterstützt. So fuhr gleichzeitig ein Autokonvoi, 40—50 Personenwagen und ein vollbesetzter Reisebus, unter den Parolen „Solange es den § 218 gibt, fahren wir nach Holland", „Nicht wir sind illegal, sondern das Gesetz ist falsch" durch die Bezirke Berlins. Unzählige Solidaritätsschreiben und Protestbriefe unterstützten diese Aktion. So zeigte sich der Vorstand der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen „empört über die polizeiliche Durchsuchung, die offenbar nichts zutage förderte, was zu ihrer Rechtfertigung dienen könnte." 85 Ärzte und Medizinalassistenten aus Frankfurter und umliegenden Krankenhäusern sowie 43 Angestellte eines Frankfurter Krankenhauses erklärten öffentlich „daß auch Frankfurter Ärzte und Medizinalassistenten in der Vergangenheit Abtreibungsmöglichkeiten vermittelt haben und dies weiterhin — auch in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter und anderen Frauenzentren — tun werden". Sie protestierten gleichzeitig gegen die angedrohten Disziplinarmaßnahmen gegen die Hanauer Rechtsreferendare, die sich in einer Solidaritätserklärung dazu bekannt hatten, „daß auch Referendare bei der Staatsanwaltschaft und beim Schöffengericht Hanau in der Vergangenheit Abtreibungsmöglichkeiten vermittelt haben."

Die Frauen vom Frauenzentrum betonten ausdrücklich, daß sie Abtreibung für keine schöne Sache halten, daß aber nicht die Frauen diejenigen seien, die etwas gegen Kinder haben, sondern diejenigen, die unter dem Vorwand des „Schutzes ungeborenen Lebens" die Razzia ansetzten. Sie gaben hierzu ein aktuelles Beispiel, daß nämlich dieselbe Polizei, zwei Tage später mit Kampfgas gegen 4—7jährige Kinder vorging, die sich zu einer Kinderdemonstration für gefahrlosere Spielmöglichkeiten zusammengefunden hatten.

Die Maßnahme gegen das Zentrum kam schnell, überraschend und unvorbereitet. Trotzdem war dieser erste massive Einschüchterungsversuch ein Schlag ins Wasser, denn durch die breite Solidarisierungswelle nach dem Überfall wurde der Öffentlichkeit bewiesen, wie brisant das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung für alle Frauen ist, solange Staat, Parteien und Regierung Gebärzwang auf sie ausüben. Immer mehr Frauen begreifen, daß es hier um ihren eigenen Körper geht, und sie wollen darüber nicht mehr den Staatsanwalt bestimmen lassen. Diese Frauen haben sich überregional zusammengeschlossen und organisierten bei ihrem Treffen am 16. 8. in Frankfurt die kollektiven Fahrten nach Holland von allen Frauenzentren der BRD aus. Die Angebote der holländischen Ärzte, selber in der BRD zu helfen und deutsche Ärzte aus der BRD in der schonenden Absaugmethode auszubilden, werden immer mehr und immer mehr Ärzte erklären sich bereit, die Frauen zu unterstützen, so daß es schon bald zu „kollektiven Selbsthilfe in der BRD" kommen wird. **CHRISTINE HUTH**

wegen möglicher zusätzlicher Straftaten finden. Und der Rechtsstaat macht's möglich! Man fand Material (Ärztekartei), das man laut Hausdurchsuchungsbefehl zwar gar nicht suchte, aber unter dem Aspekt späterer Verwertbarkeit (Führen einer solchen „schwarzen Liste von Frauenärzten" gilt evtl. als geschäftsschädigendes Verhalten gegenüber den betroffenen Medizinern) einfach mitnahm.

Alles deutet darauf hin, daß mit der Razzia im Frauenzentrum intendiert war, eine Kriminalisierung politisch arbeitender Frauen sowohl von juristischer Seite, als auch von seiten der Öffentlichkeit zu erreichen. Warum aber der Versuch einer Kriminalisierung gerade jetzt? Möglicherweise deshalb, um alle Ansätze von Basismobilisierung in Sachen Schwangerschaftsabbruch diesmal rechtzeitig von vornherein abzublocken. Die Koalitionspartner SPD/FDP haben beim vorläufig letzten Anlauf zur Verabschiedung einer gesetzlichen Regelung der strafrechtlichen Bewertung der Abtreibung allen Grund, Basisaktivitäten zu fürchten — die vormalige „Fristenlösung" ist in den nunmehr vorgelegten „Grundzügen" auf ein Minimum an Rechten für die schwangere Frau zusammengeschrumpft. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu § 218 hatte bereits den Rahmen für eine Indikationenlösung angegeben. In den Koalitionsthesen wird die medizinische Indikation als die zentrale Indikation genannt, von der als Unterfälle zwei weitere, die ethische und eugenische, Indikationen abgeleitet werden. Darüber hinaus soll eine Abtreibung dann straflos bleiben, wenn eine Fortsetzung der Schwangerschaft die Frau „in die Gefahr einer schweren Notlage" bringen würde. Über nähere Einzelheiten zu diesem Tatbestand schweigen sich die Koalitionspartner aus. Das Verfahren vor dem Schwangerschaftsabbruch soll nach den Koalitionsthesen so aussehen, daß die erste Feststellung über das Vorliegen einer Indikation der „Arzt des Vertrauens" der Frau zu treffen hat. Wenn er der Ansicht ist, eine Indikation sei gegeben, so schickt er die Frau zu einer Beratungsstelle oder einem beratenden Arzt. Es soll nicht ausgeschlossen werden, daß dieser beratende Arzt auch den Eingriff vornimmt, allerdings erst nach einer Karenz- und Besinnungszeit von mindestens drei Tagen zwischen Beratung und Eingriff. Darüber hinaus soll es möglich sein, daß ein dritter Arzt aufgrund der Äußerungen der beiden anderen Ärzte den Eingriff vornimmt. Alle an einer Abtreibung beteiligten Ärzte müssen durch eine Registrierung bei der Ärztekammer mittelbar staatlich legitimiert sein, wie es in dem Bundesverfassungsgerichtsurteil als Notwendigkeit angedeutet worden war. Sollten diese Regierungsthesen Gesetzeswirklichkeit werden, so werden die betroffenen Frauen notwendiger denn je auf Selbsthilfe und solidarische Kommunikation mit Gleichgesinnten angewiesen sein.

HEIDE ERD-KÜCHLER

Der Berufsverbots„fall" Anne Lenhard

Gemäß Art. 33 II GG hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt (Art. 33 konkretisiert insoweit den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3). Unzulässig ist es, bei der Feststellung der Eignung politische Anschauungen zu berücksichtigen. Darüber herrscht — ein seltener Fall — Einmütigkeit in der juristischen Literatur und der Rechtsprechung. Wie es das BVerwG bei dieser eindeutigen Sachlage fertigbringt, aus der Eignung doch noch eine „politische Eignung" zu machen, soll hier anhand des Berufsverbotsfalles „Anne Lenhard" (DKP) nachgezeichnet werden. Frau Lenhard hatte sich vergeblich um Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe als Lehrerin im Volksschuldienst beworben. § 9 Landesbeamtengesetz (LBG), der vom Bewerber ein aktives Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO) verlangt, wird mit Hilfe „hergebrachter Grundsätze des Berufsbeamtentums", deren Herkunft äußerst zweifelhaft bleibt, und der allmächtigen fdGO zu Verfassungsrang hochgejubelt und im folgenden zur Einschränkung fast sämtlicher Grundrechte benutzt. Nicht § 9 LBG wird an der Verfassung gemessen, sondern die Verfassung durch die Brille des § 9 LBG betrachtet.

Aber Art. 21 II GG ist durch das BVerfG bereits verbindlich ausgelegt worden. Nach der Meinung des BVerfG darf niemand die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei rechtlich geltend machen, solange diese nicht verboten ist. Auch erstrecke sich der Schutz des Art. 21 II GG auf die Mitglieder der Partei, solange diese mit allgemein erlaubten Mitteln für die Partei arbeiteten. Der sich aufzwingende Schluß, daß die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei (z. B. DKP) zu keiner Benachteiligung durch staatliche Stellen führen darf, wird vom BVerwG vermieden. Was dann so aussieht, daß es behauptet, das BVerfG habe nicht sagen wollen, „daß bis zum Verbot jedes Parteimitglied als verfassungstreu zu behandeln ist; es ist nur gesagt, . . ., daß die parteioffizielle Tätigkeit ihrer Anhänger vor dem Verbot als rechtmäßig anzusehen ist". Was nur beinhalte, die Tätigkeit könne weder als strafbares Unrecht betrachtet werden, noch dürfe ein Unwerturteil über sie gefällt werden.

Mit dieser Argumentation geht das BVerwG formal auf die Entscheidung des BVerfG ein, setzt sich jedoch über deren Inhalt und Zweck hinweg. Zum einen wird nämlich den Einstellungsbehörden eine Befugnis zuerkannt, die materiell der des BVerfG entspricht. Die Behörde darf über die Verfassungswidrigkeit einer Partei selbst befinden, zwar nicht mit der Folge, daß sie diese Partei verbieten könnte, aber mit der Folge, daß sie deren Mitglieder aufgrund dieser Wertung den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehren darf. Zum anderen wird die Erstreckung des Schutzes unzulässigerweise auf strafrechtliche Verfolgung begrenzt.

Die Erstreckung soll aber verhindern, das Parteiprivileg dadurch auszuhöhlen, daß Maßnahmen, die letztlich gegen die Partei gerichtet sind, deren Mitglieder treffen. „Denn eine Partei ist ohne die Tätigkeit ihrer Funktionäre handlungsunfähig. Auf diese Weise könnte eine Partei unter Umgehung des in Art. 21 II GG vorgesehenen Verfahrens vor dem BVerfG ausgeschaltet werden. Das aber wäre verfassungswidrig" (BVerfGE 12, 305).

Die oben zitierte Differenzierung des BVerwG zwischen verfassungstreu und rechtmäßig stellt nichts anderes dar, als daß der Legalität (rechtmäßiges Handeln) eine Superlegalität (fdGO) entgegengestellt wird; mit der Folge, daß „nur" legales Handeln zwar nicht strafrechtlich verfolgt, aber mit Berufsverbot belegt wird.

Das BVerwG kommt schließlich nicht umhin, eine Rückwirkung solcher Maßnahmen auf die Partei einzugestehen. Aber diese sei nur mittelbar, ein Reflex, kein Eingriff in das Parteienprivileg, denn der Bestand und das Wirken einer politischen Partei sei dadurch nicht in rechtlicher, sondern nur in tatsächlicher Weise betroffen! „Niemand ist gehindert, sich zu einer nicht verbotenen politischen Partei zu bekennen und sich für ihre Ziele tätig einzusetzen!" Diese in Anbetracht der Entscheidung zynische Formulierung soll darüber hinwegtäuschen, daß die Sanktionierung erlaubter politischer Tätigkeit z. B. durch Berufsverbot in keiner Weise durch das GG vorgesehen ist.

Deshalb muß nun der Grundgesetzgeber herhalten (GGG). Das Parteienprivileg dürfe nicht überdehnt werden — das ergebe sich aus dem erkennbaren Willen des Grundgesetzgebers. Wo und wie dieser Wille erkannt wird, wird nicht gesagt. Vielmehr wird weiter behauptet, „eine solche Ausdehnung des Parteienprivilegs (Mitglieder von nicht verbotenen Parteien, die verfassungswidrige Ziele verfolgen, für den öffentlichen Dienst zuzulassen) würde . . . eine so erhebliche Gefahr für die Bewahrung der absoluten Grundwerte der Verfassung in sich bergen, daß der Grundgesetzgeber sie nicht übersehen haben kann und die Ausdehnung mißbilligt haben muß". Weil, so schließt er messerscharf, was nicht sein kann, nicht sein darf (W. Busch).

Laut BVerwG soll der Beamte jedenfalls und stets den obersten Grundwerten des freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaates verpflichtet sein (Art. 1 — Menschenwürde, Art. 20 — Demokratie, Volkssouveränität, Sozialstaat etc.). Dieser Kernbereich der Verfassung, durch Art. 79 III GG sogar jeder Verfassungsänderung entzogen, sei unabdingbarer Bestandteil der fdGO — Kernbereich). Eintreten soll der Beamte aber für die gesamte fdGO. Das muß er auch, denn schon wenige Seiten weiter erklärt das BVerwG Kernbereich und fdGO für identisch (fdGO = Kernbereich). Und noch ein paar Seiten weiter gehört schließlich dieser Wechselbalg, sprich fdGO, zum unabänderlichen Kernbereich (fdGO — Kernbereich). Ein erstaunlich wandlungsfähiger Begriff!

Eine Definition der fdGO gibt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Band 2, 12 ff), wonach es sich dabei um eine Ordnung handelt, die „unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes und dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt". Weiter folgt ein bunter Strauß von Prinzipien (Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Verantwortlichkeit der Regierung, Mehrparteiensystem, Recht auf Opposition etc.), die zur Verwirklichung dieses Ziels dienen sollen.

Aus der Definition ergibt sich als Funktion der fdGO die Gewährleistung einer menschenwürdigen Ausübung öffentlicher Gewalt durch ihre inhaltliche Begrenzung und ihre Bindung an Formen.

Benutzt wird die fdGO jedoch nur als Kampfbegriff und zwar immer dort, wo es gilt, Gefahren vom Staat abzuwehren (Art. 18 — Grundrechtsverwirkung, Art. 21 — Parteiverbot). Somit begrenzt die fdGO nicht mehr die Ausübung öffentlicher Gewalt, sondern bestimmt die Grenzen der politischen Handlungsfreiheit des Bürgers. Dieser Handlungsspielraum wird natürlich immer enger, je mehr in die fdGO hineingepackt wird (vgl. die oben noch gekürzte Aufzählung des BVerfG). Diese extensive Auslegung führt schließlich dazu, daß fdGO und bürgerliche Gesellschaft identisch sind.

Eine Kritik des Urteils des BVerwGs hat außerdem an dem Begriff der Eignung, Art. 33 GG, anzusetzen. Da die „Väter" des GG das Wort charakterlich" nicht mit aufgenommen hatten, um „Mißdeutungen und Interpretationsfehler zu vermeiden", stellt das BVerwG sich in die gute deutsche Tradition, politisch Mißliebige als charakterlose Subjekte zu behandeln, indem es einfach in das Wort „Eignung" alles hineininterpretiert, was es gern drin haben möchte.

Um sein ganz offensichtlich bestehendes Vorurteil zum Urteil werden zu lassen, mußte das BVerwG aber noch zusätzliche „Umarbeitungen" der Verfassung vornehmen. Die dabei angewandte scheinjuristische, d. h. politische

Argumentation soll am Beispiel des Art. 21 II GG (Parteienprivileg) gezeigt werden, dessen Einschränkung die Besonderheit dieses Urteils ist.

Für das BVerwG bestand hier die Schwierigkeit darin, die Zweifel am Vorliegen der Voraussetzungen des § 9 I Ziff. 2 LBG (= daß ein Bewerber „die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die fdGO im Sinne des GG eintritt") seitens der Einstellungsbehörde bei Bewerbern, die einer politisch mißliebigen aber nicht verbotenen Partei angehören über das Parteienprivileg des Art. 21 II GG zu hieven. (Art. 21 II GG bestimmt, daß nur das BverfG die Verfassungswidrigkeit einer Partei feststellen und diese dann verbieten darf. Es „bewältigte" dieses Problem wie alle anderen auch, indem es dabei einige juristische Grundsätze opferte. Das Gericht stellt zunächst richtig fest, daß die zwei verschiedenen Normen unterschiedliche Bereiche der Verfassung regeln. Ein Zusammenhang — „Spannungsverhältnis" — soll aber dann bestehen, „wenn das Bekenntnis des Beamtenbewerbers zu den Zielen einer politischen Partei, der er angehört, und sein Einsatz für diese Ziele den Dienstherrn daran zweifeln lassen, daß der Bewerber sich nach Übernahme in das Beamtenverhältnis jederzeit durch Wort und Tat — aktiv — für die im GG niedergelegten unabdingbaren Grundprinzipien einsetzen wird." Demnach seien die Zugehörigkeit zu einer Partei und politische Aktivitäten für die Ziele dieser Partei bei der Eignungsprüfung zu berücksichtigen. Die anschließende Behauptung, die Rechtsprechung des BVerfG zu Art. 21 II GG stehe dieser Auffassung nicht entgegen, ist so richtig wie sie unerheblich ist. Denn mit dieser Auffassung, wonach einer Einstellungsbehörde das Recht und die Pflicht zugewiesen wird, über die Verfassungswidrigkeit von Parteien in der Weise zu entscheiden, daß aufgrund dieser Entscheidung Bewerber zum öffentlichen Dienst verwehren darf.

Deshalb sei davon auszugehen, daß der Grundgesetzgeber in dem hier vorliegenden besonderen Zusammenhang den erwähnten tatsächlichen Nachteil zugemutet habe. Das ist jedoch eine bloße Behauptung, die auch bei häufiger Wiederholung nicht richtiger wird. Nach all dem hat man Art. 21 II GG dort, wo er hin soll, nämlich unter § 9 I Ziff. 2 LBG und kann nun wieder anhand des Eignungsbegriffs aussondern.

Die Berufung auf den Grundgesetzgeber soll offensichtlich der Legitimation einer politischen Entscheidung dienen. Damit zeigt das oberste Verwaltungsgericht in einem politisch sehr exponierten Fall, was für gewöhnlich unter einem Schleier scheinbar wertfreier Jurisprudenz versteckt wird, daß sich nämlich die Gerichte ihrer Funktion als politische Organe in einem bürgerlichen Staat sehr bewußt sind. Der Wortlaut der Gesetze und die hergebrachten Grundsätze der Auslegung werden zu beliebigen Manipulationsinstrumenten, um das erstrebte Ziel zu erreichen.

Für die GSJ Heidelberg,
Heinrich Meier

Springer-„Mord" im Jugendheim

Wie wenig aus der Luft gegriffen Heinrich Bölls Darstellung in der „Katharina Blum" ist, wie diffamierend, zerstörend und inhuman eine bestimmte Presse tatsächlich vorgeht, wurde auf groteske Weise vor ein paar Wochen in Hannover bestätigt. Der Vorfall: In einem Unabhängigen Jugendzentrum ereignete sich ein Unglücksfall. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete, daß ein Jugendlicher einen Revolver im Park gefunden habe. Er zeigte die „Kanone" seinem Freund im Jugendzentrum. Dabei löste sich ein Schuß, der den Freund unmittelbar tödlich traf. Diese Aussagen des Jugendlichen, der den Revolver gefunden hatte, decken sich — so die HAZ — „mit den Feststellungen der Kriminalpolizei am Unglücksort". Die berichtende Zeitung steht nicht im Verdacht, mit dem Unabhängigen Jugendzentrum zu sympathisieren, so daß man meinen muß, der Bericht beruhe auf besonders guter Informiertheit.

Der tragische Unglücksfall ereignete sich im Hof des Jugendzentrums an einem Freitagnachmittag gegen 16 Uhr, zu einer Zeit, da es nur von wenigen besucht war. Bevor noch die Eltern des tödlich getroffenen Jugendlichen von Polizei oder von einem Sozialarbeiter des Jugendzentrums benachrichtigt werden konnten, war schon die BILD-Zeitung dort eingetroffen, die den entsetzten Eltern die Todesnachricht überbrachte, bei gleichzeitigem Verlangen nach Paßbild und Lebenslauf des Jungen. Die Eltern waren empört!

Die Sensationsmeldung kam am nächsten Tag durch die „Hamburger Morgenpost". Die Ermittlungen der Polizei waren zwar noch nicht abgeschlossen, doch der Jugendliche, von dem der tödliche Schuß ausging, war nach vorübergehender Festnahme längst auf freiem Fuß. Hätte Verdacht auf Mord oder Totschlag bestanden, wäre er in Untersuchungshaft gekommen. Trotzdem, die „Morgenpost" schrieb in ihrer Überschrift: „Mord in einem Jugendzentrum". Sie schrieb weiter, daß der Jugendliche an die Wand gestellt wurde und „hingerichtet" worden sei. Und: „Den Schlüssel zu dem Mord sieht die Kripo in der Rivalität politischer Gruppen, möglicherweise hatte der Erschossene etwas an eine andere Gruppe verraten." Obwohl noch am selben Tag vom Verein für angewandte Sozialarbeit eine Gegendarstellung in der „Morgenpost" verlangt wurde, schrieb diese am 16. Juni, dem darauffolgenden Montag, daß die „Bluttat im Jugendzentrum immer undurchsichtiger" würde. Sie schrieb, zwei Tage, nachdem der Jugendliche von der Polizei wieder freigelassen worden war, er sei festgenommen worden und die Polizei glaube an eine „hinrichtungsähnliche Gewalttat". „Politische Motive scheiden bei dem Verbrechen aus. Immer stärker zeichnet sich ab, daß Guelke (das Opfer des Unfalls) vermutlich wegen seiner Mitwisserschaft bei kriminellen Aktionen zum Schweigen gebracht wurde." Die BILD-Zeitung schrieb an diesem Montag, der Jugendliche würde noch leben, wenn die Stadt das Haus geschlossen hätte, das jährlich 136 000 DM „Zuschüsse aus Steuergeldern" bekam. Über das Wort „Steuergelder" soll die Identifikation mit dem Leser erreicht werden, der ja keinen Mord aus seinem Portemonaie finanzieren will. Welche Aufgaben mit Hilfe dieser Steuergelder erfüllt werden, davon schrieb die BILD-Zeitung nichts. Im Gegenteil, sie resümiert: „In einem Haus, in dem die Begriffe ‚Terror' und ‚Umsturz', ‚Waffengewalt' und ‚Guerillakrieg' zum Alltag gehören, konnten zwei Jugendliche — ohne Aufsehen zu erregen — mit einer Waffe hantieren." Auch hier wurde eine Gegendarstellung verlangt, die bisher nicht erfolgte. — Lamentierend schloß sich ein CDU-Ratsherr dieser infamen Anklage gegen das Jugendzentrum an: „Hier werden die Jugendlichen auf die schiefe Bahn gebracht ... Das Jugendzentrum befindet sich fest in kommunistischer Hand." Diese Reaktion war zu erwarten. Im Jugendzentrum werden — über die Bereitstellung von Freizeitangeboten hinaus — auch deklassierte Jugendliche betreut. Hier werden also Schäden behoben, die bei uns den Einzelmenschen innerhalb und außerhalb des Produktionsprozesses zugefügt werden. Diese Hilfe an Gesellschaftsgeschädigten ist implizit auch Kritik an der Gesellschaft. Diese Kritik kann natürlich nicht hingenommen werden. Ihr wird — wie gewohnt — mit Diffamierung begegnet.

DETLEF HORSTER

Mit Sozialplan gefeuert — Lehren aus einem Kampf, der nicht stattfand

Tausende von Betrieben sind seit Beginn der Krise Ende 1973 in Konkurs gegangen, verschwanden durch Unternehmenskonzentration, wurden hinweg „rationalisiert", legten Teilproduktionen still, bauten die Belegschaften ab oder setzten sie ganz auf die Straße. 1974 stieg die Zahl der Pleiten in der BRD auf die Nachkriegsrekordmarke von fast 8000. Die Zahl der „abhängig Beschäftigten" verringerte sich von März 1974 bis März 1975 um fast 4 %; die Zahl der Arbeitslosen fiel selbst im Sommer 1975 nicht mehr unter die Millionengrenze.

Aktiver Widerstand seitens der Belegschaften gegen die ihnen auferlegten Lasten der Krise (Entlassungen, Kurzarbeit, Lohnkürzungen, Arbeitsintensivierung usw.) war bislang erst in Einzelfällen zu beobachten. Die Krise hat eher Angst, Resignation, die Hoffnung auf individuelle Lösungen und auf die Kurzfristigkeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorgebracht. Kämpfe zur Erhaltung der Arbeitsplätze, wie sie in Erwitte und Kalldorf von den bedrohten Belegschaften organisiert wurden, sind bisher Ausnahmen geblieben. Exemplarisch ist vielmehr der Verlauf der „Hinwegrationalisierung" der Auer-Mühlenwerke in Köln im Sommer 1975.

„Aurora mit dem Sonnenstern" ist — so die Firmenwerbung — unter deutschen Hausfrauen ein Begriff. Selbst in der Krise sind die Kapazitäten der Mühle voll ausgelastet, werden weiterhin zwei Schichten gefahren, Aushilfskräfte gesucht. Und doch wird das Werk jetzt stillgelegt, verlieren 480 Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitsplätze. Der Grund: der bisherige Besitzer, Heinrich Auer, hat das Werk zum 1. Juni 1975 an das größte Mühlenunternehmen der BRD, die Kampffmeyer KG (bisheriger Marktanteil 20 %) verkauft, deren Mühlen seit einiger Zeit nur noch zu 50 % ausgelastet sind. Kampffmeyer ist damit seinen schärfsten Konkurrenten los, hat ein bekanntes Markenzeichen erworben und einen Markt erobert, auf dem er bislang unterrepräsentiert war: dem der Kleinpackungen. Die Produktion des „Sonnenstern"-Mehls soll jetzt auf die nicht ausgelasteten Kampffmeyer-Mühlen verteilt werden. Auf der Strecke bleibt dabei die alte Belegschaft der Auer-Mühle.

Die Belegschaft — im Durchschnitt ist der Aurora-Arbeiter seit 20 Jahren in der Mühle — kann kaum glauben, trotz voller Produktion auf die Straße gesetzt zu werden. Durch geschicktes Taktieren der Geschäftsführung (nicht zufällig annonciert heute in der FAZ und anderen Unternehmerblättern ein mit der Krise geborener Unternehmensberatertypus: Wollen Sie liquidieren — Wir helfen!) wird sie jedoch hingehalten, werden Hoffnungen erweckt und wieder zerstört, wird jedem das Gefühl vermittelt, er könne zu den wenigen zählen, die ein Übernahmeangebot erhalten, klammern sich alle an die vage Hoffnung, am Ende werde es schon nicht so schlimm kommen, wie es zunächst scheint.

Der Betriebsrat und die Gewerkschaft versuchen, ein Gefühl falscher Sicherheit zu verbreiten, während sie bereits Hals über Kopf einen Sozialplan mit der Kampffmeyer KG aus dem Boden stampfen, der sogar noch schlechter ist,

als Sozialpläne im allgemeinen schon sind (schließlich stehen die Ferien vor der Tür, und die Betriebsratsmitglieder wollen auch in diesem Jahr pünktlich in Urlaub fahren). Ende Juni liegt der unterzeichnete Sozialplan der Belegschaft vor. Jeder errechnet die ihn erwartende Abfindungssumme. Viele sind zunächst beeindruckt von der auf den ersten Blick vielleicht hoch erscheinenden Summe. Sie vergessen aber, daß sie in ihrem erlernten Beruf wohl nie wieder einen Arbeitsplätz finden werden, daß sie wahrscheinlich eine schlechter bezahlte und weniger qualifizierte Stelle annehmen werden müssen — wenn sie überhaupt noch einen Arbeitsplatz finden, sind viele doch in einem Alter, wo sie — insbesondere in Krisenzeiten — kaum noch eine Aussicht auf eine neue Arbeit haben.

Niemand hat ernsthaft versucht, der Belegschaft zu helfen, sich gegen den Verlust der Arbeitsplätze zu wehren. Der Betriebsrat verfolgte unter Vorsitz eines 65jährigen, im Frühjahr noch einmal wiedergewählten Mannes gemeinsam mit der Gewerkschaft die übliche Mauschelpolitik. Die Belegschaft war uninformiert, ohne Kampftraditionen und ohne Widerstandsbewußtsein und -perspektive, dazu erzogen, sich passiv vom Betriebsrat und der Gewerkschaft „vertreten" zu lassen. Der Sozialplan erfüllte hier wie in zahllosen anderen Fällen die beabsichtigte Funktion, die Liquidation geräuschlos durchzuführen und die Belegschaft widerstandslos in die private Vereinzelung des Arbeitslosendaseins abzuschieben.

Auch von außen kam kein Anstoß zum Widerstand. Der Gewerkschaftsapparat isolierte die Belegschaft, verhinderte, daß über die Gewerkschaft Informations- und Kommunikationskanäle eröffnet wurden als Voraussetzung zur Entwicklung von Kampfbereitschaft. Die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" (1. 8. 75) ließ zwar eine Auer-Betriebsrätin berichten, sie habe gesehen, „wie alte Müller mit Tränen in den Augen ihre Kündigungen gelesen haben", zeigte aber auch nicht den kleinsten Ansatz einer Widerstandsperspektive: für die Gewerkschaftszeitung war mit dem Sozialplan die Welt wieder — wenn auch vielleicht nicht in der besten — Ordnung.

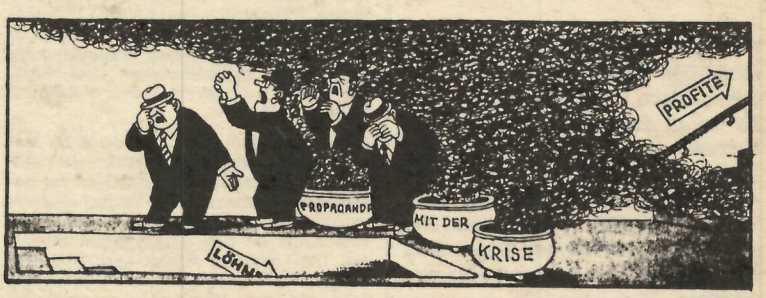
Außergewerkschaftlich-inoffizielle Kontakte, die Belegschaften auf lokaler Ebene direkt miteinander verbinden, gibt es bislang kaum. So verläßt Ende August der erste Teil der Auer-Müller das Werk, ohne daß es zu einem offenen Widerstand gekommen wäre. Die anderen folgen in den nächsten Monaten. Sie verschwinden in der Isolation des Privatlebens, resigniert, fast unerreichbar, wie die bisherigen Erfahrungen mit Arbeitsloseninitiativen — einschließlich der Kölner (vgl. links, Mai 75) — zeigen.

Wie das Beispiel der Auer-Mühle einmal mehr beweist, ist ein zentraler Mangel der gegenwärtigen Situation die fehlende direkte Kommunikation von Kollegen aus verschiedenen Betrieben. Im isolierten Einzelbetrieb entsteht nicht zuletzt als Folge des kaum vorhandenen überbetrieblichen Informations- und Erfahrungsaustausches Widerstand nur selten. Zu groß ist meist das Gefühl, auf sich allein gestellt, zu schwach zu sein; zu gering ist häufig die Hoffnung auf breitere, überbetriebliche Solidarität im Konfliktfall mit der eigenen Unternehmensleitung; zu unzureichend sind die Möglichkeiten, aus den Erfahrungen anderer Belegschaften zu lernen; zu wenig entwickelt sind die Bedingungen, den eigenen Widerstand als Teil einer breiteren Abwehrfront zu organisieren; zu selten wird die eigene Erfahrung als allgemeine begriffen.

Die Gewerkschaften in der BRD haben sich längst als Verwalter der Arbeiterklasse im Kapitalismus eingerichtet. Direkte übertriebliche Kontakte zwischen den Belegschaften sind von ihnen fast überall erfolgreich unterbunden bzw. über die betrieblichen Funktionsträger (gewerkschaftliche Vertrauensleute, Betriebsräte) kanalisiert worden, deren Denken und Handeln über den institutionalisierten Rahmen gewerkschaftlicher Praxis nur ausnahmsweise einmal hinausgehen. Die Gewerkschaften zu dem benötigten Kommunikationsträger machen zu wollen, scheint illusionär: zu groß ist die auf den „Apparat" konzentrierte Machtfülle, zu groß sind dessen Möglichkeiten, jeden derartigen Ansatz bereits im Keim zu ersticken. Das soll nicht heißen, daß man nicht versuchen soll, die Gewerkschaften, so weit es möglich ist, als Kommunikations- und Informationsträger zu instrumentalisieren. Ausschlaggebend, weil nicht bereits im Ansatz so gefährdet und zu permanenten Kompromissen und Vorsichtsmaßnahmen gezwungen, ist jedoch der direkte überbetriebliche Kontakt der Kollegen untereinander als erster Schritt zur Entwicklung autonomer Kämpfe der Arbeiterklasse.

Die Gründung lokaler „Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft" durch jene Kollegen, denen die praktische Gewerkschaftsarbeit in ihrer bisherigen Form keine oder nur noch eine unzureichende Perspektive bietet, ist dazu ein Anfang. Indem sie den direkten Kontakt zwischen den Kollegen herzustellen helfen, können jene Arbeitskreise dazu beitragen, daß die Fälle kampfloser Resignation der Belegschaften gegenüber der Offensive des Kapitals seltener werden. Als Aufgaben eines derartigen Arbeitskreises wurden in den in Köln bislang geführten Diskussionen formuliert:

- Verbesserung des Informationsstandes über die Situation in den lokalen Betrieben und Gewerkschaften;
- Ermöglichung einer frühzeitigen Diskussion von Widerstandsformen bei beabsichtigten einschneidenden Betriebsveränderungen;
- Erleichterung des Lernens aus den Erfahrungen anderer Betriebskämpfe;
- Durch Diskussion und Kritik Stärkung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten der mitarbeitenden Kollegen;
- Förderung der Koordination der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis auf lokaler und regionaler Ebene;
- Herstellung einer solidarischen Öffentlichkeit durch Veranstaltungen usw. (Einladung von Kollegen aus streikenden oder besetzten Betrieben, Vorführung und Diskussion von Filmen über Arbeitskämpfe, Informationsabende zu zentralen Fragen wie „Ökonomische Krise und Reaktionen der Arbeiterklasse", „Lohnrunden in der Rezession", „Arbeitslosigkeit");
- Erarbeitung von Ansätzen einer gemeinsamen Betriebs- und Gewerkschaftsstrategie, insbesondere Funktionsbestimmung von sozialistischen Betriebsgruppen, Betriebsrat und Vertrauensleuten;
- Bereitstellung technischer und finanzieller Kapazitäten (Druckmöglichkeiten, Solidaritätsfonds usw.);
- Organisierung bestimmter Branchenaktivitäten als Ergänzung zur branchenübergreifenden Arbeit vor Ort;
- Erstellung von Materialien (z. B. wäre eine Broschüre zur Frage von Betriebsstillegungen und Sozialplänen, die sich nicht — wie die Gewerkschaftspublikationen — auf die Darstellung der Rechtslage beschränkt, sondern konkrete Widerstandsperspektiven auf der Basis bereits andernorts gemachter Erfahrungen diskutiert, gegenwärtig von großer Bedeutung).



Die Schwierigkeiten hinsichtlich der auch nur ansatzweisen Verwirklichung einer derartigen Strategie sollen keineswegs bestritten oder verharmlost werden. Eine Alternative dazu gibt es jedoch nicht. Weder das Warten auf den „spontanen Aufbruch" der Arbeiterklasse, noch der Versuch, die Organisierung des Widerstandes angesichts der weit verbreiteten Passivität der Belegschaften „trotz allem" erneut über den Gewerkschaftsapparat oder seine „progressiven" Teile zu versuchen, erscheinen als realistische Perspektiven. Die Anfänge autonomer Organisierung der Kollegen werden notgedrungen sehr schwach sein — aber sie können überall dort beginnen, wo einige mit der bisherigen Praxis unzufriedene Kollegen — sei es über die Gewerkschaften, sei es auf anderem Weg — Kontakt untereinander herstellen. Die Diskussion zwischen ihnen muß in aller Offenheit geführt werden, an den aktuellen Problemen ansetzen, Perspektiven erster Abwehrreaktionen auf Betriebsebene aufzuzeigen versuchen und Möglichkeiten der Verknüpfung mit den ersten Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse im „Reproduktionsbereich" durch Herstellung von Kontakten zu Stadtteilgruppen u. ä. entwickeln.

In Köln sind heute derartige Informations- und Kommunikationsstrukturen als vorbereitende Schritte zu einer engeren Zusammenarbeit von Kollegen im Rahmen eines „Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft" erst im Entstehen. Zu den von Betriebsstillegung bedrohten Kollegen der Auer-Mühle bestand lange Zeit keinerlei direkter Kontakt, und als man über die sich dort anbahnenden Veränderungen genaueres erfuhr und den ersten schwachen Kontakt zur Belegschaft herzustellen vermochte, stand diese bereits vor vollendeten Tatsachen: dem Sozialplan. Gelingt es jedoch, jenes Informations- und Kommunikationsnetz aufzubauen, wird es zukünftig leichter möglich sein, entscheidende Veränderungen in den Betrieben bereits frühzeitig mit den Betroffenen zu diskutieren und Widerstandsformen auszuarbeiten, statt — wie bisher — die Entwicklung nur noch nachträglich kommentieren zu können.

H. E. Brand

TRIKONT
8 München 80
★ Josephsburgstr. 16

Whyl ★ Marckolsheim

Lieder im Freundschaft's Huss

Im Februar 75 trafen sich 7 elsässische und 1 badischer Sänger und Musikgruppen im „Freundschaftshaus" auf dem besetzten Platz. Sie hatten den Kampf der Bevölkerung gegen das Bleiwerk Marckolsheim unterstützt (der inzwischen erfolgreich war) und den gegen das Atomkraftwerk in Whyl. Jeder singt in seiner Sprache und Mundart.

Best. Nr. L 77 DM 18.–

Lieder aus dem Bauernkrieg

Frühe deutsche Balladen gesungen von Wolfgang Roth mit Lautenbegleitung u.a. Florian Geyer, Wilde Gesellen, die Glocken vom Bernwartsturm, die Bauern wollten Freie sein...

Best. Nr. L 73 DM 22.–

Spanien: Syndikat ade!

Während des ganzen Monats Juni fanden in Spanien die lange angekündigten Syndikatswahlen statt. Es waren die ersten Gesamtsyndikatswahlen seit neun Jahren. Nach den Wahlen von 1966 wurden die nächsten bereits mit einem Jahr Verspätung 1971 abgehalten und nur noch die Hälfte der Gesamtheit der unteren Syndikatsvertreter war wählbar.

In diesem Jahr waren von 8 Mio. spanischen Arbeitern etwa 2½ Mio. wahlberechtigt. 2 Mio. waren in Betrieben mit weniger als 6 Arbeitern beschäftigt, denen das Wahlrecht für die erste Phase der Wahl verweigert wird. Sie sind erst in der zweiten Phase, der Wahl der provinzialen und lokalen Syndikatsvertreter (Union de tecnicos y trabajadores — UTT) direkt wahlberechtigt. 1 Mio. Arbeiter erhält, weil unter 18 Jahren, kein Wahlrecht. Die Zahl der nicht fest Beschäftigten, der zeitweilig Arbeitslosen und der mithelfenden Familienangehörigen ohne Arbeitsvertrag, denen ebenfalls das Wahlrecht vorenthalten wird, beträgt etwa 2½—3 Mio. Insgesamt stehen 5½ Mio nicht wahlberechtigte Arbeiter 2½ Mio wahlberechtigten gegenüber. (cambio 16, Nr. 181, 26. 5. 1975)

Auch diesmal wurde eine breite Skala von Schikanen und Wahlbetrügereien angewandt. Das Regime selbst hatte keine vorbereitende Agitation, wie es etwa 1966 der Fall war, durchgeführt. Auch der Wahltermin wurde lange nicht bekanntgegeben. Nachdem die Arbeiterkommissionen (comisiones obreras — CCOO) aber bereits seit Anfang des Jahres eine eigene Mobilisierung zu den Wahlen unternahmen, schien es dem Regime vermutlich opportun, den Termin nicht noch weiter zu verzögern. Am 13. 5. (!) wurden die Wahlbedingungen bekanntgegeben. Die wichtigsten Restriktionen bestanden in der Forderung nach mindestens zweijähriger Betriebszugehörigkeit und mindestens fünfjähriger polizeilicher oder syndikaler Verfolgungsfreiheit. In der Praxis drückten sich die Schikanen dann so aus, daß von über 350 000 zu wählenden Vertretern mehr als 22 000 Kandidaten vom Syndikat abgelehnt wurden.

Trotz dieser Bedingungen maßen die CCOO den Wahlen eine große strategische Bedeutung für die spanische Arbeiterbewegung bei: Seit dem letzten Sommer ist der Zusammenbruch des Regimes zum Greifen nahe; die Veränderung des Syndikats durch die Wahlen kann den Grundstein für ein einheitliches, unabhängiges Klassensyndikat von der Basis aus darstellen.

kleinanzeigen

(9/1) **Die neue Stimme** — Arbeiterpresse für Ausländer und Deutsche — erscheint in Spanisch, Türkisch und Deutsch. Bezug: Ch. Piotter, 2 Hamburg 39, Schinkelstr. 1.

(9/2) **Trind — Pädagogik als politische Praxis,** Bericht über ein Lehrer-, Erwachsenen- und Jugendbildungsprojekt in Dänemark. Erhältlich gegen Voreinsendung von DM 1,50 in Briefmarken über: SAG, PH-Köln, c/o Elisabeth Freke, 5 Köln 60, Gellertstr. 16.

(9/3) Materialien der AG Spak. **M 19, Materialien zur alternativen Ökonomie I** (ein Reader verschiedener Alternativen zur bestehenden Lebens- und Wirtschaftsform entwickelter, auch praktizierter Modelle; eine Kritik an den dargestellten Modellen. Die Lieferung erfolgt nach Überweisung von Schutzgebühr und Porto (DM 7,20) auf das Postscheckkonto Berlin-West 5390-100 (H. Belau, Sonderkonto Publikationen) über AG Spak-Publikationen, 1 Berlin 61, Friesenstr. 13. **M 21, Zur Arbeit mit psychisch Kranken,** 122 Seiten, DM 5,—. Bestellung und Bezahlung wie vorstehend.

(9/4) **KOZ — Kreuzberger Stadtteilzeitung,** Informationen von und für Obdachlose und andere, denen es in Kreuzberg (fast) so geht. Bezug: G. Heinzelmann, 1 Berlin 36, Skalitzerstr. 143, gegen Voreinsendung von DM 1,60 — Solidaritätspreis + Porto.

(9/5) **Dokumentation der Initiativgruppe für ein freies und selbstverwaltetes Jugendzentrum** — „Die Steckdose" in Solingen. Aus dem Inhalt: Besetzung und Räumung eines Hauses, die Arbeit der Initiativgruppe. DM 1,50 oder mehr. Kontaktadresse Barbara Pfeil, 565 Solingen 19, Dieselstr. 87, Tel. 333160

(9/6) **Spektrum** — Jugendzeitschrift des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt Kassel, erscheint monatlich, Informationen für Jugendliche, Preis im Jahresabo DM 7,20, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, KV — Kassel-Stadt, 35 Kassel, Oberste Gasse 24.

(9/7) Neue Theoriehefte der **„antimilitarismus information": 1.) Friedenserziehung als politische Aktion, 2.) Bundeswehr und Grundgesetz** — ein erstmaliger verfassungsrechtlicher Nachweis, daß es keinen Grundgesetzauftrag zur Aufstellung von Streitkräften gibt, vielmehr eine Verpflichtung zur aktiven Abrüstungspolitik besteht. Bezug gegen DM 2,60 pro Stück + Porto (ab 10 Ex. 30 % Rabatt): Brigitta Gründing, 8 München 19, Auffahrtsallee 20/I.

(9/8) **Christen für den Sozialismus** (Regionalgruppe Marburg/Gießen) bieten Restposten ihrer **Kirchentagsbroschüre „Kinder bewältigen Angst"** gegen DM 1,— in Briefmarken an. M. Veit, 355 Marburg, Liebigstr. 25.

(9/10) **Presse und Jugendclub,** Dokumente und Analysen zur Be- und Verhinderung emanzipatorischer Jugendarbeit, Geschichte des Konflikts um den Freisinger Jugendclub, Analyse journalistischer Manipulationstechniken, DM 5,— Bezug: Druck und Verlag Peter Weiz, 805 Freising, Münchner Str. 2.

(9/11) Neuer Katalog für 1975/76 des **Zentral Film Verleih,** Liste und Beschreibung aller in diesem nicht-kommerziellen Verleih erhältlichen Filme, Schutzgebühr DM 2,— über Zentral Film Verleih Hamburg e.V., 2 Hamburg 36, Karl-Muck-Platz 9, Tel. 040/345544.

(9/12) **Dokumentation** der Humanistischen Union über die **Fahndungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung,** „Demokratischer Rechtsstaat zwischen individuellem Terror und Polizeigewalt", Im Anhang: „Recht und Gesetz bei Durchsuchung und Festnahme", zweite, erweitere Auflage. Bezug gegen DM 5,— über: Humanistische Union, 1 Berlin 62, Kufsteiner Straße 12, Tel. 030/8544197.

(9/13) **Fabrikbesetzung — Dokumentation über den Arbeitskampf der Zementwerker bei Seibel und Söhne in Erwitte.** Bezug über Betriebsrat/Vertrauenskörperleitung der Fa. Seibel & Söhne, 4782 Erwitte, Könighof, Telefon 02943/3356. Der Bestellung sollte ein 10-Mark-Schein beigelegt werden zur Bezahlung der Dokumentation und als zusätzliche Solidaritätsspende.

(9/14) **Dokumentation: Der Pierburg-Prozeß gegen vier Betriebsräte!** Herausgegeben von Pierburg-Kollegen (Anklage und Verteidigung — Zeugenaussagen — Presse — Solidaritätsbekundungen — Briefe — Eidesstattliche Erklärungen — Urteil). Preis DM 10,—. Erhältlich im linken Buchhandel oder über Soak, 3 Hannover, Am Taubenfeld 30.

(9/16) **Pierburg-Film: Ihr Kampf ist unser Kampf!** Schwarz-weiß, 16 mm, 45 Minuten, Magnetton. Ein Film über einen erfolgreichen Streik und seine Folgen. Anfragen an Mai-Film, 6 Frankfurt, Fürstenbergerstr. 177.

(9/17) **Dokumentation** über die Auseinandersetzung zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und **der Gruppe Lateinamerikanische Gewerkschaften** sowie Beiträge zu Lateinamerika in der „Lage-Zeitung". Erhältlich gegen DM 1,— in Briefmarken über Gruppe Lage, c/o Siegfried Pater, 53 Bonn 1, Weiherstr. 2.

(9/18) **Freinert-Pädagogik** — Eine praktische Alternative innerhalb des bestehenden Schulsystems. Die Broschüre enthält u. a.: Die „Freinerttechniken"; Maurice — Ein „Freinert-Lehrer" und seine Klasse; Unsere eigenen Erfahrungen und Versuche; Die Zusammenarbeit der Lehrer in Frankreich und hier; Wichtige Bücher; Adressen. Erhältlich gegen DM 1,20 in Briefmarken über Freinert-Lehrergruppe Freiburg, c/o D. Markert, 7825 Lenzkirch, Friedhofstr. 1.

(9/19) **Fluchblatt — Informationen für Theologiestudenten,** Heft 18. Inhalt u. a. Paraguay: Christliche Bauerngenossenschaften zerschlagen; Chile: Kirche und Junta; Kirchentag überlebt; § 218; Mainzer Professorenherrlichkeit; Bruderschaftstagung; Ältestenrat und Konvente — Krach um die Nachfolge. Bezug gegen DM 2,— in Briefmarken: Jochen Streiter, 74 Tübingen, Madergasse 1.

(9/20) **Informationsmaterial zum „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens"** in VLB-Info Juli/75. Erhältlich gegen DM 2,— in Briefmarken über Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, 6 Frankfurt 90, Hamburger Allee 45.

(9/21) **Der Jugendclub Korbach e.V.** sucht spätestens zum 1. 11. 75 eine(n) **Sozialpädagogin/en** oder eine(n) **Sozialarbeiter/in** oder eine andere **qualifizierte Fachkraft** für die Arbeit im Jugendclub. Zuschriften und Informationen an den Vorstand des Jugendclubs Korbach e.V., 354 Korbach, Kirchstr. 20, Tel. 05631/3623.

(9/22) **Die Stadt Erkrath.** 35400 Einwohner, sucht **1 Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen** mit staatlicher Anerkennung für die Leitung eines Hauses der „Offenen Tür", das in Kürze eröffnet werden soll. Der Bewerber soll kontaktfreudig und bereit zur Teamarbeit sein, sowie über Kenntnisse für die Vermittlung von Freizeit- und Bildungsangeboten verfügen. Vergütung erfolgt nach BAT IVb. Die Stadt ist bei der Wohnraumbeschaffung behilflich. Bewerber senden bitte die entsprechenden Unterlagen an die Stadtverwaltung Erkrath, 4006 Erkrath, Postschließfach 220.

(9/23) **Das Unabhängige Jugendzentrum Osnabrück e.V.** sucht eine(n) **Sozialarbeiter(in).** Anfragen an das Jugendamt der Stadt Osnabrück, 45 Osnabrück, Domhof. Bei Bewerbungen an die Stadt außerdem unbedingt Kontakt mit dem UJZ e.V. c/o Stefan Wilker, 45 Osnabrück, Tannenburgerstr. 75 aufnehmen.

(9/24) **Die AG SPAK** (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) sucht zum 1. 11. 75, spätestens zum 1. 1. 76, eine(n) **hauptamtliche(n) Geschäftsführer(in)** zur Leitung ihrer Geschäftsstelle. Informationen über die erforderlichen Qualifikationen und Bewerbungen an: AG SPAK, 8 München 80, Elsässer Str. 9, Telefon 089/453916.

(9/25) **Wohngemeinschaft,** 6 Zi.-Haus in Frankfurt, z. Z. 3 Personen (Sozialarbeiterin, Psychologin, Rechtsreferendar) und ein Kind (3 Jahre) sucht noch Genossen(in), möglichst ebenfalls berufstätig. Tel. 0611/573944 oder Chiffre.

(9/26) Dritte **Arbeitstagung „Lehrer an Berufsbildenden Schulen",** Thema: Alltag in der Berufsschule; Erfahrungsberichte, Unterrichtseinheiten, Thesen, Einschätzungen, Folgerungen. **Siegen** vom 31. 10. 75 bis 2. 11. 75, Kosten: DM 30,— incl. Unterkunft und Verpflegung, Überweisung im voraus auf Konto Nr. 823 116 101 Volksbank Siegen, Anmeldung und Organisatorisches bei: Sozialistische Fachschaftsgruppen, 593 Hüttental-Dillnhütten, Setzerstr. 2.

(9/27) **Ausstellungswettbewerb:** „Chile unter dem Faschismus und die Hoffnung auf ein befreites Chile" im Herbst/Winter dieses Jahres. Fortschrittliche **Künstler,** die an diesem Thema gearbeitet haben oder arbeiten wollen und sich an dem Ausstellungswettbewerb beteiligen wollen, setzen sich in Verbindung mit dem Wiesbadener Solidaritätskomitee für Chile, c/o Jutta Weißmann, 62 Wiesbaden, Klopstockstr. 25, Tel. 550287.

(9/28) **Berufspraktikum:** Sozialpädagogik-Studentin sucht zum 1. 10. 1975 im Bereich außerschulische Jugendarbeit eine **Jahrespraktikantinnenstelle** im Raum Düsseldorf. Mitarbeit in einem Team erwünscht. Monika Kösters, 2848 Vechta, Antoniusstr. 14.

(9/29) **Zahnarzt** sucht für die Zeit nach der Kassenzulassung Möglichkeiten **fortschrittlicher Berufspraxis:** Stadtteilarbeit mit Ärzten, Juristen, Sozialarbeitern, — auch: Gruppenpraxis. Kontakte an: Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro, c/o SZ-Büro, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178 oder Chiffre.

(9/30) **Buchhändler** sucht zum 1. 10. 75 oder später eine Stelle im linken Buchhandel oder Verlagswesen. Ich habe als Aushilfskraft in einem Buchladen schon Erfahrungen gesammelt. Gerhard Noblé, 3 Hannover 1, Rambergstr. 17.

(9/31) **Sozialarbeiter** sucht interessante Tätigkeit im Großraum Diepholz. Wer ist über freie Planstellen informiert? Tips bitte an: Marion Alterauge, 5 Köln 91, Olpener Str. 35.

(9/32) Student mit intensiver Erfahrung in der **Jugendzentrumsarbeit** sucht im Bereich der Jugendarbeit **Zivildienststelle** im Raum Gießen—Frankfurt. Zuschriften unter Chiffre.

(9/33) **Sozialarbeiterin** sucht zum Frühjahr 1976 Stelle als Jahrespraktikantin im Raum Dortmund, Bochum oder Umgebung. Monika Nieswand, 46 Dortmund-Dorstfeld, Sengsbank 29, Tel. 0231/171317.

(9/34) **Gesucht werden Materialien und Erfahrungsberichte:**

■ „Für ein Theaterstück über die Knaststituation in der BRD, das von der Theatergruppe **Maloche** in Zusammenarbeit mit Insassen der Vollzugsanstalt Maisenhof geschrieben werden soll." Reinhard Spieß, 462 Castrop-Rauxel, Bussardstr. 6.

■ „Reformtendenzen der BRD als einem bürgerlichen Staat unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsreform." Entstehende Unkosten werden übernommen. Ulrich Steller, 41 Duisburg 28, Pembastr. 26, Tel. 702191.

■ „Erfahrungsaustausch mit Erziehern/Betreuern in Lehrlingsheimen von Großbetrieben." Arbeitsgemeinschaft Lehrlingsheim, Postfach 24, A-4045 Linz, Österreich.

portugal: bonaparte kommt
nenning/vogt: spö ohne rückgrat
krise: das lächeln im koma
fremdarbeit: saaltochter in der schweiz
republik ö: 30 jahre dings, 20 jahre bums
peter handke: wir sind noch immer besetzt
die prostitutionsordnung von wien

juli/august 1975

NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

Damit wäre der neben dem Repressionsapparat gegenwärtig noch wichtigste Pfeiler des Frankismus zerstört.

Hatte noch 1966 und 1971 der größte Teil der linken Gruppierungen unter Ausnahme der KP und eines großen Teils der CCOO zum Boykott aufgerufen, so befürworten 1975 fast alle Gruppen der Linken eine Beteiligung. Die alte Position vertraten nur noch die sozialdemokratische UGT (= das geheime Syndikat der von der BRD geförderten PSOE), sowie die trotzkistische LCR-ETA VI und die maoistische FRAP/OSO.

Nicht nur die Wahlresultate sind für die Arbeiterbewegung von Bedeutung, sondern auch die Mobilisierung in der Vorbereitungsphase. Es fand eine Unzahl von Betriebsversammlungen statt, auf denen die Forderungsplattformen diskutiert wurden. Sie waren fast überall im Land – inzwischen weitgehend einheitlich – aus Kämpfen hervorgegangen. Die immer wiederkehrenden Forderungen sind im wesentlichen:

- täglicher Mindestlohn von 600 bis 850 Peseten (etwa 27–38 DM), halbjährliche Angleichung an Steigerung der Lebenshaltungskosten
- Lohnerhöhung von 6000 Ptas für alle, halbjährliche Angleichung an Steigerung der Lebenshaltungskosten;
- 100 % des Lohns im Krankheitsfall, bei Unfall, im Ruhestand (ab 60 Jahren), bei Arbeitslosigkeit, halbjährliche Angleichung;
- IRTP (= ein 12 %iger Lohnabzug) und Sozialversicherung zu Lasten des Unternehmens;
- 40-Stunden-Woche;
- 30 Tage Urlaub;
- gegen das Recht auf freie Entlassung;
- Wiedereinstellung der Entlassenen;
- Amnestie;
- Gewerkschaftsfreiheit;
- Streikrecht;
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung.

(Die letzten 3 Forderungen hängen sehr eng zusammen, da Arbeiter, die für freie gewerkschaftliche Betätigung kämpfen, sehr oft entlassen bzw. eingesperrt werden.)

Diese 12 Forderungen erscheinen auf fast allen Flugblättern im ganzen Land.

Bei der Wahl 1975 ging es nicht mehr um eine Personenwahl, sondern um die Entscheidung für dieses Prorgamm, welches die nächsten Ziele der gesamten Arbeiterbewegung beinhaltete. Es wurde zumeist noch um die jeweils betriebsspezifischen Forderungen ergänzt. Die dieses Programm vertretenden Kandidaten drücken damit nichts anderes als die am weitesten verbreiteten Forderungen der Arbeiterbewegung aus und sind so untrennbar mit ihr verbunden.

Dieses Programm wurde von der gesamten Linken mit den wenigen genannten Ausnahmen unterstützt. Es kam zu einer Einheitskandidatur, die nicht unter dem Namen der CCOO oder bestimmter politischer Gruppen firmierte, sondern sich z. B. in Katalonien „candidatura democratica", in Madrid „candidatura unitaria" usw. nannte. Sie drückte damit die Einheit der gesamten Arbeiterbewegung aus und beweist das Niveau der Vereinheitlichung der Klasse in Spanien.

Die strategische Bedeutung dieser Wahlen liegt darin, daß während der Nominierungsphase die zukünftigen Arbeiterführer aufgestellt worden sind, die durch die Wahl bestätigt wurden. Sie sind Einheitskandidaten aller politischen Richtungen, die auf dem Wege der Einheitskandidatur über die größtmögliche Verankerung verfügen. Zwar wird es die unterschiedlichen politischen Strömungen weiterhin geben, aber das Gewicht der Einheit der Bewegung ist durch die Wahlen so sehr verstärkt worden, daß nach dem Systemwechsel der Prozeß in Richtung Einheitsgewerkschaft gehen wird.

Die offiziell bekanntgegebenen Ergebnisse sind gefälscht. Nach verschiedenen anderen Angaben kann man sagen, daß die einheitliche und demokratische Kandidatur der Opposition etwa 75 % der Stimmen erhalten hat. Die Wahlbeteiligung lag durchschnittlich bei etwa 80 %; in den industriellen Zentren und dort v. a. in den Großbetrieben lagen beide Ergebnisse meist noch höher. (Gaceta de Derecho Social Nr. 48–49, Mai–Juni 75) Die im folgenden aufgeführten Ergebnisse sind notwendigerweise lückenhaft:

MADRID: Hier ist der Sieg im Metallsektor überwältigend. Zum Zeitpunkt der Wahlen war die Agitation für ein Provinzkollektivabkommen für den Metallsektor auf dem Höhepunkt. Dazu hatte es am 3.–5. Juni große Aktionen gegeben. Am 4. Juni waren etwa 150 000 Arbeiter Madrids im Streik! In der Madrider Bauindustrie war es aufgrund der Betriebszugehörigkeitsklausel nicht möglich, authentische Kandidaten durchzubekommen. Dieser Industriezweig gründet sich vorwiegend auf relativ kurzfristig eingestellte Arbeiter. Im Banksektor gab es wegen eines enormen Wahlbetrugs des Syndikats ebenfalls keine guten Ergebnisse. Die kampfstärkste Arbeitergruppe wurde aufgespalten und die Tricks des Syndikats stifteten viel Verwirrung.

KATALONIEN: Wahlbeteiligung bei etwa 80–85 %. In den Gegenden, wo die betriebliche Versammlung am weitesten zum organisierenden Prinzip der Bewegung geworden ist, sogar 92–93 %. Die bisherigen (rechten) Syndikatsfunktionäre wurden weitgehend abgewählt. Von den insgesamt in Katalonien zu wählenden 63 000 Kanditaten war der Anteil der Wiedergewählten nur ganze 14 %! (cambio 16, 4. 8. 75)

ASTURIEN: Beteiligung von 85 bis 90 %. In der Metallindustrie wurden sehr gute Ergebnisse erzielt. Fast alle bisherigen arbeiterfeindlichen Syndikatsvertreter wurden gestürzt. Im Bergbau gab es ähnliche Resultate.

BASKENLAND: Hier fanden die Wahlen während des Ausnahmezustandes statt, daher war die Kandidatenaufstellung sehr erschwert. Etwa 500 Arbeiterführer waren verhaftet worden. In der baskischen Provinz VIZCAYA lag die Wahlbeteiligung dennoch recht hoch, in den Großbetrieben zwischen 63 und 90 %. Unter diesen Betrieben gab es nur einen, der mehrheitlich dem Boykottaufruf gefolgt ist. Insgesamt sind etwa 80–90 % der Posten erreicht worden. In der Nachbarprovinz GUIPUZCOA hatte es 1971 einen fast völligen Wahlboykott gegeben. Auch diesmal soll eine starke Boykottkampagne geführt worden sein. Trotzdem lag die Beteiligung zwischen 50 und 60 %, das Syndikat gibt sie mit 70 % an. Die Boykottvertreter haben damit einen deutlichen Rückschlag erlitten.

Das Regime hat bis heute noch nicht auf diese Ergebnisse reagiert, die das Ende des Syndikats andeuten. Auf Seiten der Arbeiter existiert der Syndikalismus der Zukunft bereits, nämlich der Arbeiterdemokratie, die von den Betrieben ausgeht und ihre Einheit dem Prinzip der betrieblichen Versammlung als höchstem Entscheidungsorgan verdankt.

(Dieser Kommentar basiert auf einem ausführlichen Artikel für die Nummer 2 der Zeitschrift „Portugal – Spanien", die von Westberliner Antiimperialismusgruppen gemacht wird. Probehefte sind erhältlich über SB-Initiative Westberlin, c/o das politische buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99 – bitte 3 DM in Briefmarken beilegen –.)

Der Sturz des Lopez Rega

Am 19. Juli mußte López Rega zurückkehren ins spanische Exil, aus dem er zwei Jahre zuvor an der Seite Peróns gekommen war (vgl. ‚links' Nr. 58–60/1974). Seine Vertrauten in der Regierung und im Parlament verloren ihre Ämter. Seine ehemaligen Anhänger im Rechtsperonismus überbieten sich darin, nachträglich durch Enthüllungen und Strafanzeigen Schande auf den geschaßten Sündenbock abzuwälzen.

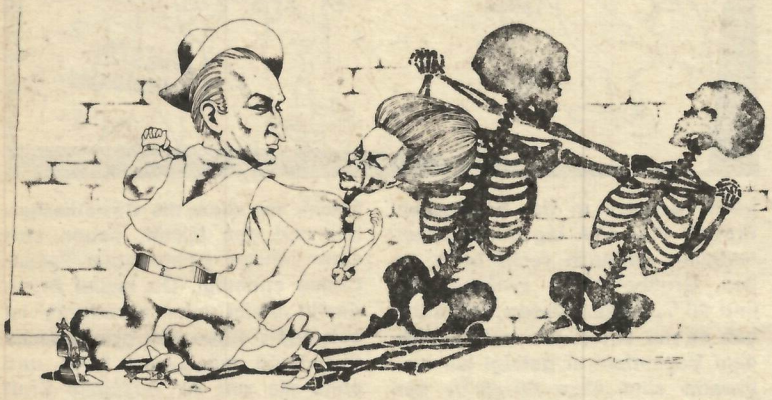
Innerhalb von drei Wochen war die Macht des mächtigsten Mannes Argentiniens in sich zusammengestürzt. Die Träger wirklicher Macht, vor allem die Gewerkschaften und das Militär, haben sich einer nutzlos gewordenen Palast-Clique entledigt. Ob Isabel Präsidentin bleibt oder zurücktritt, ist sekundär: Ohne die symbiotische Beziehung mit López Rega und ohne die von ihr verspielte Kraft des Namens Perón ist sie ein bloße Hohlform. Sie wird so lange im Amt geduldet werden, wie sie bereit ist, den künftigen Machtstrukturen ihrer bisherigen Rivalen als legitimierendes Aushängeschild verfassungsmäßiger Kontinuität zu dienen.

Aber wie sich diese zukünftige Machtstruktur zusammensetzen und welche Politik sie verfolgen wird, ist bisher kaum in Umrissen erkennbar.

Anfang Juni setzte der neuernannte Wirtschaftsminister Rodrigo einen Wirtschaftsplan in Kraft, der die Sanierung der völlig zerrütteten Staatsfinanzen und eine Verbesserung der Kapitaleinkommen durch brutale Senkung der Reallöhne beinhaltete. Die Lebenshaltungskosten stiegen dadurch allein im Juni um fast 50 %, bei einer Jahresinflation von geschätzten 150 bis 200 %. Die Gewerkschaftsführungen handelten unter dem Druck ausgedehnter wilder Streiks im ganzen Land Lohnerhöhungen von 80–130 % aus. Die Präsidentin dekretierte jedoch nachträglich eine Höchstgrenze von 50 %. Daraufhin kam es erneut zu einer breiten Streikbewegung und zu Unruhen in mehreren Städten, die das Land faktisch eine Woche lang lahmlegten und schließlich die Gewerkschaftsleitungen zwangen, diese Bewegung in einem 48stündigen „offiziellen" Generalstreik aufzufangen. Die Präsidentin mußte ihren Lohnstopp aufheben. Inzwischen hatte sich jedoch eine so breite Front gegen López und seinen Einfluß im Kabinett gebildet, daß die Präsidentin schrittweise zurückweichen und ihren engsten Berater – unter z. T. bizarren Begleitumständen – entlassen mußte.

Für das nationale und internationale Kapital signalisiert der Sturz des Familienclans Isabel – López Rega einen Rückschlag in ihrer Offensive seit Peróns Tod. Schon während der letzten Monate seiner Regierungszeit, im ersten Halbjahr 1974, hatten die Unternehmer durch Schwarzmarkt und Preismanipulation schrittweise alle Konzessionen zurückgenommen, die sie 1973 im Rahmen einer „konzertierten Poli-

tik“ zur Demobilisierung der Arbeiterschaft zugestanden hatten. Der Rechtstrend von Perón, der sich unter seinen Erben zum offenen Rechtsradikalismus steigerte, bot ihnen dafür ein günstiges Klima der „Sicherheit“. Offenbar betrachteten die Unternehmerverbände und die hinter ihnen stehenden internationalen (bzw. nordamerikanischen) Agenturen die Macht von



Lopez Rega und Isabel Peron — letzter Tango

López Rega als genügend gefestigt, um mit einem extremen Austerity-Programm ihre Maximalziele zu verwirklichen.

Sie scheiterten an derselben gesellschaftlichen Realität Argentiniens, an der schon frühere Versuche dieser Art gescheitert waren: Der Kampferfahrung und -bereitschaft der gewerkschaftlichen Basis. Es zeigt sich, daß auch der Repressionsapparat des „Lopezreguismo“ dieser Kampfbereitschaft nicht gewachsen war.

Für die Gewerkschaftsbürokratien war Isabel so lange als Verbündeter interessant und nötig, wie sie ihren Namen als Instrument zur Demobilisierung der Massen einsetzte. Diese ihre wichtigste Funktion konnte sie jedoch nur erfüllen, wenn sie nicht den Glauben der Massen daran zerstörte, daß der Name Perón eine Garantie ihrer Interessen darstelle. Diese Schwelle hat Isabel mit der Annulierung der Tarifabschlüsse überschritten: Indem Isabel sich für alle sichtbar gegen die Interessen der Arbeiterschaft stellte, verwandelte sie sich zweckwidrig in einen Faktor erneuter Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis und gefährdete damit die Machtstellung der Apparate, statt sie sichern zu helfen.

Auch für das Militär war die breite Streikbewegung das Alarmzeichen zum Eingreifen. Wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, so war auch auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit“ die Regierung durch ihre Exzesse kontraproduktiv geworden. Allerdings hatte sich bereits zuvor im Militär Unmut aufgestaut aufgrund der unqualifizierten Einmischung rechter Terrorbanden in sein ureigenstes Gebiet der Repression.

Der Mordterror der „AAA“, dem in dem Jahr seit Peróns Tod mindestens dreihundert Menschen zum Opfer gefallen sind, war für das Militär und sonstige bürgerliche Kräfte so lange akzeptabel, wie er sich gegen Führer oder Aktivisten der revolutionären Linken innerhalb und außerhalb des Peronismus wandte. Der Ärger begann, als die Clique um López Rega den Terror in den Dienst ihrer faschistoiden Ideologie zu stellen und ihn größenwahnsinnig gegen andere bürgerliche Kräfte zu verwenden begann. Bedroht wurden zuletzt auch liberalkonservative Journalisten und Politiker, ja selbst der Oberbefehlshaber der Marine und ein Heeresgeneral. Die Verfolgung von Künstlern, die Ermordung von Juden, die Zerstückelung der Opfer durch Sprengstoff — all das hatte nichts mehr mit politischer Repression zu tun und überschritt damit das Maß des Geduldeten.

Der rechte Terror war aber nicht nur zu ungezielt, er war auch zu erfolglos: Die bewaffneten Organisationen der peronistischen und der marxistischen Linken bewiesen ihr Überleben durch ständige Aktionen, darunter eine bis heute nicht besiegte Landguerrilla des guevanistischen ERP in der Provinz Tucumán und die Entführung der Brüder Born durch die linksperonistischen Montoneros, die das größte Lösegeld der Weltgeschichte erbrachte: 60 Millionen Dollar, ein Drittel des argentinischen Verteidigungshaushalts.

Was hat sich durch den Sturz von López Rega und die Entmachtung von Isabel real verändert?

Das Militär ist wieder deutlich sichtbar zur letzten Entscheidungsinstanz des Landes geworden, allerdings ohne vorerst direkte Regierungsverantwortung zu übernehmen. Seit dem schmählichen Rückzug der Militärregierung im Jahr 1973 halten sich die Streitkräfte zurück und überlassen es dem Peronismus, an seinen eigenen Widersprüchen zu verfaulen.

Noch immer dominiert im Militär eine „legalistische“ Fraktion, die in einem direkten Eingreifen des Militärs mehr Gefahren als Nutzen sieht; selbst der von López Rega als sein Vertrauter zum Oberkommandierenden des Heeres berufene General Numa Laplane hat sich dieser Fraktion angeschlossen und sich geweigert, den Plan Rodrigo militärisch gegen die streikenden Arbeiter durchzusetzen. Neuer Verteidigungsminister wurde die denkbar unpolitischste Figur des gesamten öffentlichen Lebens: Der Regierungsnotar Garrido, der seit 1940 den Amtsantritt und den Sturz von 16 Präsidenten und 403 Ministern zu den Akten genommen hatte (sein Vorgänger war — seit 1898 — sein Vater; sein Nachfolger wurde sein Bruder). Diese Benennung soll die politische Enthaltsamkeit der Streitkräfte dokumentieren, beinhaltet aber in Wirklichkeit das Gegenteil: Ihre nicht mehr durch politische Instanzen vermittelte Mitsprache. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Militär wieder offen an der Regierungsverantwortung beteiligt sein wird. Aber wie? und mit wem?

Ebenso unklar ist die künftige Stellung der Gewerkschaftsführung in der Regierung. Ihre Männer sind heute überall im Kabinett, im Parlament, in den Provinzverwaltungen vertreten, und auf einen der ihren, den Senatspräsidenten Italo Luder, würde die provisorische Nachfolge im Fall von Rücktritt oder Krankheit der Präsidentin fallen. Aber obwohl die Gewerkschaften de facto bereits eine informelle Nebenregierung darstellen, treten sie weiter so auf, als wären sie bloß eine Interessenvertretung gegenüber dem Staat. Seit Jahrzehnten kämpfen die Gewerkschaften um ihre Mitsprache in der Regierung, und heute, wo sie erstmals die Macht dazu hätten, offen Regierungsverantwortung zu übernehmen, schrekken sie davor zurück.

Der Grund ist einsichtig: Die erste Sorge der Gewerkschaftsführungen ist heute, die unkontrollierte Mobilisierung der Arbeiterschaft während der letzten Wochen in kontrollierbare Kanäle abzuleiten. Die Übernahme direkter Regierungsverantwortung wäre dabei ein sehr zweischneidiges Mittel: Alle wirtschaftlichen Rückschläge und politischen Repressalien würden von der Basis direkt ihren Führungen angerechnet, die bisher stets durch eine partielle Opposition den — ebenso partiellen — Schein von Arbeitervertretern aufrechterhalten konnte. Geht die Führung in die Regierung, so überläßt sie die Basis der innergewerkschaftlichen Opposition.

Die nächste argentinische Regierung kann nur eine arbeiterfeindliche Politik machen — und dafür möchte sich niemand hergeben. Ein Mittelweg, der sowohl den Reallohn der Arbeiter respektiert wie die Investitionsneigung des in- und ausländischen Kapitals erweckt, ist angesichts der Wirtschaftslage des Landes nicht ersichtlich. Die Devisen sind erschöpft, trotzdem haben die USA bereits wissen lassen, daß sie ohne eine Schocktherapie à la Rodrigo keinen Sinn in einer Umschuldung sähen.

Argentinien befindet sich — nach der kurzen Illusion der zweiten Präsidentschaft Perón — wieder in dem alten Dilemma: Der unterentwickelte argentinische Kapitalismus kann sich reformistische Zugeständnisse wirtschaftlich nicht leisten — er kann es sich aber anderseits politisch nicht leisten, die Konsumgewohnheiten der kampferfahrenen gewerkschaftlichen Basis zu ignorieren. Die in der argentinischen Arbeiterbewegung noch immer herrschende peronistische Ideologie ist zwar imstande, eine kapitalistische Entwicklung zu blokkieren, nicht aber, eine Alternative zu formulieren. Eine Stabilisierung ist in Argentinien nicht mit, aber auch nicht ohne Gewerkschaften möglich — weil innerhalb der Gewerkschaften deren Führungen weder mit noch ohne die Basis Politik machen können.

Auf kurze bis mittlere Sicht wird der Sturz von López Rega außer dem Austausch von Akteuren keine wesentlichen Änderungen bringen: Es wird weiter versucht werden, den Reallohn der Arbeiterschaft soweit als möglich zu drücken; die Beschränkung politischer Freiheiten wird in anderer Form weitergehen, ebenso der latente Krieg zwischen den bewaffneten Organisationen der Linken und den „Sondereinheiten“ des bürgerlichen Staates. Die verschiedenen bürgerlichen Machtträger werden versuchen, auch ohne den Vermittler Perón zu Kompromissen zu kommen — was schon mißlang, als Perón noch lebte.

Ein wichtiges Element ist jedoch neu: Die Basis hat ihre Handlungsfähigkeit zurückerobert, die ihr vor zwei Jahren durch die Rückkehr Peróns genommen wurde. Schon jetzt war die Mobilisierung der Arbeiterschaft der eigentliche Motor des Geschehens; nur die Gefahr weiterer wilder Streiks und einer politischen Radikalisierung haben die Gewerkschaftsführungen und das Militär dazu gebracht, gegen das Gespann Isabel — López Rega Stellung zu beziehen.

Mit deren Sturz gibt es heute keinen anerkannten Verwalter der peronistischen Ideologie mehr — und darin liegt langfristig die entscheidende Bedeutung der letzten Ereignisse. Es ist ein erhebliches Stück schwieriger geworden, die Arbeiterschaft und allgemein die unteren Schichten mit dem Namen Perón über ihre objektiven Interessen hinwegzutäuschen. Der Peronismus wird zwar noch lange fortbestehen, aber er kann sich nun im Bewußtsein der Massen verändern.

TILMAN EVERS

Grundbegriffe leicht gemacht

Karl Marx Riesen-Comic

160 Seiten 7.- DM

Aus einer Buchbesprechung:

"... Wird der Marx-Comic so verstanden, wie er von den Verfassern gemeint ist, dann hat er seinen Sinn erfüllt: leichte Lektüre für Jugendliche als Hinführung zu ernsthafterer Beschäftigung mit Marx und seinem Werk."

Diwan-Verlag

1 Berlin 15 • Uhlandstr. 46

Ich/wir bestelle(n) hiermit _____ Exemplare
Marx-Comic, Grundbegriffe leicht gemacht
Vorkasse · Berliner Disconto Bank 509/1772/1
Postscheck - Bln. - W. 2704 – 103

Name _____

Ort _____

Straße _____

Stunde der Exekutive

Das Urteil des BVG rechtfertigt jegliche regierungsamtliche Entscheidungswillkür

Wolf-Dieter Narr

Die Leistung des BVG-Urteils vom 22. 5. 75 (Aktenzeichen 2 BvL 13/73), das Ende Juli der Öffentlichkeit übergeben wurde, besteht in der verfassungsrechtlichen Abschaffung eines wesentlichen Teils der Rechtsförmigkeit des Verfassungs- und Dienstrechts für die öffentlich Bediensteten. An ihre Stelle tritt die Willkür der Einstellungsbehörde. Sie bestimmt, was unter „Verfassungsfeindlichkeit" zu verstehen ist und wann sie eine solche Verfassungsfeindlichkeit beim Bewerber, aber auch beim schon Bediensteten für gegeben erachtet. Die einstellende bzw. dienstgebende Behörde muß sich hierbei in keiner Weise rechtfertigen. Sie braucht weder klare Kriterien anzugeben, die nachprüfbar und gegebenenfalls einklagbar wären, noch hat sie den jeweils Betroffenen Gründe für die Ablehnung mitzuteilen. Diese erfahren von der Entscheidung nur als vollzogener, sie sind nicht anzuhören, das exekutivische Schicksal schlägt zu. Zwar kann der Betroffene, das räumt das BVG gerade noch ein, hinterher gegen die Entscheidung klagen und hierbei auch die Gründe in Erfahrung bringen, sofern sie nicht durch das Verwaltungsermessen ohnehin abgedeckt sind. Doch bleibt nicht einmal dies auf die schon negativ Betroffenen abgewälzte Verfahrensrisiko in der Regel verwendbar. Denn jede Behörde ist nun hinterher in der Lage – man weiß dies aus Polizeiprozessen zur Genüge –, den Schleier der eigenen Vergeßlichkeit sanft über mögliche Informationen zu breiten. Das vom BVG allgemein gerechtfertigte Opportunitätsprinzip der öffentlichen Verwaltung bzw. des Staates bzw. der Verfassung bzw. der Regierung (so und ähnlich lautet die Kette der entstellenden Gleichstellungen) entmachtet sowohl den einzelnen, es entrechtlicht das Verfahren, wie man öffentlich Bediensteter wird und warum man es bleibt (letzteres in geringerem Masse) generell. Die vom Verfassungsrichter Hirsch in einem Spiegel-Interview behauptete Liberalität des Urteils läuft auf die Liberalität zugunsten der Exekutive hinaus: sie kann letztlich machen und bestimmen, was sie will. Kein Mensch und kein Gericht kann ihr im Prinzip in die Karten schauen.

Historische Parallelen?

Nicht ohne Grund fallen einem Beobachtungen ein, die Ernst Fraenkel im Hinblick auf den Maßnahmestaat (= freies Ermessen der Exekutive) und im Hinblick auf den Rechtsstatt (= Fixierung an klare und kontrollierbare Kriterien) im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus und seinem Recht gemacht hat. Fraenkel hatte darauf hingewiesen – er hatte es selbst als seinerzeitiger Gewerkschaftsanwalt erfahren –, daß dieser „Doppelstaat" in Krisenzeiten zur Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung, sprich der Produktionsverhältnisse, unabdingbar gewesen sei: der rechtsförmige Schutz des Eigentums und der kapitalistisch notwendigen Kalkulationsbedingungen hier, die Aufhebung der Rechtsansprüche der einzelnen und der Gruppen dort, sofern dieselben eigentumslos nur zum Zwecke der Arbeit und des Gehorsams verfügbar sein müssen. Die Auffassung des Landesarbeitsgerichts von Gleiwitz (1936): „Das politische Werturteil über eine Person abzugeben, ist ausschließlich Sache der Kreisleitung; sie allein trägt die Verantwortung . . ." ist für den Bereich der öffentlich Bediensteten durch das BVG und zugunsten des gegenwärtig bestehenden Verfassungszustandes und seiner Vertreter bestätigt worden. Obwohl das BVG-Urteil, das das BVerwG-Urteil in „Sachen Lenhard" bestätigt und überhöht, sicherlich nicht mit der faschistischen Gerichtspraxis in eins zu setzen ist, zeigt es doch in erschreckendem und schlaglichtartigem Ausmaß zugleich:

1. wie abhängig deutsche Gerichte und gerade die höchsten von der jeweiligen politischen Atmosphäre sind;
2. daß deutsche Gerichte allemal dazu neigen, auch dort, wo die eigene Tradition des Rechtsstaats formell und materiell dagegen steht, die jeweilige Exekutive zu verstehen, ihr Ermessen zu bestätigen, ja auszuweiten (eine gewisse Ausnahme bilden Urteile der Verwaltungsgerichte in den 50er und 60er Jahren). Verhüllt wird diese exekutivische Bestätigung durch einen abstrakt-überhöhten Staatsbegriff, legitimiert wird diese Bestätigung durch den Krisenhinweis und die Krisenfurcht;
3. wie sehr die Gerichte und insbesondere das BVG der Urteilskriterien ermangeln, die allein aus einer inhaltlichen Bestimmung der Demokratie gewinnbar wären. Am Demokratieverständnis hapert's aber an allen Ecken und Enden, sichtbar nicht zuletzt in den Begriffen.

Da dieses Urteil in all seiner ferienhaften Scheinharmlosigkeit, auch dort wo es nur das Bestehende bestätigt, den Rubikon zur Auflösung des Rechtsstaats doch eindeutig überschritten hat und die ohnehin in Gang befindliche Transformation des liberalen Rechtsstaats beschleunigt, soll es in einigen zentralen Punkten kurz beleuchtet werden. Danach gilt es zu fragen, was das Urteil für den Kampf gegen die Berufsverbote bedeutet, und schließlich ist zu erörtern, ob es denn überhaupt noch einen Sinn hat, wenn der Rechtsstaat vom höchsten Gericht selbst in unabdingbaren Formelementen preisgegeben wird, in den Kampf um Verfassungspositionen einzutreten.

Die vordemokratische Basis des Urteils

1. Kernpfeiler der Argumentation ist nicht das Grundgesetz von 1949. Angelpunkt der Argumentation ist vielmehr die Treuepflicht des Beamten zum Staat schlechthin jenseits der „wechselnden Verfassungsordnungen", wie das Urteil in Bindestrichen bemerkt. Um diesen Angelpunkt zu begründen, geht das

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Juli 1975

1. Es ist ein hergebrachter und zu beachtender Grundsatz des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG), daß den Beamten eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt.

2. Die Treuepflicht gebietet, den Staat und seine geltende Verfassungsordnung, auch soweit sie im Wege einer Verfassungsänderung veränderbar ist, zu bejahen und dies nicht bloß verbal, sondern insbesondere in der beruflichen Tätigkeit dadurch, daß der Beamte die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften beachtet und erfüllt und sein Amt aus dem Geist dieser Vorschriften heraus führt. Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt. Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift.

3. Bei Beamten auf Probe und bei Beamten auf Widerruf rechtfertigt die Verletzung der Treuepflicht regelmäßig die Entlassung aus dem Amt. Bei Beamten auf Lebenszeit kann wegen dieser Dienstpflichtverletzung im förmlichen Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Dienst erkannt werden.

4. Es ist eine von der Verfassung (Art. 33 Abs. 5 GG) geforderte und durch das einfache Gesetz konkretisierte rechtliche Voraussetzung für den Eintritt in das Beamtenverhältnis, daß der Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

5. Der Überzeugung, daß der Bewerber die geforderte Gewähr nicht bietet, liegt ein Urteil über die Persönlichkeit des Bewerbers zugrunde, das zugleich eine Prognose enthält und sich jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung gründet.

6. Die sich aus Art. 33 Abs. 5 GG ergebende Rechtslage gilt für jedes Beamtenverhältnis, für das Beamtenverhältnis auf Zeit, für das Beamtenverhältnis auf Probe und für das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

7. Wenn auch an die Angestellten im öffentlichen Dienst weniger hohe Anforderungen als an die Beamten zu stellen sind, schulden sie gleichwohl dem Dienstherrn Loyalität und die gewissenhafte Erfüllung ihrer dienstlichen Obliegenheiten; auch sie dürfen nicht den Staat, in dessen Dienst sie stehen, und seine Verfassungsordnung angreifen; auch sie können wegen grober Verletzung dieser Dienstpflichten fristlos entlassen werden; und auch ihre Einstellung kann abgelehnt werden, wenn damit zu rechnen ist, daß sie ihre mit der Einstellung verbundenen Pflichten nicht werden erfüllen können oder wollen.

8. Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Beamtenanwärters erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt – unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist oder nicht.

9. Es steht nicht in Widerspruch zu Art. 12 GG, wenn der hergebrachte Grundsatz des Berufsbeamtentums im Beamtenrecht verwirklicht wird, vom Bewerber für ein Amt zu verlangen, daß er die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

10. Dem Staat steht frei, einen Vorbereitungsdienst, dessen erfolgreiche Absolvierung Voraussetzung sowohl für den Staatsdienst im Beamtenverhältnis als auch für einen freien Beruf ist, allgemein so zu organisieren, daß er in einem zivilrechtlichen Anstellungsverhältnis oder in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Verhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abzuleisten ist. Entscheidet er sich für einen Vorbereitungsdienst, der im Beamtenverhältnis zurückzulegen ist, so muß er für diejenigen, für die ein Beruf außerhalb des Staatsdienstes in Betracht kommt, entweder einen gleichwertigen, nicht diskriminierenden Vorbereitungsdienst anbieten, der ohne Berufung ins Beamtenverhältnis geleistet werden kann, oder innerhalb seiner beamtenrechtlichen Regelung eine Ausnahmevorschrift vorsehen, die es gestattet, den Vorbereitungsdienst auf Wunsch außerhalb eines Beamtenverhältnisses abzuleisten. Im Hinblick darauf, daß in zunehmendem Maße neben die zweistufige juristische Ausbildung eine einstufige Ausbildung tritt, mag es zur rechtlichen Vereinheitlichung des juristischen Vorbereitungsdienstes naheliegen, künftig für alle Juristen die praktische Ausbildung vor der zweiten juristischen Staatsprüfung innerhalb eines öffentlich-rechtlichen Rechtspraktikanten-Verhältnisses vorzusehen, das kein Beamtenverhältnis ist.

Gericht zurück bis zum Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1792 und beruft sich ohne Abstriche auf die Hausjuristen des sogenannten 2. Kaiserreichs von 1871 (Laband u. a.). Ausschlaggebend und bezeichnend ist hierbei, daß der Begriff des Beamten und seiner Pflichten nicht von der Demokratie her bestimmt werden und damit ein demokratiegemäßes Beamtenrecht begründet und gefordert würde, sondern daß umgekehrt die grundgesetzlich-demokratischen Elemente wie schmückende, aber zweitrangige Beiwörter dem überparteilich-vordemokratischen Staatsbegriff angeheftet werden. Im bezeichnenden Opportunismus (und der darin enthaltenen Methodenlosigkeit) wird vielmehr dann dieser abstrakte, demokratieleere Staatsbegriff, auf den die Beamtentreue, die jeden Beamten in Leib und Seele total erfüllen soll, ausgerichtet ist, festgemacht an der „geltenden verfassungsrechtlichen Ordnung, so wie sie in Kraft steht". Das heißt aber doch nichts anderes, als daß der Beamte zum beliebig fungiblen Herrschaftsdiener, nicht zum Demokratie/Grundgesetzdiener, werden soll und zwar nicht nur in seinem dienstlichen Vollzug (was sich so wie die Dinge nun einmal liegen, versteht), sondern in seinem gesamten sozialen, ja gesinnungsmäßigen Gebaren. Es kommt dem Gericht offenbar nicht in den Sinn, daß die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" demokratiekonform und nicht die Demokratie und die Grundrechte der Beamten im Hinblick auf eine fridrizianische Tradition konform interpretiert werden müssen. Die vor dem Grundgesetz, auch vor der Weimarer Rechtsverfassung liegenden „hergebrachten Grundsätze", deren unbefragte Übernahme schon die Restauration der Bundesrepublik insgesamt einläuteten, interpretieren und bestimmen so das Grundgesetz, wenigstens soweit es die öffentlich Bediensteten angeht. Von dieser Ausgangsvoraussetzung leiten sich alle weiteren Argumente und Folgerungen des Verfassungsgerichts ab, das in seiner Interpretation dergestalt gar nicht auf dem Boden der Verfassung steht.

2. Es versteht sich so fast von selbst, daß das Gericht sich in seiner eigenen Begriffsverwirrung nicht zurecht findet. Das eine Mal sieht es sehr wohl den Unterschied zwischen Verfassungsordnung und ihren Wesenselementen auf der einen Seite und dem augenblicklichen Rechtszustand und der Regierungsinterpretation auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich dann auch notwendig eine auf die Verfassungsform und nicht die Regierungsgegenwart bezogene Interpretation der Beamtentreue. Das andere Mal aber werden, wie schon oben zitiert wurde, Staat, Verfassung, gegenwärtiger Verfassungszustand, Regierung zu gleichbedeutenden Begriffen und also wird Beamtentreue konsequenterweise Regierungstreue, Treue zu dem, was die Exekutive befiehlt, schlechthin. Wer, bevor er Beamter wird, dagegen in Wort und Tat verstößt, weil ihm etwa der CDU-Staat nicht als die richtige Verlängerung des Grundgesetzes erscheint oder weil er – schlimmer noch – strukturelle Gleichheit zwischen den Bürgern will, wer auch nur erwarten läßt, daß er von solchen Gedanken irgendwann einmal erfüllt sein könnte, ist ablehnungsreif. Der Identifikationskette Staat – Verfassung – Regierung und dem vordemokratischen Inhalt des Begriffs der Treuepflicht entspricht deren individualisierende Totalisierung. Der Beamte bzw. Anwärter muß seiner „gesamten Persönlichkeit" nach die Vermutung der Treuepflicht durch dick und dünn als nahezu gewiß nahelegen. Es genügt nicht, daß er seinen Aufgaben korrekt nachkommt und die Kernelemente der Verfassung bejaht. Er hat ein totales regierungsamtliches Individuum darzustellen.

3. Vom prinzipiell vordemokratischen Staatsbegriff und der entsprechenden Bestimmung der Treuepflicht her versteht es sich auch, daß das Gericht für die öffentlich Bediensteten ein eigenes Grundgesetz erfindet, das wiederum auf dem Pfeiler „hergebrachte Grundsätze" aufbaut. Denn nur so wird es möglich, indem man den öffentlichen Dienst qua Staat aussondert, daß Art. 21 GG, das sogenannte Parteienprivileg vor allem (vgl. den Kommentar zum Lenhard-Urteil, nicht für öffentlich Bedienstete und solche, die es werden wollen, gelten soll. Diese können vielmehr abgelehnt werden, weil sie u. a. einer nicht verbotenen Partei angehören, die vielleicht der einstellenden Behörde gerade nicht in den Kram paßt, die vielleicht „an sich" – das entscheiden dann die Behörden – „verfassungsfeidlich" ist. Verfassungsrichter Rupp hat in seinem Sondervotum die Auffassung der Mehrheit strikt und Punkt für Punkt widerlegt; warum hat er dennoch das Urteil insgesamt unterschrieben?

4. Wenn der Staatsbegriff den augenblicklichen Bestand insgesamt umfaßt und wenn der Staatsdiener seiner „gesamten Persönlichkeit" nach diesem augenblicklichen Bestand verpflichtet ist, dann versteht es sich nahezu von selbst, daß die einstellende Behörde insbesondere für den Fall von Krisen, und seien es auch nur Krisen im Rahmen der Verfassung, auf die totale aktuelle Treue des Beamten an sich Wert legen muß. Mehr noch, sie muß einzuschätzen versuchen, wie sich wohl Kandidat X im Falle Y verhalten würde. Jeder Zweifel, der sich in eine solche Charakter- und Verhaltensprognose einschleichen könnte, so meint das Gericht, reicht zur Ablehnung insbesondere von Bewerbern aus. Da Lebenszeitbeamte schwerer loszukriegen sind – man muß, man glaubt es kaum, ein förmliches, mit Gründen versehenes Disziplinarverfahren anstrengen –, geht es insbesondere darum in einer Vorwärtsverteidigung, besser Vorwärtsabschreckung, all die Elemente gar nicht in den Vorbereitungsdienst einzulassen, die möglicherweise irgendwann einmal aufmüpfig werden könnten. Es wird also einerseits nach Willen des Gerichts in bester deutscher Staats- und Beamtentradition das Sicherheitsrisiko der Exekutive umgesetzt in eine Totalverpflichtung der öffentlich Bediensteten, die dadurch Staatsbürger anderer Klasse werden, und es wird andererseits versucht, durch charakterologische Prognosen von vornherein den Gehorsam ohne Abstriche bei potentiellen Bewerbern einzubleuen.

5. Auch dort, wo das Gericht scheinbar liberal fordert, nicht eigens Verfassungsschutzakten über Schüler und Studenten anzulegen, in der verzeihenden Pose im Hinblick auf „Jugendsünden", auch dort bringt das Urteil keine Erleichterung des gegenwärtigen Zustands, weil es solche Forderung ohne jede Angabe, wie sie denn durchzusetzen sei, aufstellt. Im Gegenteil: dadurch, daß das Gericht die Behörden („den Staat") von Begründungen freistellt und die Unöffentlichkeit, die Unrechtlichkeit des Verfahrens garantiert, dadurch ermöglicht es auch, zu sammeln und zu benützen und noch einmal zu sammeln. Der Grundzug des Urteils läuft in der Tat darauf hinaus, daß es, indem es scheinbar rechtsstaatlich die Einzelfallprüfung verlangt, dem exekutivischen Ermessen alles anheimstellt und den einzelnen, der vielleicht einmal öffentlich Bediensteter werden möchte, radikal verunsichert. Die Grundrechte sind für eine ganze Gruppe und ihren potentiellen Umhof wenn nicht abgeschafft, so doch drastisch eingeschränkt, ohne daß es dazu eines formalen Federstrichs bedurft hätte. So wie die Parteien, wie das BVG früher einmal zu Recht argumentierte, in ihren Mitgliedern bestehen, weswegen man nicht Parteimitgliedschaft verbieten kann, ohne de facto die Parteien zu verbieten, so bestehen auch öffentlich Bedienstete als soziale und politische Wesen. Um letztere bemüht sich das BVG heute nur insofern, als es um den staatlich verwert- und vorab garantierbaren Kadavercharakter dieser öffentlich Bediensteten geht.

Das Urteil zerschlägt den isolierten Kampf gegen die Berufsverbote

Was sich schon vor dem Urteil abzeichnete, wird durch dasselbe höchstrichterlich gesalbt. Man kann ja die Unruhe, die durch die politisch motivierten, willkürlich begründeten Berufsverbote entstanden ist, dadurch vermeiden, daß die einstellende Behörde auf Tauchstation geht. Man nennt keine Gründe mehr. Das BVG bietet diesem undemokratischen, unrechtlichen Verfahren den Tauchanzug. Solche versagte Gründe haben aber direkte Folgen für den möglichen Kampf gegen die Berufsverbote. Denn wie soll der einzelne sich dagegen wehren, wie soll er Gruppen dafür gewinnen, wie soll er die Öffentlichkeit informieren, wie auch nur einen Prozeß in Gang setzen, wenn er gar nicht erfährt, warum ihm so oder so geschehen ist und wenn er die Gründe auch kaum in einem Prozeß zureichend erfahren kann?

Die wehrlose Verunsicherung wird total. Aus diesen Gegebenheiten ergibt sich, daß auch die Konzentration der Hilfe auf individuelle Verhaltensberatung bei Anhörungen und dergleichen nicht mehr zureicht. Vielmehr zwingt das BVG-Urteil dazu, daß die einzelnen sich im Kontext ihrer Berufsgruppen organisieren und daß die Organisationen die Berufswirklichkeit und das Verhalten als Lehrer, als Sozialarbeiter usw. insgesamt ernstnehmen und entsprechende fortlaufende Beratungstätigkeit organisieren. Ausbildung und Beruf, die Möglichkeiten, eine Position zu erringen, ohne sich aufzugeben, die Möglichkeiten, im Beruf zu bleiben, ohne zum schieren Opportunisten zu werden, müssen nun ins Zentrum der Überlegung gestellt werden. Der Kampf gegen die Berufsverbote bleibt, aber er muß notgedrungen umfassender werden. Der Politik der umfassenden Heimlichkeit der Exekutive muß eine Politik der umfassenden Öffentlichkeit gegenübergestellt werden, sonst greift eine isolierte Berufsverbotsarbeit ins Leere.

Die ‚Reprivatisierung' des Verfassungsschutzes, die das BVG der Exekutive empfiehlt, nähert nicht nur das Verhalten des Staates dem der privaten Verbände und Unternehmen an, sondern gewährleistet auch eine noch unkontrolliertere Zirkulation der schwarzen Listen zwischen formell öffentlichen und formell privaten Instanzen, als dies ohnehin der Fall war. Außerdem

FORTSETZUNG SEITE 13

Ökonomische Krise und politische Disziplinierung

Beitrag auf dem Hochschultag gegen die Berufsverbote in der TU Berlin am 24.6.1975

Elmar Altvater

Die Bewältigung der ökonomischen Krise scheint ihren Preis zu fordern: Um die ökonomischen Schwierigkeiten steuerungpolitisch lösen zu können, um also die Effizienz staatlicher Interventionen gegen alle Widersprüche dieser Gesellschaft nicht nur sichern, sondern verbessern zu können, wird der Staatsapparat auf die von der Krise erzwungene Rationalität – die Rationalität der bürgerlichen Klassengesellschaft – getrimmt: Der gesamte öffentliche Dienst wird reformiert, um Kosten (insbesondere Personalkosten) einsparen zu können. Das Dienstrecht soll verändert werden, um Streiks und andere Unbotmäßigkeiten gegenüber dem „Dienstherrn" generell und nicht nur bei den Beamten verhindern, verbieten und möglicherweise polizeilich verfolgen zu können. Die politischen Überprüfungen der Bewerber für Ämter im öffentlichen Dienst sind in diesem Zusammenhang nur das Tüpfelchen auf dem i: um nämlich das Personal des Staatsapparats in allen seinen Bereichen zu bedingungslos-bornierter Loyalität zu zwingen.

So betrachtet scheinen die Berufsverbote eine unmittelbare Konsequenz der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft zu sein. Aber dieser Schein trügt. Jedoch: so einfach ist der Zusammenhang von Ökonomie und Politik in der bürgerlichen Gesellschaft nicht. Schließlich haben gerade in Deutschland und Westdeutschland die Berufsverbote und Radikalenerlasse eine lange, sehr lange Tradition, und man kann keinesfalls sagen, daß politische Repression und Disziplinierung in Prosperitätsphasen keine so wichtige Rolle gespielt habe. Für die westdeutsche Entwicklung läßt sich dies ohne Schwierigkeiten belegen. Der Adenauer-Erlaß von 1950, das Verbot der FDJ von 1952, das KPD-Verbot von 1956, die Verabschiedung der Notstandsgesetze von 1968 und die arbeitsgerichtlich und verfassungsgerichtlich vollzogene reaktionäre Ausfüllung von Verfassung und Gesetzen und damit die Verunmöglichung bestimmter Formen der Interessenartikulation (z. B. der politische Streik), da vom Gesetz verboten oder von den Gerichten mit Strafe belegt, erfolgten in der Zeit des angeblichen Wirtschaftswunders.

Die Sicherungen der repressiven Funktionsfähigkeit des Staatsapparats

So könnte man fast sagen: Die Berufsverbote wären auch erlassen worden, wenn die gegenwärtige schwere ökonomische Krise nicht eingetreten wäre. Doch meine ich, daß eine solche Auffassung falsch ist. Denn zweierlei ist hervorzuheben: Erstens ist jede Überlegung lebensfremd, die Gedanken darüber anstellt, ob die Krise kommt oder nicht. Mit in dieser Gesellschaft beinahe naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit gerät der Kapitalismus periodisch in Krisen mit den entsprechenden Konsequenzen der Arbeitslosigkeit, der Kapitalvernichtung, der Finanzkrise der Staatshaushalte, der Gefährdung internationaler wirtschaftlicher Zusammenhänge und nicht zuletzt des Verlustes an Legitimität des herrschenden Systems. Es zeigt in der Krise offensichtlich, wie wenig es in der Lage ist, die vom Stand der Produktivkräfte her mehr als legitimen Bedürfnisse der Massen zu befriedigen. In der Krise zeigt sich die zerstörerische Logik des Kapitalismus vor aller Augen: Nicht nur Kapitalwerte werden vernichtet, auch Hoffnungen, Pläne, Erwartungen werden zunichte. Die Krise ist im Kapitalismus notwendig, weil die gesellschaftlichen Widersprüche sich zeitweise so sehr verschärfen, daß nur noch die Krise mit ihrer zerstörerischen Wut die zugespitzten Konflikte – wenn auch nur zeitweise – „bereinigen" kann. Die Krise ist somit für die Funktionsweise dieser Gesellschaft ein Lebenselexier, das die „Gesundheit zum Tode hin" erhält.

Damit sind wir aber bei einer zweiten wesentlichen Erkenntnis: Auch wenn die politischen Disziplinierungen in Perioden prosperierender Kapitalentwicklung stattfinden, dann doch immer als Maßnahmen der Sicherung von Herrschaft des Kapitals. Diese ist grundsätzlich gefährdet, wie dem Bürgertum schlagend in Indochina, teilweise auch in Griechenland und Portugal eingepaukt worden ist. Und diese Gefährdung wächst in ökonomischen Krisen. Man kann daher auch sagen, daß die Maßnahmen der politischen Disziplinierung, insbesondere die Berufsverbote, für die Krise gemacht worden sind. Daß dies keine pure Spekulation ist, dafür sind die Verabschieder der Notstandsgesetze von 1968 und das Gericht, das das Skandalurteil gegen Sybille Plogstedt fällte, bekanntere Kronzeugen: man müsse schließlich für Krisen, die ja immer in irgendeiner Weise „Notstandssituationen" sind, gerüstet sein. Die dümmliche Euphorie westdeutscher Politiker, man hätte mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz das modernste wirtschaftspolitische Instrumentarium der Welt, mit dem man schon die Krisen meistern könne, kommt eben dadurch auf den Teppich, daß das wirtschaftspolitische Instrumentarium den Knüppel-aus-dem-Sack der Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen zur politischen Repression beigesellt erhielt – für den Fall, daß das Tischlein-deck-Dich nicht so recht funktioniert. Wenn die Berufsverbote vorbeugende Maßnahmen für die Krise sind, dann müssen mindestens drei Konsequenzen gezogen werden.

■ Erstens: Die Berufsverbote für bestimmte Bewerber zum öffentlichen Dienst sind nur ein Teil der viel breiter wirkenden und zum Teil völlig außerhalb der bürgerlichen und –dies sei kritisch betont – der linken Öffentlichkeit diskutierten und bekannten politischen Repression in Betrieben, in Medien, im öffentlichen Dienst. Die Normalität des kapitalistischen Alltags ist bereits repressiv und wird in der Krise noch gesteigert. Arbeitslosigkeit wirkt vereinzelnd, erzeugt Angst und Konkurrenz. Allerdings – und darin liegt die besondere Qualität der Berufsverbote – macht die staatliche Beteiligung an den Repressionen sie wirksamer, gezielter und vor allem beinahe total. Ein Arbeiter, der im Betrieb diszipliniert worden ist, kann noch – jedenfalls in Grenzen – den Betrieb wechseln; ein Lehrer, der vom Berufsverbot betroffen ist, hat bei dem Tempo, mit dem die staatliche Überprüfungsmaschine auswuchert, eher über kurz als über lang keine Chance mehr, als Lehrer arbeiten zu können. Wenn auch diese besondere Qualität der Berufsverbote eine entsprechende Kampagne gegen die Berufsverbote nicht nur recht-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 12

hat das Anziehen der Sicherheitsschraube durch das BVG auch direkte Folgen im nichtöffentlichen Bereich. Dieser Sachverhalt ist ein weiterer Grund dafür, warum die Anti-Berufsverbotskampagne eben eine Anti-Repressionskampagne sein muß, warum kein Berufsbereich ausgespart werden kann.

Wozu noch „Kampf um Verfassungspositionen"?

Die zentralen Argumente, die für eine Fortsetzung, ja Verstärkung des Kampfes um die Verfassungspositionen, um die Interpretation des Grundgesetzes sprechen, werden in einem späteren Artikel dargestellt (zus. mit B. Blanke). Im Zusammenhang dieses Urteilskommentars geht es nur darum, eine mögliche und verständliche Folgerung aus dem Urteil abzublocken, die im Hinblick auf den politischen Kampf und politische Möglichkeiten der Linken falsch wäre. Das Urteil und das weitgehend zustimmende Echo, das es gefunden hat, zeigen, wie allemal alle rechtsstaatlich-demokratischen Argumentationen ins Schleudern geraten, wenn von Staat und Krise die Rede ist. Die Krise, das Kriseln scheint schon im Vorgriff, wenigstens im Hinblick auf die eigene „staatliche Verfügungsmasse", die öffentlich Bediensteten, nahezu jegliche Rechtseinschränkung zu rechtfertigen, jede Geste des demokratisch-sozialen Gürtel-enger-Schnallens mit Applaus zu versehen. Doch dieser nicht neue Sachverhalt läßt nicht zu, daß man von seiten der Linken die Entrechtlichungs-, die Illegalisierungs-, die Verbotstendenz generell geradezu selbstmörderisch verstärkt, indem man sich auch noch die Kampfesmittel vorschreiben läßt, indem man versäumt, die aktuellen Existenzmöglichkeiten und -nötigkeiten der öffentlichen und privaten Arbeiter ernst zu nehmen. Wenn man letzteres aber tut, wenn man die eigene soziale Basis nicht noch mehr gefährden will, als sie objektiv durch die Herrschenden ohnehin gefährdet ist, dann darf man denselben nicht die Spielregel- und die Denkmusterbestimmung überlassen. Dann muß man um jeden Einzelfall, um jede einzelne Position kämpfen. Dann muß man den Rechtsstaat und seine Mittel, ohne sie zu überschätzen, bis zur Neige ausschöpfen, dann muß man vor allem fortdauernd gegen die Geheimhalterei des totalisierenden Verfassungsschutzes Öffentlichkeit herzustellen und zu gewinnen versuchen. Dieser Versuch ist auch dann zu unternehmen, wenn die Erfolgsmarge zunächst gering bleibt, wenn längere Zeitspannen zu riskieren sind.

Das Urteil schlägt mehr Personen und mehr Gruppen ins Gesicht, als dieselben zu merken vermögen. Die Staatsideologie, die so gut genutzte Krisenangst und die isolierende Tendenz der Verbote selbst verhindern dies. Die isolierende Tendenz nimmt zu, wenn, wie das BVG erlaubt, Verbote gar nicht mehr als Verbote erscheinen. Gerade die glitschige Argumentation des Urteils verstärkt dies. Doch es hilft nichts. Wenn der Kampf gegen die Berufsverbote allgemein, die gewöhnlich nicht oder nicht mehr als Berufsverbote erscheinen, überhaupt ein Stück Erfolg versprechend sein soll, dann kann er nur zugleich auch als Kampf um Verfassungspositionen in jedem möglichen Fall und generell in der Öffentlichkeit geführt werden.

fertigt, sondern notwendig macht, muß doch klar sein, daß sie nur dann eine Chance hat, ihre Ziele zumindest teilweise verwirklichen zu können, wenn die Front gegen politische Disziplinierung und Repression breitere Kreise von Betroffenen erfaßt.

Erhaltung formeller Rechte zur Organisierung materieller Interessen

■ Zweitens: Die Berufsverbote wie auch alle anderen Maßnahmen der politischen Repression sind nicht nur darauf gerichtet, eine allgemeine Einschüchterungswirkung zu erzielen oder die Artikulations- und Organisationsfreiheit der Linken alleine zu beschneiden — was für sich genommen bereits jeden halbwegs Liberalen auf die Palme bringen müßte —, sondern vor allem darauf, die politische Artikulation von nicht in das Schema kapitalistischer Rationalität einzuzwängenden Interessen zu verhindern oder doch zumindest zu behindern. So sind ja vom Berufsverbot nicht nur Linke betroffen, sondern letztlich alle diejenigen, deren Interessen nicht auf dasjenige der Herrschaftssicherung durch den Staat zu reduzieren sind. Die Berufsverbote sind ein radikaler Anschlag auf fundamentale materielle Notwendigkeiten, sich zur Durchsetzung seiner Interessen (ökonomischer Interessen, politischer Zielsetzungen, moralischen Wertungen usw.) auch entsprechend organisieren zu können. Bislang war es formell möglich, diese materiellen Interessen zusammenfassen und vertreten zu können. Gerade diese formelle Möglichkeit, die das Grundgesetz bietet, wird jetzt genommen. Wenn man sich dagegen zur Wehr setzt, dann pocht man als Linker, als Sozialist und als Kommunist auf seine formellen Rechte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Hier liegt auch die Möglichkeit, Liberale zu gewinnen, die ebenfalls gegen die Einschränkung der formellen Rechte eintreten, obgleich sie ganz andere materielle Interessen haben. Diese formellen Rechte sind notwendig, um die materiellen Interessen von Sozialisten oder Kommunisten, die auf Veränderung der Gesellschaft gerichtet sind, verwirklichen zu können.

Die Erhaltung der formellen, von der Verfassung dem Wort nach garantierten, Rechte auf Artikulation und Organisation von Interessen der Lohnarbeiterklasse und ihrer — ideologisch unter Umständen stark zerstrittenen — Organisationen ist demnach eine Voraussetzung für die Entwicklung von Klassenorganisationen. Der Kampf gegen die Berufsverbote erweist sich so in seiner ganzen politischen Tragweite, die von vielen Organisationen und Individuen innerhalb der Linken allerdings noch nicht ganz begriffen worden ist. Es geht nämlich nicht nur um die Berufsverbote und um die vielen Berufsverbotsfälle, sondern darum, daß hier Vorbereitungen von der Bourgeoisie und ihrem Staat getroffen werden, Ansatzmöglichkeiten für die Artikulation und Organisierung und damit für die Durchsetzbarkeit von materiellen, gegen die Kapitalherrschaft gerichteten Interessen zu verhindern. Daß dies auch mit dem Blick auf die Krise gemacht wird, dürfte einleuchten. Damit aber diese Strategie nicht einfach zum Zug kommen kann, ist es notwendig, mit aller Entschiedenheit und Einigkeit den Anfängen der totalen Zerschlagung von klassenmäßiger Organisierung entgegenzutreten. Dies sei denjenigen in den Gewerkschaften zugerufen, die immer noch meinen, bei den Berufsverboten handele es sich um vielleicht nicht ganz einwandfreie Maßnahmen gegen einzelne Kommunisten und ähnliche gesellschaftliche Randerscheinungen, mit denen einen allenfalls eine allgemein-menschliche Betroffenheit verbinden könne.

Eine starke Arbeiterbewegung kann Berufsverbote verhindern

■ Drittens. Im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Ländern ist die Herrschaft des Kapitals in Westdeutschland auch in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gefährdet. Aufgrund historischer Prozesse, die hier nicht näher untersucht werden können, ist die westdeutsche Arbeiterklasse als politisches Subjekt der Geschichte noch kaum in Erscheinung getreten. Von daher ist also die bürgerliche Klasse Westdeutschlands gar nicht wirksam bedroht. Ganz anders ist dies, wie wir alle wissen, beispielsweise in Italien, Frankreich oder England. Obwohl dort die bürgerliche Herrschaft weniger gesichert als in Westdeutschland ist, gibt es in keinem dieser Länder eine Form der politischen Repression, wie sie mit den Berufsverboten hier praktiziert wird. Gerade die Stärke der Arbeiterbewegung hat eine solche Praxis verhindert. So sehen wir, daß die Berufsverbote auch deshalb eingeführt werden, weil in Westdeutschland die Arbeiterbewegung politisch schwach ist, und nicht nur, weil das Kapital die Krise fürchtet. Der scheinbare Mechanismus — die Krise gefährdet die Herrschaft des Kapitals, deshalb werden Vorbereitungen getroffen, diese Herrschaft mittels politischer Repression aufrechtzuerhalten — wirkt also dann nicht, wenn eine bewußte, kämpferische, erfahrene und gut organisierte Arbeiterklasse existiert und dafür kämpft, daß die Existenzbedingung ihrer materiellen Organisierung, nämlich die formelle Organisationsfreiheit in der bürgerlichen Verfassung, erhalten bleibt.

Westdeutschland auf dem Wege zur westeuropäischen Hegemonialmacht

Noch etwas kommt hinzu. In der allgemeinen Krise auf dem kapitalistischen Weltmarkt ist Westdeutschland das Land mit noch vergleichsweise günstigen Verhältnissen für das Kapital. Das bedeutet aber, daß daß die Krise auch eine Machtverschiebung zumindest im westeuropäischen Raum herbeizuführen tendiert, eine Machtverschiebung mit Westdeutschland als einer westeuropäischen Hegemonialmacht. Dies drückt sich nicht nur ökonomisch aus, sondern hat enorme politische Konsequenzen. Die Rolle, die die westdeutsche Sozialdemokratie bei der Aufpäppelung der Sozialdemokratie oder die CDU bei der Unterstützung der reaktionären Christdemokratie in Portugal spielen, die Aufforderung des FDP-Generalsekretärs Bangemann an die westdeutschen Parteien, ihre „Schwesterparteien" in Italien, Portugal, Griechenland gegen die „Bedrohung des Kommunismus" zu unterstützen, deuten die Richtung an, in die der westdeutsche Imperialismus wieder einmal marschiert. Um diese Rolle aber auch ohne hinderliche Umschweife spielen zu können, wird versucht, den Staatsapparat „sauber" zu halten. Es war schon immer so, daß Expansionismus nach außen, der sich gegenwärtig als Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten anderer Länder und Völker darstellt, mit verschärfter Reaktion nach innen einherging. Mit Berufsverboten und anderen repressiven Maßnahmen wird also nicht nur versucht, die Krise im eigenen Land „flankierend" zu bewältigen. Gleichzeitig soll die Voraussetzung geschaffen werden, um als Hegemonialmacht wirksam eingreifen zu können. Die Befürchtung vieler bei uns und im Ausland, Westdeutschland könne auf diesem Weg zu einem Polizeistaat werden, hat eine durchaus materielle Grundlage.

Ich komme zum Schluß. Das Kapital und der bürgerliche Staat erlassen und praktizieren die Berufsverbote, um in der Krise gerüstet zu sein, um Organisierung und Vertretung von gegen die Herrschaft des Kapitals gerichteten Interessen verhindern zu können — als verfassungsfeindliche nämlich. Uns muß es dementsprechend darum gehen, in einer breiten Kampagne genau dieser Absicht entgegenzutreten. Wir wehren uns gegen die Berufsverbote aus unmittelbarer Betroffenheit. Aber indem wir uns dagegen wehren, versuchen wir auch zu verhindern, daß konkrete Interessenpolitik — ganz abgesehen von sozialistischen und kommunistischen Positionen — mehr und mehr kriminalisiert wird. Wir müssen einen Damm gegen die repressiven Maßnahmen des Staatsapparats errichten, um nicht mit unseren eigenen demokratischen Rechten, die uns genommen werden sollen, den autoritären Staat entstehen zu sehen. Wehret den Anfängen!

■

DIE LINKE OPPOSITION IN DER SOWJETUNION
Texte 1923-28, 4 Bde.

Beiträge von: Bucharin, Bubnow, Joffe, Kamenew, Krupskaja, Ossinski, Pjatakow, Preobraschenskij, Radek, Rakowski, Rykow, Sapnorow, Serebriakow, Sinowjew, Sokolnikow, Smirnow, Stalin, Tomski, Trotzki u.a.

Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter

Diese Anthologie dokumentiert an Hand der Originaltexte die grundlegende Debatte um den Aufbau des Sozialismus in der SU. Die besondere historische Bedeutung dieser Diskussionen liegt darin, daß in ihr sowohl die Weichen für die künftige politische und soziale Entwicklung der SU gestellt, als auch Signale für die internationale kommunistische Bewegung durch die Verdichtung des Marxismus-Leninismus zur offiziellen Doktrin der III. Internationale gesetzt wurden. Zugleich versuchte die Linke Opposition aber der zunehmenden Bürokratisierung und Dogmatisierung eine revolutionäre Alternative entgegenzu setzen.

Die 4 Bände umfassen jeweils ca. 500 Seiten und sind chronologisch aufgebaut, um die bis heute noch offiziell tabuisierten Diskussionen in ihrem historischen Verlauf nachvollziehen zu können.

Die beiden ersten Bände umfassen die Zeit von 1923 bis 1925, d.h. die Diskussion der Linken Opposition um Trotzki, Preobraschenskij u.a. mit der Parteiführung um Sinowjew, Kamenew und Stalin. Die Schwerpunkte waren die Notwendigkeit eines 'neuen Kurses', d.h. eines antibürokratischen Demokratisierungsprozesses in Partei und Staat, das Problem der disproportionalen Entwicklung zwischen Landwirtschaft und Industrie und dessen planmäßige Lösung, sowie die Auseinandersetzung mit den Traditionen der revolutionären Bewegung in Rußland in der sog. 'literarischen Debatte'.

Band I erscheint am 15. September 1975, Band II am 15. Oktober 1975

Die beiden folgenden Bände umfassen die Periode der Auseinandersetzungen mit der Vereinigten Opposition (d.h. LO und Sinowjew, Kamenew) bis zu deren Ausschluß aus der Partei. Die Schwerpunkte waren die Industrialisierungsdebatte, im Zusammenhang mit den Problemen des Aufbaus des Sozialismus in einem Land, wie er von Stalin propagiert wurde, bis hin zu Fragen des proletarischen Internationalismus. (Erscheinungstermin: Januar und Februar 1976)

Prinkipo

Jeder Band umfaßt ca. 500 Seiten und wird ca, DM 25.- kosten. Wir bieten zwei Formen der Subskription des Gesamtwerkes an, der Subskriptionsschluß ist der 30.9.1975
1) Vorbestellung mit Vorauskasse: Der Subskribent erhält die 4 Bände für insgesamt DM 80.- Die Lieferung erfolgt portofrei nach Erscheinen, wenn der Betrag gezahlt wurde.
2) Vorbestellung ohne Vorkasse: Der Subskribent der Gesamtausgabe erhält jeden Band nach Erscheinen gegen Rechnung mit einer Ermäßigung von 15% vom Ladenpreis zugestellt. Ein ausführlicher Prospekt kann beim Verlag angefordert werden (bitte eine 50pfg Briefmarke beilegen)
Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310, Postscheckkto: Berlin-West 47006-104

Kritische Anmerkungen zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im SB

Ernst Wedekind

Im Sozialistischen Büro ist im letzten Jahr Bewegung entstanden – Bewegung, die neue Impulse aufgenommen, neue – keineswegs widerspruchsfreie – politische Zielvorstellungen entwickelt hat und deren Ausgang kaum absehbar ist. Ausdruck dieser Umbruchsituation sind die Diskussion um den neuen Thesenentwurf, die Prioritätensetzung bei Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und die Verbindung von Arbeitsfeldern und Regionalorganisation im neu geschaffenen Delegiertenrat.

Keine wirkliche Veränderung geht ohne Brüche und Widersprüche vonstatten. Ohne Zweifel gilt das für die gegenwärtige Entwicklung im SB. Keine andere politische Gruppierung in der BRD insistiert so eindeutig auf der Forderung, daß eine sinnvolle Strategieentwicklung nur auf der Basis von Erfahrung, von reflektierter Praxis, möglich ist. Und doch ist die Entwicklung des letzten Jahres genau umgekehrt verlaufen. Nicht die Erfahrung schlug sich im Thesen-Entwurf nieder, sondern die Einsicht, daß eine neue Selbstverständigungspraxis notwendig sei. Nicht die Erfahrung mündete in die neue „Priorität Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit", sondern die Einsicht und der politische Wille, daß dort Priorität vonnöten sei. Nicht die Erfahrung einer entfalteten regionalen Struktur forderte einen zentralen Delegiertenrat, sondern umgekehrt die Hoffnung, daß über die Arbeit des Delegiertenrats die regionale Arbeit befruchtet und entwickelt werde. Die Bewegung, die im SB entstanden ist, verläuft nicht von unten nach oben: sie verläuft von oben nach unten – wenn auch von der Hoffnung getragen, einmal von unten nach oben verlaufen zu können.

Keiner, der ein Stück politische Identität im SB meint gefunden zu haben oder finden zu können, wird sich der Bedrohlichkeit dieser Feststellung entziehen können. Ist nicht in der konkreten Gestalt dieser Entwicklung all das als Gefahr angelegt, was wir an sektiererischen politischen Gruppen kritisieren: daß das Postulat der Wirklichkeit vorausgeht, daß der Begriff die Wirklichkeitserfahrung selektiv formt, daß politische Praxis Ausdruck abstrakter Ableitungen, nicht wirklicher Erfahrungen und Entwicklungstendenzen ist? Der Einwand gegen diese Art von Politik ist, daß sie auf Selbstbetrug baut und darin ihr trauriges Ende finden wird, daß sie sich im kurzzeitigen Schein von Progressivität erschöpft. Wenn Elemente solcher Politik im SB Fuß fassen sollten, wenn sie nicht einmal als politisches Problem anerkannt und reflektiert würden, wäre damit die politische Existenz des SB aufs Spiel gesetzt.

Der Bereich von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hat der linken Intelligenz nach dem Abklingen der Studentenbewegung mehrfach solche politische Irrwege nahegelegt. Die Frustration an der eigenen Vereinzelung und Ohnmacht weckt die Hoffnung auf das mächtige Andere, das Veränderung und Kollektivität bringt. Wo diese Hoffnung sich selbst nicht mehr als solche reflektiert, wo sie gar zu einer Täuschung über die eigene gesellschaftliche Lage von Intellektuellen und zu einer projektiven Fehleinschätzung von Bewußtseinslage und Entwicklungstendenzen der Lohnabhängigen führt, schlägt sie mit politischer Blindheit. Übertrieben wäre es zu behaupten, das SB wäre dieser Gefahr schon erlegen. Aber es gibt Anzeichen einer solchen Tendenz.

Wie ist eigentlich die Prioritätensetzung bei Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – die sowohl den Thesen-Entwurf als auch einen Großteil der publizistischen Aktivität des SB kennzeichnet – zustandegekommen? War es die entfaltete politische Praxis von Genossen in Betrieben und Gewerkschaften, die von einer solchen Priorität bestimmt wurde und die nun auch ihren Reflex im politischen Selbstverständnis des SB forderte? Ganz im Gegenteil: es war gerade das Fehlen einer solchen Praxis, der Wunsch nach einer Kurskorrektur. Die meisten Genossen arbeiten nicht im Betrieb, haben auch keinen praktischen Zugang zu gewerkschaftlicher Arbeit – und wenn, dann eher zu gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, die spezifischen Erfahrungs- und Praxisrestrikationen unterliegt.

Was bedeutet die Prioritätensetzung konkret?

Der Wunsch nach einer Kurskorrektur ist nicht notwendig illusionär. Aber falsch ist er, wenn er der gesellschaftlichen Lage und den entsprechenden Interessen und Fähigkeiten derer nicht Rechnung trägt, die diese Kurskorrektur vollziehen sollen. Was bedeutet denn die Priorität Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für Genossen,

- die Wissenschaft produzieren und mit Studenten arbeiten?
- die sich von Tag zu Tag mit Schülern herumschlagen und dabei eine sozialistische Perspektive verfolgen?
- die den numerus clausus überwunden haben, ihrer Qualifikation nachgehen oder an einer Dissertation schreiben?
- die versuchen, der Arbeit mit gesellschaftlichen Randgruppen einen vernünftigen politischen Inhalt zu geben?
- die ihrer Lebens-, Wohn- und Beziehungssituation einen veränderten Inhalt abzugewinnen suchen?

Für die meisten dieser Genossen, die im SB weitaus in der Überzahl sind, bestehen in puncto Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit drei Möglichkeiten: entweder sie steigen aus ihrer gesellschaftlichen Lage aus und „gehen in den Betrieb" – dieser Schritt hält, weil auf politischer Romantik beruhend, meist nicht lang vor, kann deshalb übergangen werden –; oder sie betreiben Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit nur peripher, etwa indem sie sich als Intellektuelle gewerkschaftlich organisieren oder sich im Inhalt ihrer Arbeit auf die Arbeiterbewegung beziehen – dies dürfte einer realistischen Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Lage entsprechen, stellt aber die Priorität von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Frage –; oder sie schleppen die Priorität als bloßes Lippenbekenntnis zu Rechtfertigungszwecken mit sich herum, ohne daß diese aber für ihre Praxis überhaupt von Bedeutung wäre – das ist politischer Nonsens, den sich eine politische Gruppe nicht lange wird leisten können.

Gewiß ist es grundsätzlich richtig, daß das Zentrum kapitalistischer Unterdrückung der Betrieb ist und daß eine sozialistische Emanzipationsbewegung dort ihr Zentrum wird haben müssen. Und gewiß ist auch richtig, daß Intellektuelle wegen ihrer Produktionsferne keineswegs auf eine vom betrieblichen Bereich losgelöste, gewissermaßen nur „ständische" Praxis beschränkt sind. Aber wie sie sich auf die Arbeiterbewegung in ihrer politischen Praxis beziehen können, ist eine Frage, die im SB viel stärker als bisher zu überdenken wäre. So wie sich der Diskussionsstand bis jetzt darstellt, ist in der Diskrepanz zwischen dem überwiegenden Rekrutierungsfeld von SB-Genossen und der Priorität von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Gefahr angelegt, daß letztere ungeheuer voluntaristische Züge trägt.

Nicht zuletzt deshalb besteht gegenwärtig noch so weitgehende Unklarheit im SB über die Inhalte einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, weil schon die Fragestellung wahrscheinlich an vielen Genossen vorbeigeht. Ja, sie unterliegt sogar einem gewissen kollektiven Verdrängungsprozeß: Häufig getrauen sich Genossen nicht einmal mehr, die Prioritätensetzung öffentlich in Frage zu stellen – etwa weil sie damit nichts anfangen können –, sondern nur noch „privat" dagegen anzugehen. Ein solcher Verdrängungsprozeß – griffe er um sich – widerspräche nicht nur dem fundamentalsten Selbstverständnis des SB (gab es dort nicht einmal die Möglichkeit, sich „nach Interessen zu organisieren"?). Er würde darüber hinaus zu einer Blockade für den offenen Austausch betrieblicher Erfahrung werden und noch

Redaktions-Hinweis zur Strategiediskussion

Mit zwei Beiträgen wird in dieser Ausgabe die Strategiediskussion im SB fortgesetzt. Der Beitrag von E. Wedekind unterwirft den im Thesen-Entwurf formulierten Primat der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einer grundsätzlichen Kritik, fordert angesichts des sich überwiegend aus Intellektuellen zusammensetzenden SB und des geringen Entwicklungsstandes der Klassenkämpfe in der BRD eine Überprüfung der seiner Ansicht nach „voluntaristischen" Strategiebestimmung des SB und warnt vor einer Politik, die die Alternative Gewerkschaftsarbeit oder Arbeit im SB stellen könnte.

Der Beitrag von A.K. Jonas und S.O. Ludwig setzt sich kritisch mit verschiedenen in den letzten Monaten in „links" erschienenen Strategiebestimmungsaufsätzen auseinander (Blanke in „links" Nr. 61, Conert in Nr. 63, Brand in Nr. 65 und Negt in Nr. 68) und entwickelt das Konzept einer „basisdemokratischen Initiative", das gerade im Hinblick auf den geplanten Strategie- Diskussionskongreß des SB im November einer breiteren kritischen Diskussion unterworfen sein dürfte.

Beide Beiträge werden von der Redaktion als Teil der im SB geführten Strategiefindungsdebatte veröffentlicht. Dabei gehen wir davon aus, daß die Diskussion über die Positionsbestimmung und Strategiefindung, die anhand des Thesen-Entwurfs und angesichts der aktuellen politischen Situation (z.B. Repressionsproblematik) in den Gruppen, Arbeitsbereichen und Organisationsansätzen des SB geführt wird, über „links" für den großen Kreis der am SB Orientierten (jedoch nicht im SB Organisierten) transparent gemacht werden sollte. Weitere Beiträge zu dieser Diskussion sind für die nächsten Ausgaben von „links" in Aussicht gestellt.

Redaktion „links"

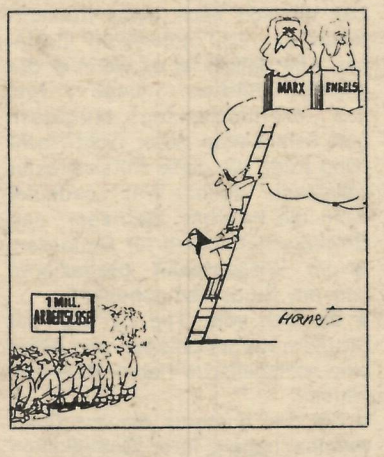
verhindern, daß der unbestreitbare Voluntarismus je überwunden werden kann.

Gegenargumente

In den Diskussionen der letzten Monate ist diese Kritik an einer drohenden voluntaristischen Entwicklung und das Hervorheben der überwiegend intellektuellen Rekrutierungsbasis des SB auf dezidierte Gegenkritik gestoßen. Diese lautet ungefähr: 1) was ist, muß und darf nicht so bleiben, wie es ist; wenn das SB sozialistische Politik anstrebt, dann muß es einen Wandel in seiner Zusammensetzung, in der Basis seiner Politik, vollziehen und sich schon heute auf diesen Wandel hin orientieren; 2) wer an Intellektuellen das Intellektuell-Sein hervorhebt, spielt ihre berufliche Rolle, ihren Arbeitsbereich – also das Besondere – gegen ihre politische Subjektivität, ihre Identifikation als Genossen – also das Allgemeine – aus und versperrt auf diese Weise sich und dem SB einen möglichen und notwendigen Politisierungsprozeß.
Beide Argumente bleiben – trotz vordergründiger Plausibilität – abstrakt. Das erste wird weiter unten beleuchtet: es unterstellt Entwicklungstendenzen, die in dieser Form zumindest erst nachgewiesen werden müßten. Das zweite Argument baut auf einer richtigen Einsicht auf: daß erst unter Voraussetzung eines gewissen Verallgemeinerungsprozesses politische Subjektivität möglich wird. Aber man kann diese Verallgemeinerung nicht einfach „setzen", sondern sie kann sich nur vermitteln über die Radikalisierung von Fragestellungen und praktischer Erfahrung in den besonderen Bereichen, in denen jemand arbeitet und lebt. Das ist das unverzichtbare Element des Arbeitsfeld-Ansatzes, wie ihn jüngst Oskar Negt noch einmal bekräftigt hat: „In jedem Arbeitsfeld reproduziert sich also die gesellschaftliche Totalität, und es ist von der Sache her unmöglich, die einzelnen Arbeitsfelder ohne willkürliche Abstraktion voneinander zu isolieren und auf die Vertretung rein beruflicher Interessen zu beschränken." („links" Nr. 68, S. 13) Die Isolation wird überwunden, indem am Besonderen das Allgemeine entfaltet, nicht indem an die Stelle des Besonderen das Allgemeine gesetzt wird. Diese Entfaltung kann nur über Erfahrung vermittelt gelingen.
Deshalb bleiben Intellektuelle – auch wenn sie sich politisch organisiert haben – zunächst einmal Intellektuelle. So wenig wie andere sind sie der Mühe enthoben, aus den besonderen Bedingungen ihrer sozialen Lage und Praxis politische Verallgemeinerungsprozesse zu vollziehen. Wenn sie nicht die Bedingungen ihrer eigenen gesellschaftlichen Praxis aufarbeiten und kommunizierbar machen – d. h. die Möglichkeiten der Kollektivierung und Organisierung im eigenen beruflichen Bereich; die Proletarisierungstendenzen in ihren Berufsrollen; die Möglichkeiten realer Kontakte von Intellektuellen und Arbeiterbewegung; die Möglichkeiten, wissenschaftliche Kompetenz auf die Arbeiterbewegung hin zu orientieren; auch die Entwicklungsbedingungen ihrer privaten Reproduktion –: dann wird die Verallgemeinerung zur politischen Subjektivität aufgesetzt bleiben. Diese Aufarbeitung und Kommunizierung hat im SB bislang keine nennenswerten Ergebnisse erzielt, tatsächlich steht sie noch aus.

Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Warum so lange sich mit dem Problem der Intellektuellen beschäftigen, wenn doch im Zentrum dieses Beitrages sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit steht? Nun: wer als Intellektueller die Bedingungen der eigenen gesellschaftlichen Praxis vernachlässigt, wird auch für Fehleinschätzungen der Lage der Arbeiterklasse fähig sein. Dafür liefern die Pseudo-Analysen aus K-Gruppen Beispiel über Beispiel. Gerade wenn aber im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich politische Handlungschancen für SB-Genossen gesucht werden, besteht die Gefahr von Projektionen, der nur dadurch entgangen werden kann, daß ohne Schonung und vorschnelle Abstraktion offengelegt wird, woher jemand die Grundlagen für seine Lageeinschätzung und seinen Strategie-Entwurf bezieht. Dies soll auch eine Kritik an der bisherigen Diskussion um Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im SB (ausgenommen vielleicht einigen „express"-Tagungen), wie gesagt am Zustandekommen des Thesen-Entwurfs wie auch an den strategisch angelegten Arbeitsgruppentagungen und ein Appell für die bevorstehende Strategie-Arbeitsgruppentagung sein: wenn Strategie-Diskussionen postulativ bleiben, dann degradieren sie Erfahrung zu bloßen Rechtfertigungszwecken, verschütten an ihr jenes kritische Element, das sie gerade für Strategie-Entwürfe so notwendig macht: den fortwährenden Bezug auf stattgehabte Praxis, die ständige Rückvermittlung von Allgemeinem und Besonderem, das schrittweise Verarbeiten und Verallgemeinern von Erfahrung mit dem Ziel einer sich verbreiternden künftigen Praxis.
Dieser Beitrag stammt aus dem hauptamtlichen gewerkschaftlichen



Bereich. Er stützt sich hauptsächlich auf Erfahrungen in der Bildungsarbeit, daneben auf solche aus betrieblichen Arbeitskreisen. Die Erfahrungen bleiben im Rahmen bislang offiziell gebilligter oder geduldeter Gewerkschaftsarbeit. Das mag Erfahrungs- und Praxisrestriktionen schaffen, die allerdings konkret und anhand alternativer Erfahrungs- und Praxismöglichkeiten aufgewiesen werden müßten. Die hier skizzierte Position ist mit einigen SB-Genossen diskutiert, die gewerkschaftlich arbeiten. Die jeweiligen Arbeitszusammenhänge unter vergleichbaren Bedingungen verbieten in der derzeitigen politischen Situation, zu detaillierte Angaben über die Bedingungen sozialistischer Politik in der jeweiligen Gewerkschaftsarbeit zu machen. Die folgende Lageeinschätzung wird aus dem skizzierten Blickwinkel angegeben – in der Absicht, weitere (möglicherweise abweichende) Einschätzungen hervorzurufen.
Viele Ungewißheiten über Betriebs- und Gewerkschaftsstrategie im SB beruhen darauf, daß über den Bezugspunkt sozialistischer Politik – die „Massen", ihr Bewußtsein und mögliche Politisierungschancen – bislang nur Mutmaßungen vorliegen, die auf außerordentlich selektiv gewonnenen und mangels wirklicher Kommunikation kaum verallgemeinerbaren Erfahrungen beruhen. Man kann daraus dem SB keinen Vorwurf machen, außer daß das Problem nicht ernst genug genommen wird. Aus dem oben angedeuteten Erfahrungsbereich heraus lassen sich zwei gegenläufige Tendenzen beobachten:

1. Der Kriseneinbruch 1974/75 hat sich auf die lohnabhängigen Massen negativer als erwartet ausgewirkt. Der Zustrom von Nicht-Funktionsträgern in betriebliche Arbeitskreise und Gruppen ist weithin versiegt. Offensive betriebliche Aktionen mit breitem Rückhalt für gestellte Forderungen – darüber sollten Erwitte und Kalletal nicht hinwegtäuschen – finden kaum mehr statt. Die Tarifpolitik ist angesichts der Krisensituation – ohne nennenswerten Basiswiderstand – in sich zusammengefallen; dies hatten viele angesichts der Zweiterfahrung einer Krise (nach 1966/67) nicht erwartet. Die Schockwirkung scheint sich mit der Gewöhnung an die Krise – wie die Ergebnisse der späteren Landtags- und der Betriebsratswahlen wohl andeuten – etwas verringert zu haben. Es ist keineswegs auszuschließen, daß es bei den Massen ein latentes Mobilisierungspotential gibt; aber unter welchen Bedingungen es sich aktualisieren ließe, ist völlig ungewiß.
2. In gewerkschaftlichen Funktionärskreisen hat die Krise – besonders nach der ersten Schockwirkung – partiell gegenteilige Wirkungen hervorgerufen. Sowohl im ehrenamtlichen wie im hauptamtlichen Bereich sind mehr Leute auf die Notwendigkeit sozialistischer Politik ansprechbar und um die Bedingungen ihrer Realisierung bemüht als vorher. Bei ihnen hat die Krise das bewirkt, was verschiedentlich als Massenreaktion erhofft worden war: das Nachdenken über Krisenursachen in der kapitalistischen Produktionsweise, über die Notwendigkeit eigenständiger gewerkschaftlicher Gegenwehr und breiter politischer Aufklärung im Betrieb. Das Problem dieser Funktionäre ist einerseits ihre relative Isolation in einer „Kader"-Rolle, anderseits ihre Minderheits-Rolle in der Gewerkschaftsorganisation. Da sie ohne nennenswerten Rückhalt sind, bleiben sie in die vorherrschenden Machtverhältnisse und ihre institutionellen Formen eingebunden. Sie orientieren auf Basisarbeit, sind aber um ihrer Absicherung willen auf starke Kompromisse mit den gewerkschaftlichen Mehrheitsgremien angewiesen. Ein Kompromißprodukt ist die Schwerpunktbildung auf betrieblicher und örtlicher Bildungsarbeit – Kompromiß deshalb, weil Bildungsarbeit nicht sofort auf unmittelbaren institutionellen Widerstand trifft und anderseits die Hoffnung auf sozialistische „Langzeitwirkung" offenläßt. Ein anderes Kompromißprodukt – und das sollte im SB-Zusammenhang ernsthaft zur Kenntnis genommen werden – sind Koalitionen mit der SPD. Fast alle Ansätze der geschilderten, sich sozialistisch verstehenden Gewerkschaftsarbeit haben offiziellen Rückhalt bei linken Minderheiten innerhalb des gewerkschaftlichen Apparats; diese linken Minderheiten sind oft eher über ihre Stellung in der SPD als über nennenswerten Massenrückhalt abgesichert und politisch überlebensfähig. Dies gilt sicher zuerst für den hauptamtlichen betrieblichen Bereich, aber es setzt sich in dem ehrenamtlichen betrieblichen Bereich fort, weil dort die Absicherung der eigenen Position im allgemeinen auch institutionell und nicht über Massenrückhalt erfolgt. Für betriebliche und örtliche Kader stellt sich damit eine ambivalente Rolle zur SPD her: sie wird wohl kritischer als systemstabilisierende Partei angesehen, aber dennoch als unabdingbar zur Absicherung der eigenen Arbeit.

Für eine realistische Einschätzung!

Auf diese gebrochene und strekkenweise paradoxe Situation einzugehen, ist deshalb wichtig, weil in dem zuletzt geschilderten Bereich gewerkschaftlicher Funktionsträger der momentane Schwerpunkt derjenigen SB-Genossen und -Sympathisanten zu vermuten ist, die überhaupt in gewerkschaftlichen Erfahrungs- und Praxisbereichen stehen (eine Vermutung, die – wie andere Feststellungen dieses Beitrags – zur Präzisierung und Korrektur offenstehen). Trägt das SB in seiner weiteren Strategie deren Situation nicht Rechnung und setzt es auf ein abstraktes Subjekt Arbeiterklasse, dann wird es mit Sicherheit an Terrain verlieren. Genauso abstrakt wäre es –

FORTSETZUNG SEITE 17

Autonomie und Widerstand

A. K. Jonas,
S. O. Ludwig
(SB Aachen)

Perspektiven für die zweite Restaurationsperiode

Daß im Verlauf der letzten Monate in den verschiedensten Gremien und Publikationsorganen des SB ein Diskussionsprozeß über Selbstverständnis, politisch-strategische Prioritäten und Organisationsformen eingesetzt hat, ist weder Zufall, noch allein Ergebnis einer SB-internen Entwicklungsdynamik. Wie O. Negt in seinem Artikel „Zur Dialektik von Erfahrung, Organisation und Emanzipation" richtig feststellt, liegt ein Grund darin, „daß die Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisensituation der Bundesrepublik tatsächlich neue Forderungen an eine sozialistische Organisation stellt." Man könnte hinzufügen, daß sie damit unter einen Veränderungsdruck gestellt wird, der es nicht erlaubt, den Rhythmus der Änderungen in aller Ruhe und nach eigenem Belieben festzusetzen. Deutliche Veränderungen bezüglich der politischen Vorsätze des SB hatten sich bereits mit der Setzung der Priorität für eine Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und dem Versuch, den Prozeß der praktischen Organisierung voranzutreiben, gezeigt. In dem vorliegenden Entwurf der Thesen dokumentierten sich diese Wandlungsprozesse. Mittlerweile ist die Diskussion bis zu einem Punkt vorangeschritten, an dem man sich auf die konkrete aktuelle Situation zu beziehen versucht und die relative Allgemeinheit der Thesen in einem positiven Sinne unterläuft. Die neren Momente in der gegenwärtigen Debatte zu betonen, ist nicht überflüssig. Wieviel sich bisher getan hat, wird am besten sichtbar, wenn man einmal in die ständig mitgedruckte Spalte auf der zweiten Seite der „links" sieht: Das SB, das sich hier als bloßes Instrument „einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten" andient, ist mittlerweile anachronistisch geworden. Es steht dabei mehr zur Disposition als die Formen der Praxis in diesem oder jenem Arbeitsfeld. Die Auseinandersetzungen, die hier – etwa im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich – aufgebrochen sind, verweisen auf allgemeinere und tieferliegende kontroverse Auffassungen über Selbstverständnis, Perspektivbestimmungen und aktuelle Aufgaben des SB als ganzem. Auf ihre Klärung muß eine Debatte bezogen sein, die sich mit einzelnen Problemen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit trifft. In der Aachener SB-Gruppe, auf deren Diskussionen unsere Ausführungen und Thesen hier zu einem großen Teil aufbauen, standen drei Fragen im Mittelpunkt:

1. Das Selbstverständnis: Kann sich das SB weiterentwickeln zu einer sozialistischen Organisation oder muß es sich rückbilden zu einem Verband linker Intellektueller?
2. Was kennzeichnet die gegenwärtige politische Periode, die zweite Restauration in der BRD? Welche neue Stufe praktisch-politischer Tätigkeit verlangt sie vom SB?
3. Welche politischen Akzente sind vom SB bei der Mitarbeit in schon vorhandenen Formen des Widerstands zu setzen und welche politischen Interventionen sind notwendig, um darüber hinaus eine mittelfristig tragfähige breite Front des Widerstandes gegen die zweite Restauration aufzubauen?

1. Das Selbstverständnis: Kann sich das SB weiterentwickeln zu einer sozialistischen Organisation oder muß es sich rückbilden zu einem Verband linker Intellektueller?

Sowohl die Verschärfung der politisch-repressiven Entwicklung, wie auch das reale organisatorische Weiterschreiten des SB, dessen Konsequenzen für einige SB-Mitglieder erst nachträglich auch als Risiken bewußt werden, verwandelte in den letzten Monaten bestimmte unausgetragene Differenzen innerhalb des SB über das eigene Selbstverständnis zu realen Kontroversen. Am ehesten sichtbar werden sie noch in den lokalen Gruppen des SB. Soweit hier die Organisation nach Interessen, praktisch gefaßt als Organisation im Zusammenhang der eigenen intellektuellen Berufsangaben im Lehrerberuf, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, der Sozialarbeit etc. dominiert, ergibt sich ein dauerndes Dilemma. Es kommt nicht mehr in den Blick, was man als SB-Gruppe gemeinsam praktisch politisch zu tun hätte, ja über „Berichte aus den Arbeitsbereichen" hinaus ist es oft nicht einmal mehr möglich, gemeinsame Probleme zu definieren und zu diskutieren. Gegenüber den dann nicht selten als aufgesetzte Zumutung empfundenen Anforderungen des Büros liegt so oft eine rückwärts gewandte Definition des Selbstverständnisses nahe: Politische Arbeit im SB ist berufsbezogene Arbeit, ist Arbeit in dem Bereich, in dem die eigenen beruflichen (intellektuellen) Aufgaben angesiedelt sind. Dabei verschiebt sich die jeder politischen Arbeit vorangehende Fragestellung. Sie lautet folglich nicht: Was sind die vordringlichen Aufgaben der sozialistischen Organisation SB und der in ihr organisierten Sozialisten? Sie heißt nun: Wie kann der (sozialistische) Intellektuelle in diesem oder jenem Berufszusammenhang eine optimale Wirksamkeit entfalten? Die Gefahr dieser letzten, ein Selbstverständnis markierenden Fragestellung, liegt nun u. E. nicht in dieser selbst, sondern in der Ausschließlichkeit, mit der sie tendenziell verwandt wird. Die ganze Breite der möglichen Aufgaben, die für Sozialisten in Erscheinung tritt, reduziert sich völlig unzulässig, wenn die soziologische Bestimmung des „Intellektuellen" mit Ausschließlichkeit in den Vordergrund tritt. Politische Praxis kann in diesem Falle nur noch heißen, die eigene in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und den „institutionellen Zwangsverbänden" (O. Negt) zugewiesene berufliche Rolle politisch zu definieren. Alles was darüber hinausgeht, kann von dem so definierten „sozialistischen Intellektuellen" zwar noch theoretisch bedacht, aber nicht mehr zum Gegenstand von Praxis gemacht werden. Der Aufbau einer sozialistischen Organisation, die Ausarbeitung einer bereichsübergreifenden politischen Praxis und ihrer strategischen Fundierung, diese nicht unmittelbar berufsbezogene Form von politischer „Arbeit" kann mit diesem Frage-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 16

und dafür haben die wenigen Bemerkungen vielleicht schon ausgereicht –, die Gewerkschaften als relativ links und die SPD als relativ rechts zu unterstellen – ungeachtet der teilweise genau gegenläufigen Tendenzen, ungeachtet auch der in beiden Organisationen vorhandenen Brüche und relevanten Minderheiten – und daraus eine waghalsige Strategie der „Ablösung" der Gewerkschaften, oder auch nur wichtiger Teile, von der SPD abzuleiten, wie dies innerhalb des SB bisweilen recht sorglos geschieht.

Problematisch wäre es schließlich auch, ohne Berücksichtigung der skizzierten Zusammenhänge den „Organisierungsprozeß" im SB weiterzutreiben. Je stärker innerhalb des SB der „Verbindlichkeitsanspruch" werden wird, je mehr der Charakter einer politischen Gruppierung mit der Funktion der Koordination von Initiativen, der Sammlung unterschiedlicher Erfahrungen und der Möglichkeit alternativer Kommunikation dem Charakter einer – im Parteienspektrum anzusiedelnden – politischen Organisation weichen wird, umso mehr wird das SB aufhören, den in Gewerkschaften und SPD arbeitenden Genossen irgendwelchen Rückhalt bieten zu können, umso mehr auch wird es Abgrenzungsbestrebungen beider Organisationen fördern. Dann wird sich den Genossen, die unter den geschilderten Bedingungen Gewerkschaftsarbeit leisten, die Alternative stellen, Gewerkschaftsarbeit oder Arbeit im SB. Solange nicht sozialistische Strömungen innerhalb der Gewerkschaften an Boden gewonnen haben und solange sich nicht innerhalb der SPD ein Riß zwischen sozialistischen und reaktionären Fraktionen vollzogen hat – solange sich also dem SB kein nennenswerter Partner und Rückhalt für eine sozialistische Politik bietet, solange ist es politisch selbstmörderisch, wenn das SB durch seine Politik oder Selbstdarstellung den Abgrenzungstendenzen von SPD und Gewerkschaften gegen das SB Vorschub leistet.

Diese strategische Einschätzung steht quer zu vielem, was sich innerhalb des SB in den letzten anderthalb Jahren vollzogen hat. Und es sei noch einmal betont, daß dieser Diskussionsbeitrag einem Erfahrungs- und Praxisbereich entstammt, dessen Bedingungen sicher nicht auf alle gewerkschaftlich arbeitenden SB-Genossen verallgemeinerbar ist. Aber er spiegelt eine relativ breite Strömung innerhalb des SB, die sich nicht diskussionslos und durch das bloße Setzen von Fakten ihrer politischen Arbeitsmöglichkeiten beraubt sehen und die sich nicht vor die Alternative gestellt sehen will, in der gegenwärtigen Situation entweder gewerkschaftliche Arbeit oder Arbeit im Sozialistischen Büro zu machen.

Dieser Beitrag geht also von zwei Einschätzungen aus: von der überwiegend intellektuellen Zusammensetzung des SB und von der Vermutung, daß Gewerkschaftarbeit im SB bislang – wo sie überhaupt geschieht – auf Kader beschränkt ist, die gerade jetzt spezifischen Handlungsrestriktionen ausgesetzt sind. Zu klären wäre in einer offenen Diskussion innerhalb des SB, was die Priorität bei Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für die Intellektuellen innerhalb des SB für eine Bedeutung hat und haben kann. Zu klären wäre weiter, wie die stattfindende Gewerkschaftsarbeit aus der restringierten Rolle von Kaderarbeit heraustreten und auf die lohnabhängigen Massen und deren Selbsttätigkeit orientieren kann. Zu der zuletzt genannten Frage bereite ich aus dem skizzierten Erfahrungsbereich heraus einen weiteren Diskussionsbeitrag vor. Es wäre aber in jedem Falle sinnvoll und notwendig, diesem Erfahrungsbereich andere gegenüberzustellen – was sicher auch zu einer realistischeren Einschätzung der Priorität bei Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit innerhalb des SB beitragen kann.

ansatz gar nicht mehr erfaßt werden. Die wirklich absurden und die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD schon überreich vorhandenen Entpolitisierungserscheinungen noch einmal fördernden Konsequenzen eines solchen Frageansatzes formuliert der Genosse Blanke. Durch den kontrastierenden Bezug zum politischen Voluntarismus der K-Gruppen stilisiert er sie zugleich zu den einzig möglichen Konsequenzen:

- die Intellektuellen tragen bei zur „Verbesserung der Bedingungen" ... „unter denen sich die Arbeiterklasse selbständig und politisch autonom organisieren kann", indem sie sich „selbst organisieren, entlang ihrer Probleme". Mehr und anderes darf nicht sein. Das heißt für das SB: Berufs- und Arbeitsfelder sind zunächst der einzig denkbare Ort politischer (Berufs-) Praxis;
- die Arbeiterbewegung braucht laut Genosse Blanke weiterhin „die zunehmende Stärkung ihrer Reihen durch die kritische Mitarbeit in den Gewerkschaften ... die zunehmende gewerkschaftliche Organisierung auch solcher Berufsgruppen, für die die Universität gesellschaftlich ausbildet." Das heißt für das SB: Organisationsfragen stellen sich primär als Fragen des wie und wo der Einordnung in vorgegebene Verbände und (gewerkschaftliche) Organisationen; autonome Arbeitsfeldorganisation bekommt einen Hilfs- und Absicherungscharakter für die „eigentliche Arbeit" in diesen vorhandenen Organisationen. Die „Organisationsfrage" existiert damit eigentlich gar nicht.
- so definierte sozialistische Intellektuelle müssen dann, wie der Genosse Blanke schreibt, „in voller Solidarität auch auf den ersten Blick reformistisch erscheinende gewerkschaftliche Forderungen unter den Massen der Arbeiter mittragen". Jenseits einzelner Arbeitsfelder heißt das für das SB: Schon vorhandene Politik anderer Organisationen kann mit Hilfe eigener wissenschaftlicher und publizistischer Arbeit „erklärt" und kommentiert werden, schon vorhandene politische Opposition in den Gewerkschaften theoretisch fundiert, nicht aber praktisch folgenreich kritisiert werden. Eigene, von der Organisation SB herkommende politische Orientierungslinien sind nicht erlaubt.

Sowohl die in der Verabsolutierung einer berufsbezogenen Arbeitsfeldpraxis wie auch die in der soziologischen Orientierung auf den „lohnabhängigen Intellektuellen" zutage tretende politische Positionsbestimmung hat für das SB tendenziell die gleichen einschneidenden Konsequenzen:

alle Ansprüche, die über die lokkere Koordination von Arbeitsfeldern, gelegentliche Kampagnen von Intellektuellen und ein Diskussionsorgan hinausgehen, sind in dieser Sicht unverantwortliche und nicht begründbare Illusionen. Mehr als eine Art von „wissenschaftlicher Politikberatung" ist dann auch im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich reiner Voluntarismus. Organisatorische Schritte und Prioritätensetzungen, die auf sie gründen – etwa eine politische Profilierung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, so, wie sie z. T. in den Thesen vertreten wird –, müßten vom SB zurückgenommen werden. Die inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben der Intellektuellen im SB werden dabei völlig statisch bestimmt. Für sie verändert sich erst dann etwas, wenn dereinst – nicht aus den von ihnen selbst geschaffenen Arbeitszusammenhängen, sondern denen der Gewerkschaftsorganisation selbst – sich eine politisch-autonome Arbeiterorganisation irgendwie herauskristallisiert. Zum alsbaldigen Beitritt und der Selbstauflösung des SB kann dann aufgefordert werden. Die Arbeitsteilung zwischen theoretisch nicht zu überlastenden Arbeiterkadern auf der einen und für politische Entscheidungen nicht zuständigen Intellektuellen auf der anderen Seite dauerte dann in dieser Organisation nach dem Muster der traditionellen KP's fort.

Ein so konzipiertes SB wäre ein bizarrres historisches Unikum: ein „Verein der uneigennützigen Bewunderer der Idee des Materialismus" (Brecht, Arbeitsjournal 2; Notiz über die Frankfurter Schule im Exil) und der uneigennützigen Förderer der Idee einer politisch autonomen Arbeiterorganisation. Doch selbst mit der Uneigennützigkeit muß es dabei nicht soweit her sein. Die letzte Idee, die einer politischen Organisation der Arbeiterklasse gewissermaßen als „Spitzenprodukt" der bereits laufenden Auseinandersetzungen „im Betrieb," hat doch recht eigennützige Züge: Die Versöhnung der eigenen Berufsaufgaben mit sozialistischen Ansprüchen findet hier ihre politische Legitimation. Kehren wir jedoch aus dem Himmelreich solcher politischer Phantasien auf den Boden der Wirklichkeit und das heißt auch, der internen Wirklichkeit des SB, zurück.

Was hier politisch praktisch repräsentiert ist und als Fragestellung der meisten SB-Mitglieder ansteht, bewegt sich nämlich schon jenseits dieser „phantastischen" Fragen und Empfehlungen. Fast ein Jahrzehnt einer linken Bewegung in der BRD haben konkrete politische Sozialisationsprozesse bewirkt, die eine ausschließlich an der eigenen intellektuellen Herkunft und beruflichen Qualifikation orientierte Fragestellung nach Struktur und Aufgaben des SB falsch und einseitig sein lassen. Für viele Genossen in der Linken und auch im SB ist eine nicht unmittelbar berufsbezogene politische Praxis, bei der sie weniger als „Parteikader" aber mehr als „gewerkschaftliche Kollegen" sind, zu einem tagtäglichen politischen Faktum geworden. So sitzen dann wohl auch die Genossen Negt und Altvater als Sozialisten und nicht als Soziologen oder Ökonomen im Arbeitsausschuß. Für die Qualität ihrer Beiträge in einer politischen Debatte zählt nicht zuerst diese berufliche Qualifikation, sondern das Maß ihrer praktisch-politischen Erfahrung. Im Kampf um die Veränderung der politischen Umstände in der BRD, eine politisch strategische Bestimmung, die selbstverständlich auch die Definition der Arbeit von Intellektuellen entlang ihrer eigenen Interessen mit einschließt, fassen sich die eigene politische Sozialisation und die eigenen politischen Möglichkeiten nicht statisch bis zu einem imaginären Umschlagspunkt, sondern als Prozeß dauernder Veränderung und Selbstveränderung. Zwischen den abstrakten Alternativen des Genossen Blanke, dem „bevormundenden intellektuellen Sozialisten" und dem von ihm anempfohlenen „Kollegen Professor" entwickelt sich hier eine immer wieder neu auszumessende reale politische Interventionsmöglichkeit der Sozialisten in der BRD. Noch einmal: die Frage nach den Arbeitsbedingungen des Lehrers oder Hochschulangehörigen auch in der Gewerkschaft, der Hinweis auf die besondere qualitative Bedeutung dieser Arbeit bleibt hier unbestritten. Diese Frage als Frage nach Arbeitsbedingungen der Intellektuellen für das SB zu wiederholen, ist heute allerdings illegitim, heißt es doch, praktisch in der Konsequenz statt der Weiterentwicklung zu einem „Organisationskern" aus „informellen Kadern" (O. Negt) die Rückentwicklung zu dem zu proklamieren, was auf der Dauerspalte der „links" auf Seite 2 wie oben beschrieben sich noch mitschleift.

2. Was kennzeichnet die gegenwärtige politische Periode, die zweite Restauration in der BRD? Welche neue Stufe praktisch-politischer Tätigkeit verlangt sie vom SB?

Zwei kontroverse Artikel zu dieser nach vorn auf eine politische Weiterentwicklung des SB orientierten Fragestellung scheinen uns besonders wesentlich. Sie enthalten einen Vorschlag dazu, wie das SB auf die gegenwärtige autoritäre Staatsentwicklung in der BRD politisch reagieren könnte (Conert) und eine Problematisierung und Kritik dieses Vorschlages, der von dem ausgeht, was sich das SB als Anspruch gesetzt hat: dem Vorrang der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. In bezug auf die veränderten Bedingungen in der BRD in einer Phase der zweiten Restauration wird versucht, diesen Vorrang zu präzisieren und zu begründen (H. E. Brand). Der Genosse Conert fordert in seinem Aufsatz („links" Nr. 63) die Entwicklung einer politischen Praxis des SB, zur „Abwehr der reaktionären Offensive" in der BRD. Im Einklang mit anderen (so etwa Gert Schäfer und auch der vom AA in Sprendlingen vorgelegten Erklärung zur politischen Situation) wird der Aufbau einer breiten Abwehrfront mit anderen progressiven liberalen, demokratischen Organisationen und Individuen empfohlen. Inhaltlich definiert als Verteidigung der Möglichkeit der „Wahrnehmung der verfassungsmäßigen liberal-demokratischen Grund- und Bürgerrechte," sieht Conert eine solche Auseinandersetzung als Aufgabe von „Minderheiten" an, die von dem Kampf der Mehrheit der Lohnabhängigen, nach seiner Definition defensiv auf die Erhaltung des materiellen Existenzniveaus gerichtet, notwendig getrennt verläuft. Es konstituieren sich so für das SB zwei relativ getrennte Praxisfelder: Das der Weiterführung der bisher schon üblichen „Arbeit" im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich und – neu hinzutretend – das des „akuten Kampfes gegen verstärkte politische Repression".

Es liegt nahe, daß H. E. Brand eine so konzipierte Widerstandspraxis gegenüber der Repression als die von „isolierten Kämpfen im Reproduktionssektor" bezeichnet. Insofern bei Conert der Widerstand gegen die Repression in seinen Konsequenzen für das SB als gleichbedeutend mit einer Prioritätenverlagerung vom gewerkschaftlichen zum davon isolierten demokratischen Kampf um Bürgerrechte erscheint, hält H. E. Brand am Primat der Arbeit im „Produktionsbereich" fest. In seiner Perspektive scheint es dabei so, als ob die betrieblichen Auseinandersetzungen in ihrer quantitativen Ausweitung und Radikalisierung die Möglichkeit hätten, direkt in eine politische Widerstandsfront der Arbeiterklasse überzugehen. Sie wird hier auch als die einzig mögliche Widerstandsfront begriffen. Unberücksichtigt bleibt dabei die historische Besonderheit der gewerkschaftlichen und parteilichen Führungsschichten und Hegemoniestrukturen in der Arbeiterklasse selbst, die Unmöglichkeit, sie allein in um ökonomische Fragen zentrierten Kämpfen politisch in Frage zu stellen.

Die Artikel der Genossen Conert und Brand sind gewiß Anzeichen einer neuen Stufe der politischen Strategiediskussion innerhalb des SB. Einer neuen Stufe, in der die politische Intervention, getragen durch die sich gegenwärtig herausbildenden neuen organisatorischen Strukturen des SB mit mittelfristigen Perspektiven als praktische Aufgabe das erste Mal auf die Tagesordnung gekommen ist. Verlassen scheint hingegen die Stufe, auf der nur bereichsspezifische und lokale Handlungstaktiken auf der einen, publizistische Arbeit eines übergreifenden Büros auf der anderen Seite existierten. Wir meinen aber, daß wir im SB nur dann eine dieser neuen Stufe auch nur ansatzweise angemessene politische Positionen einnehmen können, wenn wir uns mit beiden Füßen auf diese Stufe stellen.

Weder bei der Position des Genossen Conert, noch bei der des Genossen Brand ist das der Fall. Mit je verschiedenen Füßen bleiben sie auf einer zurückliegenden Stufe bezüglich der organisatorischen Entwicklung, aber auch der politisch anstehenden Notwendigkeiten stehen.

Das gilt für den Genossen Conert, wenn er in der Prioritätssetzung „Betrieb und Gewerkschaft" nicht den ersten Schritt zu einem organischen Klassenbezug sieht, sondern offenbar einen instrumentell entscheidbaren und damit auch je nach Lage widerrufbaren „Arbeits-

schwerpunkt". Nur bei einer solchen Sicht der Dinge kann überhaupt als vertretbar erscheinen, was eine de facto-Konsequenz aus den strategischen Empfehlungen des Genossen Conert wäre: die Ersetzung dieser Prioritätssetzung durch eine Art von Antirepressionskampagne.

Das gilt für den Genossen Brand, wenn er von einer „bereichsübergreifenden Strategie" spricht, ohne auch nur einmal die sich gerade herausbildenden bereichsübergreifenden Strukturen des SB (lokal, regional, national) als jene Organe anzusehen, in denen über die entscheidende Frage der Form und der Inhalte einer adäquaten politischen Intervention gegen die Repressionsentwicklung auch kontrovers zu diskutieren und über sie zu entscheiden wäre. Das hieße im übrigen, daß diese Organe in praktischer Form über ihre oft nur losen und beratenden Zusammenhänge hinaus auch zur Handlungsfähigkeit kommen könnten und müßten. Der Genosse Brand beharrt demgegenüber weiter darauf, daß die „Perspektive des gemeinsamen Kampfes der im Produktions- wie im Reproduktionsbereich Tätigen" für ihn „nur durch die systematische Organisationsarbeit in den jeweiligen Arbeitsbereichen auch nur partiell zu realisieren" ist. Nur dann , wenn wir mit beiden Füßen auf der „neuen Stufe" stehen, als eine politische Organisation, die – in welchem bescheidenen Außmaße auch immer – mitverantwortlich ist für das Maß von Einheit und Effizienz, von Folgerichtigkeit und Klarheit, mit dem sich ein Widerstand gegen die „zweite Restauration" organisieren kann, dann und nur dann ändert sich auch der Charakter unserer taktisch-strategischen Diskussion. Von einer abgehobenen theoretischen Politikdiskussion weg wird er zu einer praxisrelevanten gemeinsamen Entscheidungs- und Richtungsfindung. Prioritäre Bedeutung haben dabei a) die Frage nach dem tatsächlichen Frontverlauf der sich abzeichnenden politischen Polarisierung in dieser Periode; b) die Frage nach dem zentralen Inhalt einer in dieser Phase neu zu bestimmenden Politik; c) die Frage nach der Art und weise der Herausbildung und Organisierung eines so bestimmten Widerstands seiner Träger und seiner Verbindung zur sich in den betrieblichen Auseinandersetzungen herausbildenden Klassenfront zwischen Kapital und Lohnarbeit. Sie führen hin zu der oben unter (3.) bereits gekennzeichneten Frage nach der vom SB in vorhandenen Widerstandsinitiativen (Berufsverbotsinitiativen z. B.) in Hinblick auf seine mittelfristigen praktischen Ziele zu vertretenden Akzentsetzungen.

Um unsere Positionen zu diesen Fragen zusammenzufassen, aber auch um sie diskutierbarer und überprüfbarer zu machen, wollen wir sie hier thesenartig formulieren.

ad a) Zur Frage des Frontverlaufs der Polarisierung

1. Die sich abzeichnende zweite Restaurationsperiode ist weder eine direkte Folge allein der ökonomischen Krise in der BRD, noch als eine vorübergehende hysterische Reaktion eines zu Unrecht verunsicherten Herrschaftsapparates zu begreifen. Sie ist entscheidend mitgeprägt von den Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Krisenentwicklung vor allem in Westeuropa wie auch von den Nachwirkungen der partiellen staatlichen Legitimationskrise, die die BRD – wenn auch in bescheidenerem Ausmaß als andere europäische Staaten – im Laufe der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung der späten 60er Jahre durchgemacht hat. 2. Die fortgeschrittene Infragestellung bürgerlicher Herrschaft in Portugal, die Bedrohung der Kontinuität des spanischen bürgerlichen Staates beim bevorstehenden Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft durch den Druck eines auf Bruch hinzielenden demokratischen Kampfes, die Krise der in den letzten 3 Jahrzehnten praktizierten Herrschaftsform in Italien und Frankreich, sind nicht nur Bedrohungen für diese Bourgeoisien insgesamt. Will die westdeutsche Bourgeoisie – und die ihr untergeordneten Kräfte – diesen Entwicklungen gegenüber die Rolle des „stärksten Gliedes der kapitalistischen Kette und des disziplinierenden Büttels für Westeuropa" (Heinz Brand) konsequent spielen, so muß sie nicht nur ihre außenpolitischen Interventionen, die zunächst nach dem Zucker und Peitsche Prinzip verlaufen, stärken. Sie muß auch, als exemplarisches innenpolitisches Gegenbild zu den Krisenherden, sowohl den anderen Bourgeoisien, den Mittelklassen draußen wie im eigenen Land, vorexerzieren, daß nur das sich Fügen in kapitalistische Rationalität sich lohnt, daß nur das Akzeptieren „gemeinsamer Opfer" Ruhe und Sicherheit garantieren kann. In Bezug auf das Verhältnis von Repression und Integration ist dabei ein wesentlicher Unterschied zu anderen europäischen Ländern festzuhalten. Die herrschenden Klassen in Italien und Frankreich müssen zwischen „neuer Integration durch

Die Demokratische Initiative Aachen

Es waren zunächst nur einige Hochschulmitglieder, darunter auch Genossen des SB, die im Zusammenhang des Todes von Holger Meins und der Erschießung von Drenkmanns versuchten, mit einer Unterschriftenaktion für die regionalen Zeitungen aufmerksam zu machen auf den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte, die Zunahme staatlicher Repression in der BDR.

Aus dieser spontanen Initiative und den folgenden Diskussionen heraus, in der Einschätzung, daß die gegenwärtigen politischen Tendenzen einer zweiten Restauration nicht in absehbarer Zeit ebenso verschwinden wie sie gekommen sind, entstand das, was die Demokratische Initiative heute darstellt: Eine Gruppe, in der einzelne Liberale, Gewerkschafter, Mitglieder politischer Parteien und Gruppen von den Jungdemokraten über die Jusos bis zu Mitgliedern aus einzelnen Gruppen der Linken, Mitglieder aus lokalen Bürgerinitiativen, Hochschullehrer und Studenten zusammenarbeiten.

Die Grundlage der Arbeit bildete eine gemeinsame Plattform; sie stellte einen ersten, in sich noch widersprüchlichen Kompromiß dar. Es wird dort der Versuch gemacht, Symptome und Hintergründe der Rechtsentwicklung, die Notwendigkeit der offensiven Gegenwehr in Bezug auf das, was lokal an Widerstandspotential vorhanden ist, darzustellen. Die praktischen Schwerpunkte der eigenen Arbeit werden festgelegt: Aufklärung, Bildung einer Gegenöffentlichkeit, praktische Unterstützung und Zusammenfassung der basisdemokratischen Aktivitäten in Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, der Hochschule, die durch die gegenwärtige Entwicklung betroffen werden.

In der Arbeit ging es zunächst darum, den zufälligen, relativ kleinen und in der Repräsentation der lokal vorhandenen Widerstandsmomente unvollständigen Kreis der Mitarbeitenden zu erweitern, die Initiative in das Bewußtsein der lokalen Öffentlichkeit zu rücken. Wir konzentrierten uns deshalb zunächst auf eine Informationsveranstaltung, zu deren Vorbereitungsarbeit auch ein Seminar zu den politischen Problemen, die der Abbau demokratische Rechte aufwirft, die Herausgabe einer Dokumentation zu den verschiedenen Erscheinungsformen dieser Entwicklung gehörten. Die Veranstaltung unter dem Titel „Abbau demokratischer Rechte in der BRD: Was heißt das, wer ist betroffen, wie kann man sich wehren?" (Referenten Helmut Ridder, Heinz Brand, Óskar Negt) wurde ein Erfolg. Das heißt, daß es gelang, nicht nur die Genossen der in sich relativ abgeschlossenen linken Gruppen anzusprechen, sondern auch –wenn auch noch vereinzelt – Mitglieder der SPD, Gewerkschafter und Betriebsräte, mit ihnen überhaupt einmal wieder eine öffentliche Diskussion über gemeinsam erkannte Notwendigkeiten und Interessen zu führen.

Auf einer breiteren Basis als zuvor versuchen wir jetzt, die Arbeit mittelfristig zu organisieren. Schwerpunktmäßig geht es um folgendes:

– die Herstellung und Festigung eines Bezugs zu lokalen Basisinitiativen an der Kommunalpolitik, gewerkschaftlichen Initiativen.

– die Kontinuität einer handlungsanleitenden politischen Meinungsbildung: auf jeden zweiten der 14tägigen Plenen, die mit Sitzungen der Arbeitsgruppen für spezifische Fragen abwechseln, wird an besonders signifikanten Themen wie dem Wahlkampf in NRW, der aktuellen Entwicklung in Portugal und der bundesrepublikanischen Einflußnahme darauf versucht, allmählich über einen einfachen Meinungsaustausch hinaus, durchgehend sichtbar werden zu lassen, was der Stand der staatlichen Repressionspolitik und was der Stand der Initiativen ist, die sich dagegen zur Wehr setzen.

– die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative läuft über die Beteiligung an dem Projekt einer Stadtzeitung für Aachen, getragen von Basisgruppen an der Hochschule, Bürgerinitiativen und Mitgliedern der Demokratischen Initiative; gleichzeitig versuchen wir, so etwas wie einen propagandistischen Verstärkereffekt für Initiativen, Veranstaltungen, Diskussionen von Gruppen und Institutionen zu geben, die für sich nicht in der Lage sind, diese genügend zu verbreiten (Diskussionsreihen der ESG, von Fachschaften getragene Veranstaltungen etc.).

– Der eigene politische, auf praktische Fragen bezogene Konsensus muß bei der Breite der Zusammensetzung immer wieder neu überdacht und hergestellt werden. An einem Wochenendseminar wird diskutiert, was unseren Begriff von Demokratie gemeinsam kennzeichnet, warum wir andere Akzente als mittlerweile auch schon vorhandene andere Initiativen in der BRD setzen, wo die Gemeinsamkeiten mit ihnen liegen. In Korrekturen oder einer Neufassung der alten Arbeitsplattform, neuen Vorsätzen für die Praxis soll sich die Aufarbeitung der bisherigen gemeinsamen Aktionen und ihre politische Fundierung auf diesem Seminar niederschlagen.

Es gibt viele Schwierigkeiten: die Kontakte zu bereichsspezifischen Basisinitiativen wirklich zu halten, weder zu ihrer abgehobenen politischen Überwölbung, noch einfach zu einem Koordinationsgremium zu werden u.a.m. Andere Schwierigkeiten werden erst noch kommen: die Aufrechterhaltung einer breiten Basis der Zusammenarbeit auch unter Umständen, wo die jeweiligen Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen Druck ausüben, wenn umgekehrt Druck auf sie ausgeübt wird, eine tragfähige politische Gemeinsamkeit auch bei unterschiedlichen allgemeinen politischen Strategien zu erhalten. Ohne solche Auseinandersetzungen, ohne die Gefahr der Irrtümer, ohne den darin einbegriffenen politischen Wandel der Beteiligten ist jedoch niemals Politik zu entwickeln gewesen.

A. K. JONAS/S. O. LUDWIG

Klassenkompromiß“ und neuem „starken Staat“ wählen. Der herrschende Block in der BRD kann jedoch – mit in der gegenwärtigen Periode nicht zu unterschätzenden Erfolgschancen – die „harte Lösung“ als neue Integration betreiben. Genau in dieser „Unzufriedenheiten“ integrierenden Pseudopolitisierung der Selbstunterdrükkung liegt das faschistoide Moment der reellen Politik dieses herrschenden Blocks.

b) der zentrale Inhalt einer in dieser Phase neu zu bestimmenden Politik

4. Der Kampf gegen die Durchsetzung des restaurativ-imperialistischen Musterbeispiels westdeutscher Prägung ist, seinen politischen Inhalten nach, eindeutig ein demokratischer Kampf,

a) weil die politische Scheidelinie zwischen den Verfechtern der Restauration und denen, die dagegen Widerstand leisten bzw. leisten werden, nicht entlang der Klassengrenzen verläuft. Das gilt ungeachtet der Tatsache, daß diese Polarisierungslinie selbstverständlich der Ausdruck des latenten Klassenkampfes in der BRD und des offeneren in Westeuropa ist.

b) weil dieser Kampf die inhaltliche und nicht nur taktisch-formale Verteidigung demokratischer Rechte notwendig einbegreifen muß. Die Tatsache, daß der restaurative Angriff sowohl den Abbau demokratisch-rechtlicher Spielräume wie auch eine allgemein zunehmend restriktive Verfassungsinterpretation zu seinem Vordringen braucht, beweist gerade, daß es sich um reale Rechte und Spielräume und nicht nur um Formalia handelt.

c) weil in der anstehenden Periode in allen gesellschaftlichen Interessenkonflikten, die mit den staatlichen Ausdrucksformen der restaurativen Offensive zusammenstoßen, zunehmend auch der demokratische Spielraum und die Legitimität der eigenen Interessenvertretung zugleich mit erkämpft werden muß (beim Kampf gegen Planungsbürokratien, Jugend-, Schul-, Hochschulinstanzen zeigt sich das).

d) das entscheidende gemeinsame Moment in den spontanen Formen der Gegenwehr der Bevölkerung in den verschiedensten Bereichen besteht sicherlich nicht darin, daß hier „der Staat“ und noch weniger der Staat als bürgerlicher Staat angegriffen wird. Es besteht vielmehr in der In-Frage-Stellung der herrschenden formellen Vertretungsdemokratie und wird auch mittelfristig allen Anzeichen nach darin bestehen. Mit diesem gemeinsamen Moment erhalten die Abwehrkämpfe einen offensiven Stachel, ein politisches Überschußmoment. Von dorther bezeichnen wir sie gemeinsam als basisdemokratische Kämpfe und Initiativen. Beispiele wie Wyhl zeigen, daß ein so bestimmter offensiver basisdemokratischer Charakter zunächst auch noch dort weiterbesteht, wo bereits direkt staatliche Entscheidungsstrukturen punktuell, aber radikal in Frage gestellt werden. Es wäre töricht, diese gemeinsamen offensiven Inhalte nur negativ als „noch nicht sozialistische“ zu bestimmen. Viel radikaler als in gegenwärtig reformistisch-sozialistisch dominierten anderen Aktionen wird hier staatlich-hierarchische Herrschaft in Frage gestellt.

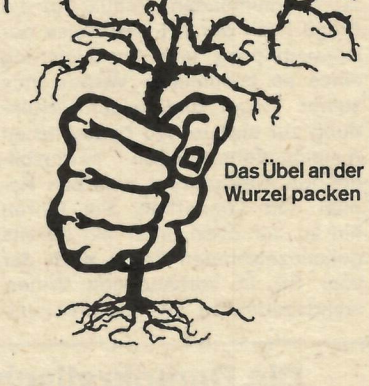
c) die Art und Weise der Herausbildung einer Widerstandsfront, ihre Träger und ihr Klassenbezug

1. Es wäre selbstbetrügerisch, zu leugnen, daß es heute in der BRD weder eine politische Kraft noch eine direkt umschlagende gesellschaftliche Tendenz (etwa im Sinne der illusionären KBW-„Linksentwicklung im Volke“) gibt, die der restaurativen und imperialistischen Entwicklung einen massiven und effektiven Widerstand entgegensetzen könnte. In allen Analysen, die die Wirklichkeit dieser gegenwärtigen Periode auf die rein tagespolitische Realität reduzieren, tritt deshalb auch Hilfslosigkeit als Kennzeichen hervor. Man reagiert entweder mit einem gezwungenen Opportunismus z. T. wider besseres Wissen („stärkt die Linke in der SPD“) oder mit einem idealistischen Beschwören liberaler Kräfte, um wenigstens sektoral Konsequenzen der reaktionären Offensive abzumildern (Berufsverbots-/Verfassungskampagen).

2. Die Kehrseite einer solchen auch perspektivisch nicht klassenbezogenen Antwort auf die Repressionsentwicklung ist dann jene Einstellung, die darauf setzt, daß in dieser Periode aus den Widerständen der Arbeiterklasse gegen die ökonomischen Pressionen im Krisenverlauf eine Widerstandsfront unmittelbar als klassenspezifische politische Widerstandsfront mit dann notwendig „sozialistischen Inhalten“ entstehen wird. Gegenüber dem Problem der Art und Weise der Herausbildung einer endlich auch klassenspezifischen politischen Widerstandsfront verweigert man sich hier im Rückgriff auf einen ökonomistisch eingeengten Schematismus. Dieser ignoriert nämlich beharrlich die Konsequenzen zweier schwerwiegender Tatsachen: In dieser Periode werden hier weder die Gewerkschaften einem Druck von unten nachgebend sich gegen die repressive Entwicklung wenden, noch wird in ihnen eine distinkte proletarische Klassenbewegung ihre sozialpartnerischen Führungsschichten einfach von sich abstreifen.

3. Angesichts dieser Tatsachen kommt in einer richtig antizipierenden Sichtweise in den Blick, daß eine gegenwärtig verschwindend minoritäre politische Widerstandsfront und zunächst isolierte und politisch blockierte Herde des Klassenwiderstandes in einer bestimmten Weise aufeinander angewiesen sind.

4. Für die politische Widerstandsfront heißt dies: a) Auch wenn die Scheidungslinie der gegenwärtigen politischen Polarisierung nicht entlang der Klassengrenzen verläuft und potentiell über die marxistische Linke hinaus auch konsequente Liberale und Demokraten auf dieser Seite der Linie mit einbezieht, wäre mit so einer Vereinigung allein noch nichts Entscheidendes erreicht. Eine in die reale Entwicklung eingreifende Widerstandsfront steht und fällt in dieser ihrer Bedeutung mit der Fähigkeit, an dem Aufbrechen der Vereinzelung und der politischen Isolierung der immerhin schon vorhandenen Herde des Klassenwiderstandes (s. Erwitte oder Kalletal) entscheidend mitzuwirken. b) Ihre Ausrichtung muß es also von vornherein ermöglichen, daß die offensiven politischen Überschußmomente der breiteren Interessenkonflikte, auf die wir oben hingewiesen haben, leicht und sichtbar in sie einfließen können. Das hieße zugleich, die formaldemokratischen parlamentarischen Fixierungen der klassischen antifaschistischen Volksfrontkonzepte zu überwinden.



Das Übel an der Wurzel packen

5. Für die Herde des Klassenwiderstandes gegen die disziplinierende Lösung der Krise, sowie für die Arbeit im Produktionsbereich im allgemeinen heißt dies: Auch wenn die relative Vereinbarung der Interessenkämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlast nach unten ohne Zweifel ansteht, droht in der gegenwärtigen Periode einer jeglichen auf sich gestellten „konsequenten Politik der Interessenvertretung“ eine doppelte Einkreisung und Isolierung: Auf der einen Seite von den Vertretern der offiziellen SPD-Politik in den Gewerkschaften, die – sehr wohl mit einer politischen Perspektive operierend – die Enthaltsamkeit für heute fordern, damit Aufschwung und Reformen morgen wieder beginnen können; auf der anderen Seite von den durch die Krise verängstigten und eher nach rechts reagierenden Lohnabhängigen und entpolitisierten Massen allgemein, denen ein syndikalistisch isolierter Kampf als ein Gemeinwohl mißachtender Gruppenegoismus erscheinen muß.

b) Diese doppelte politisch-ideologische Umklammerung der unmittelbaren Interessenkämpfe in der gegenwärtigen Periode kann nur dann aufgebrochen werden, wenn diese Kämpfe sich auf eine stützende demokratische politische Widerstandsfront im lokalen, regionalen und nationalen Rahmen rückbeziehen können. Der Rahmen, den sie darstellt, muß es ermöglichen:

– nicht allein den „Sozialinteressen“ feindlichen, sondern auch den „demokratiefeindlichen“ Charakter der offiziellen (auch sozialdemokratischen) Disziplinierungspolitik erfahrbar zu machen, und damit die impliziten offensiven politischen Inhalte der selbstorganisierten Interessenkämpfe explizit zu machen („basisdemokratische Ausrichtung“),

– die Isolierung der einzelnen Betriebskonflikte (oder auch anderer Interessenkämpfe) durch eine organisierte Popularisierung (s. das Beispiel LIP in Frankreich) und Schaffung lokaler politischer Öffentlichkeiten (jenseits eines Hochschulmilieus) aufzubrechen,

– dem reaktionären politischen Umschlag in den Reihen der durch die Krise am stärksten Betroffenen und Bedrohten (z. B. Frauen, längerfristig Arbeitslose, Unqualifizierte, ein klassisches Reservoir faschistoider Politik) entgegenzuwirken: durch die gezielte, exemplarische, öffentliche Verbreitung der Möglichkeit und Effektivität selbstorganisierter Rechts- und Interessenwahrung, durch öffentliche Legitimierung und Unterstützung der dabei entstehenden Ansprüche und Kampfformen. An diesem präzisen Punkt ist das Mittragen dieser Legitimation von Seiten bekannter oder „respektierter“ Personen (linke Christen oder Hochschullehrer innerhalb der politischen Widerstandsfront) von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

3. Welche politischen Akzente sind vom SB bei der Mitarbeit in schon vorhandenen Formen des Widerstands zu setzen und welche politischen Interventionen sind notwendig, um darüberhinaus eine mittelfristig tragfähige breite Front des Widerstandes gegen die zweite Restauration aufzubauen?

1. Beginnen wir mit dem zweiten Teil der Frage. Das, was wir ernsthaft vorschlagen und konzipieren und als mittelfristig tragfähige Widerstandsfront benennen, meint mehr als die nur auf einen Punkt bezogenen vorübergehenden Kampagnen und Bündnisse, wie sie etwa Berufsverbotsinitiativen darstellen. Es zielt auf eine initiierende Rolle des SB bei dem zunächst lokalen Aufbau einer breiten kooperativ angelegten Politik, in der einerseits politische Gruppen oder ihre Mitglieder im Bündnis zusammenarbeiten und gleichzeitig die nicht von vornherein an eine bestimmte Gruppierung gebundenen basisdemokratischen Initiativen aus den verschiedensten Bereichen Eingang finden. Eine Politik, die sich weder in langfristigen Perspektivangaben noch in bloßer Tagespolitik verliert, sondern die mittelfristige Entwicklung antizipierend aufgreifen will, bedeutet für das SB: Eine autonome handlungsfähige organisierte Bewegung und Plattform auf breiter Basis quer durch bestehende Organisationen und Verbände aufzubauen, die stark und effektiv genug ist, in einem solchen Prozeß mittelfristig auch eine Umorientierung der politischen Stoßrichtung der Kräfte der Linken mit zu bewirken.

2. Bezogen auf andere Gruppen und deren Mitglieder kann sich die Rolle des SB dabei nicht einfach als eine nach beiden Seiten offene „Bündnispolitik“ bestimmen. Bünd-

FORTSETZUNG SEITE 21

Die neue und die alte Weltwirtschaftskrise

Aike Blechschmidt

Was heute anders ist als 1929 — Schluß

a) Keine allgemeine Reinigungskrise

Kapital und Staat waren in den 20er Jahren nicht in der Lage, die Weltmarktstagnation aufzuheben. Nur eine Weltmarktexpansion hätte die mit der beschleunigten Produktivkraftentwicklung entstandene Warenfülle absorbieren können. Also blieb damals nur der Weg der Waren- und Kapazitätsvernichtung. Die reaktionäre Angleichung der Produktion an ein historisch — auch vom Standpunkt des Gesamtkapitals — überholtes Niveau per allgemeiner Reinigungskrise, das war der Kern der Depression in den 30er Jahren (24).

Heute liegt dagegen die Grenze der Akkumulation nicht in den Märkten, sondern in den Bedingungen der zu erweiternden Produktion selbst, nämlich im steigenden Aufwand an konstantem Kapital, bei zunehmender Staatsrevenue und nicht (genügend) einschränkbarer Lohnanteile. Eine Vernichtung von Produktionskapazitäten im Zuge einer „Reinigungskrise" muß dieses Problem verschärfen:

- Vernichtung von Produktionsmittelkapazitäten hieße: die erneute Ausdehnung des konstanten Kapitals — und dafür Bedingungen zu schaffen ist ja der Sinn der Krise — ist noch schwieriger als in den letzten Konjunkturzyklen.
- Vernichtung von Konsumgüterkapazitäten hieße: die Konzessionsspielräume für die Löhne werden eingeschränkt, der Lohnfonds müßte absolut sinken (25). Das wäre m. E. eine unrealistische Konzeption, die in einem neuen Aufschwung nicht durchgehalten werden könnte, — auch bei vergrößerter Arbeitslosigkeit. Schließlich:
- Von beiden, sowohl der Konsumgüter- als auch der Produktionsmittelvernichtung würde die auf mittlere Sicht (sprich: jenseits der aktuellen Krise) unumgängliche Ausdehnung der staatlichen Revenue ebenso erschwert.

Alles in allem: eine allgemeine Reinigungskrise zöge noch höhere Inflationsraten nach sich, sobald es zu einem neuen Aufschwung kommen würde, also auch noch rigidere Kreditrestriktionen, noch mehr Stop and Go bei den staatlichen Ausgaben, noch hektischere Zyklen, noch mehr soziale Spannungen. Die gegenwärtige Akkumulationskrise müßte sich auf höherem Niveau wiederholen. Eine Reinigungskrise im klassischen Sinn wäre heute keine Bereinigung der gegenwärtigen Akkumulationsschwierigkeiten.

Eine Vernichtung von Kapital und damit eine allgemeine Reinigungskrise wäre allerdings dann angezeigt, wenn der „Überakkumulations"-Fall vorläge. Wenn also das konstante Kapital gegenüber dem variablen so stark gewachsen ist, daß die relativ zusammengeschmolzene Mehrwertbasis der produktiven Arbeiter nicht mehr jene Masse an Mehrwert erzeugen können, die zur Fortführung der Akkumulation von (überwiegend) konstantem Kapital nötig ist. Der Kapitalismus könnte aus dieser Misere nur noch durch eine umfassende Kapitalvernichtung herauskommen. Er pfiffe auf dem letzten Loch.

Nun ergibt aber eine Überschlagsrechnung für die BRD-Industrie, daß deren Profitrate innerhalb 2 Jahren um 25 Prozent steigen könnte, wenn die Löhne auf dem realen Kaufkraftniveau von 1974/75 eingefroren werden würden (was ja durch den Tarifabschluß 1975 für's erste gewährleistet ist) (26). Das heißt aber nach meiner Einschätzung, daß die Ausbeutungsrate bei der heutigen organischen Zusammensetzung ohne weiteres soweit gesteigert werden kann, daß die gestiegene Mehrwertmasse einen Fortgang der Akkumulation erlaubt. M. E. ist es daher falsch, die gegenwärtige Krise als „Überakkumulations"-Krise zu begreifen. Vielmehr befinden wir uns gerade auf der Schwelle zu einer Periode stärker steigender organischer Zusammensetzung. Und es ist genau die Frage der Überwindung dieser Schwelle, die den Kern der heutigen Krisenproblematik bildet. Erst jenseits der Krise 1974/75 kann der „Überakkumulations"-Fall akut werden, — womit wir ihm freilich heute näher sind als 1929 (27)!

b) Weder Marshall (28) noch Keynes gefragt

Aus der gewaltigen Reinigungskrise nach 1929 ging der Staatsinterventionismus Keynesscher Prä-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 20

nispolitik definiert sich inhaltlich als Kooperation festgefügter politischer Gruppierungen. Wenn wir jedoch den Widerstand entlang der realen Konfliktlinien organisieren wollen, alle erfassen wollen, die real betroffen sind und sich gegen die Politik der Repression zur Wehr setzen, dann müssen neue Mittel und Wege gefunden werden, der organisatorisch von oben durch die Parteien von SPD und FDP und z. T. die Gewerkschaften verfügten Spaltung der Betroffenen (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten und „Chaoten") entgegenzuwirken. Jusos, aber nicht die Jusos, werden mitarbeiten, Genossen aus anderen linken Gruppen, aber nicht die nationale Organisation x und y werden sich beteiligen. Einladung zur Diskussion und Mitarbeit gerichtet an die Organisationen schließt das nicht aus. Die Kooperation in einer gemeinsamen Abwehrfront muß schließlich eine ausreichende Konsistenz besitzen, um auf das Spektrum der Linken, so wie es sich gegenwärtig präsentiert, verändernd zurückwirken zu können.

3. Wenn wir bezogen auf die Inhalte einer solchen Front gegenüber dem Rückbezug auf „Erhaltet-die-Verfassung-Parolen" eine offensive demokratische Ausrichtung betont haben, so hängt das eng zusammen mit dem besonderen Stellenwert, den wir basisdemokratischen Initiativen innerhalb einer solchen Widerstandsfront beimessen. Es kann nicht darum gehen, solche Initiativen wie in Erwitte oder in kommunalen Bürgerinitiativen lediglich verbal mitzubedenken. Eine autonome und offensiv bestimmte breite Front gegen die zweite Restauration muß in erster Linie den Ausbau und die Politisierung solcher Basisinitiativen vor Ort durch Herstellung eines organischen Bezuges zwischen ihnen und lokal aufzubauenden, breiten politischen Fronten des Widerstandes mit beinhalten. Wenn die Defensive des demokratischen Kampfes einen offensiven Stachel beinhalten soll, dann muß sie also offen sein und aufnahmefähig für die radikalen praktisch-politischen Überschußmomente, die sich in spontanen Streiks, in Betriebsbesetzungen wie in unmittelbarer Konfrontation mit der formell demokratischen Staatsgewalt (s. Wyhl) darstellen.

4. Entwicklung einer Politik gegenüber der staatlichen Repression ist also keine Sache isolierter Bereiche, kann sich nicht erschöpfen in Berufsverbotskampagnen im Hochschul- oder Erwitte-Solidaritätsaktionen im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich. Bezogen auf die Berufsverbote als hervorstechendstes Mittel und Erscheinungsform der Repression gehören jedoch solche bereichsspezifischen, mehr oder weniger adäquaten Reaktionen wie die Erklärung der 100 Professoren in Baden-Württemberg, der jüngste Frankfurter „Aufruf zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte", die Berliner Berufsverbotsinitiative zu den Widerstandsmomenten, die die zweite Restauration gegen sich selbst ins Feld ruft. Sie alle haben, von ihrer jeweiligen politischen Zielsetzung abgesehen unmittelbar richtige, solidarisierende und aufklärende Gehalte. Die Akzente, mit denen eine erforderliche und richtige Mitarbeit hier zu erfolgen hat, scheinen uns je nach der politischen Zusammensetzung und Ausrichtung die folgenden zu sein:

— Ein Teil der Initiativen zielt in der politischen Ausrichtung schlicht darauf hin, Druck auf die Links-SPD auszuüben. Sie und nicht die Initiativen sollen schlußendlich reell etwas unternehmen. Eine solche, sehr wohl ernstzunehmende politische Situationseinschätzung halten wir jedoch — und wir haben das zu belegen versucht — für falsch. Der Zug solcher Kampagnen oder Initiativen — der dann notwendig von der Lokomotive Verfassungsrechte gezogen werden muß — fährt in eine andere politische Richtung ab als die, von der wir gesprochen haben: der Richtung eines autonomen Widerstands.

— Ein anderer Teil solcher Ein-Punkt-Initiativen begreift sich durchaus als autonom. Bei der Mitarbeit in solchen Initiativen wäre einmal darauf hinzuarbeiten, daß sie sich in der Form und den Inhalten ihrer Arbeit perspektivisch offenhalten für die Aufnahme und aktive Vertretung der verschiedensten Widerstandsformen gegen die Repression (also auch Wyhl oder Erwitte). Es wäre darüberhinaus zu klären, ob solche im Bündnis konzipierten Kampagnen in ihrer Arbeit über die Orientierung auf einen Punkt hinausgehen können und sich damit verwandeln könnten in die inhaltlichen und organisatorischen Bezugsrahmen einer breiten kooperativen auf alle Erscheinungsformen der Repression bezogenen politischen Widerstandsfront.

Im Zuge der Klärung der politischen Inhalte der neuen Politik des SB, ihrer Träger und organisatorischen Umsetzung, scheinen uns letztendlich nur diese beiden Alternativen möglich: eine Politik der zugesetzten, zeitlich begrenzten Ein-Punkt-Kampagnen oder eine Politik, die auf eine mittelfristige tragfähige autonome, strategisch ausgewiesene Widerstandsfront auf breiter Basis zielt. Als Beitrag zu dieser Klärung und als ernsthaftes Plädoyer für das letztgenannte politische Projekt möchten wir diesen unseren Beitrag verstanden wissen.

gung hervor (29). In einem fortgeschrittenen Stadium der damaligen Krise wurden die sozialen Spannnungen so groß und schlug die Bereinigung so über das „gesunde" Maß hinaus, daß die Krise für das kapitalistische System dysfunktional wurde. Zuerst halbherzig in Friedenszeiten, dann hemmungslos im 2. Weltkrieg wurde mit kreditfinanzierten Staatsausgaben gegengesteuert. An die Stelle der Kapitalvernichtung trat die Kapitalsuspendierung, d. h. dessen Inanspruchnahme für die Rüstung. Letztere hatte quasi den Weltmarkt zu simulieren.

Dieser „Keynesianismus" (29), der an die Stelle des Liberalismus eines Marshalls oder Pigous — den Ideologen der Bereinigungskrise — getreten war, trug freilich als Geburtsmale das Kennzeichen der Weltwirtschaftskrise an sich: seine interventionistische Kraft war an die Realisierungskrise gebunden, an einen manifesten, bleibenden Mangel an Absatz, verglichen mit dem Produktionspotential.

Daraus folgt aber, daß Keynes in der gegenwärtigen „Knappheits"-Krise nicht gefragt sein kann. Beim gegenwärtigen Mangel an konstantem Kapital wäre es Öl ins Feuer der Krise geschüttet, wenn der Staat auf einen Rüstungsboom das Schwergewicht der Krisenbekämpfung legen würde. Nicht umsonst — so scheint es jedenfalls im Rückblick — ist der Anteil der Rüstungsausgaben in den 60er Jahren rückläufig gewesen; und die Lehre des Indochinakriegs, dessen relativ, das heißt im Vergleich zu der Aufrüstung 1948—1955 geringe Lasten die US-Wirtschaft in arge Schwierigkeiten brachten, dürfte von den Herrschenden beherzigt worden sein: Krieg, Aufrüstung und Prosperität der privaten Akkumulation waren an die explodierende Warenfülle der 40er und 50er Jahre gebunden. Beides zugleich ist heute nicht mehr möglich.

Ein erneutes Laissez-Faire, eine Rückkehr zum Liberalismus eines Marshall, zur Ideologie der Reinigungskrise ist aber ebensowenig sinnvoll: sie stünde im Widerspruch zur Realität, die keine allgemeine Bereihungskrise verträgt. Sie wäre ein noch größerer Anachronismus als der Keynesianismus (30).

c) Was jetzt kommt: klassischer, — aber nicht klassisch

Nach dem Scheitern der bisherigen Einkommenspolitik in Europa und Japan — nicht jedoch in den USA — muß diesen Versuchen, die Lohnquote zu senken, ein besseres Fundament, nämlich mehr Arbeitslosigkeit, verschafft werden. Dies darf aber nicht mit einer schweren Depression einhergehen und muß möglichst frühzeitig in einen — allerdings langsamen — Aufschwung der Akkumulation einmünden. Es gilt, so früh wie möglich aus einer höheren Gewinnquote zu einer stabilen, aber nicht zu plötzlichen (weil dann zu inflationären) Investitionszunahme zu gelangen. Ein solcher Aufschwung setzt einerseits weiterhin Rationalisierungsarbeitslose „frei" (in der Krise und im frühen Aufschwung dominieren diese), „versorgt" also das System mit der so dringend benötigten, den Aufschwung überstehenden Reservearmee und geht, sofern er nur stabil genug ist, allmählich in einen Erweiterungsboom über, — der ebenso dringend benötigten Grundlage für die weitere Reproduktion auf höherer Stufenleiter.

Daß also die Krise so sehr lange anhält, ist nicht nur eine Folge der Akkumulationsschwierigkeiten, sondern zugleich die im gegebenen Rahmen mögliche Sanierung dieser Schwierigkeiten. Das Krisenmanagement muß also geradezu ein Interesse daran haben, daß die Krise lang anhält. Von daher ist es m. E. durchaus gewollt, daß die Staatsinterventionen sich längere Zeit als früher darauf beschränkten, ein weiteres Absacken zu verhindern, nicht jedoch einen Aufschwung wirklich bewirken zu wollen. Ideales Resultat in den Augen des Krisenmanagements müßte m. E. sein:

- Stagnation des Konsumgütersektors (nicht so sehr bei der Produktion, wohl aber bei der Akkumulation)
- Expansion des Produktionsmittelsektors,

bei anhaltender, lohndrückender Arbeitslosigkeit (BRD: 2—5 %).

Mit diesen Überlegungen soll darauf hingewiesen werden, daß es m. E. falsch ist, aus der relativ anhaltenden Krise und den relativ schwachen Staatsinterventionen ankurbelnder Art (dies gilt jedenfalls für 1974) auf ein „Versagen" des Staatsinterventionismus zu schließen. Er versagt, was Vollbeschäftigung und Preisstabilität anbelangt, — aber das ist für die Herrschenden ein Problem der ideologischen Herrschaftsabsicherung ihrer Akkumulationsprobleme, das sind nicht diese selbst! Dem Frohlocken über die alle staatlichen Dämme hinwegspülenden Krise könnte (wieder einmal!) auf einer Fehleinschätzung beruhen. Noch, so scheint es, ergießen sich die Krisenfluten durch die Schleusen (— deren Öffnung oder Nicht-Öffnung allerdings nicht zur Wahl stand!). Hauptproblem ist in der aktuellen Situation (mitten in der Krise) nicht — um im Bilde zu bleiben — der Akkumulationsdruck, der hinter der Krisenflut steht, sondern die Wirbel, die dadurch in der internationalen Zirkulation entstehen: sind die USA als Hegemonialmacht stark genug, um diese — wie in den letzten 25 Jahren — unter Kontrolle halten zu können? Denn nicht nur, daß die Machtposition der USA in den 60er Jahren Schaden genommen hat (in den letzten Jahren dagegen scheint der US-Kapitalismus ökonomisch wieder gestärkt (31), wenngleich er gegenwärtig erst die politischen Konsequenzen der ökonomischen Schwächung in den 60er Jahren zu verkraften hat), auch ohne diesen steht das Krisenmanagement mitten in einem Balance-Akt ohne Netz: die Krise muß einerseits klassischer sein (also weitgehender Verzicht auf Interventionen Keynesscher Art), sie darf aber nicht richtig klassisch werden (also muß die Vermeidung einer klassischen Reinigungskrise versucht werden).

Dieses Problem der Interventionsfähigkeit des US-Imperialismus zu behandeln, scheint mir als der wichtigste Schritt, um zu einer genaueren, konkreten Analyse zu kommen. Welche darüberhinaus einbeziehen müßte:

- Die Auswirkung der Öl-Länder-Preiserhöhungen auf Produktion und Zirkulation des gesamten kapitalistischen Systems.
- Die produktiven Möglichkeiten, die dem Kapitalismus durch die Entwicklung in den sozialistischen Ländern einerseits und in der (sog.) 3. Welt andererseits herangewachsen sind.
- Der unterschiedliche Stand der Klassenkämpfe (was wird aus der EG, wenn Italien herausfällt oder gar revolutioniert?).

IV. Was bringen die nächsten Zyklen: insuläre Konflikte und Feuerwehrreförmchen

Gemessen an den Größenordnungen, welche die Akkumulationsschwierigkeiten im Durchschnitt (d. h. abgesehen von der krisenhaften Verschärfung jetzt) angenommen haben, so können sie nur dann behoben werden, wenn — durch eine mehrjährige Reallohnstagnation erreichbar — der Lohnanteil zurückgeht (32). Eine solche Stagnation stellt einen Bruch in der Geschichte des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg dar, ein Bruch, der gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden muß (33). Die Krise selbst bildet dabei der beste Verbündete. Im Vergleich dazu stellt der Staatsstreich sowohl in Ländern mit relativ fortgeschrittener (England, Frankreich, Italien) als auch relativ zurückgebliebener (USA, Japan, BRD) Arbeiterbewegung keine Alternative dar (34).

Dies gilt freilich nur solange, solange es zu keinem wirtschaftlichen Kollaps kommt, d. h. solange die Krise auf dem bisherigen Niveau — dem des Frühsommers 1975 — stabilisiert bleibt. Ein solcher Kollaps ist bei der Stärke der hinter der Krise stehenden Verwertungsschwierigkeiten und angesichts der globalen Gleichzeitigkeit nicht auszuschließen. Über die Wahrscheinlichkeit einer solchen aktuellen Verschlechterung läßt sich freilich nur spekulieren. Daher wurde hier vor allem versucht herauszuarbeiten, wie es um die von aktuellen Zuspitzungen/Entspannungen unabhängigen (35) Verwertungsschwierigkeiten steht. Eine solche konkrete Zuspitzung im Ausmaß der frühen 30er Jahren könnte durch fortschreitende Klassenkämpfe in England und Italien oder durch einen Zusammenbruch des durch die Öl-Schulden aufgeblähten globalen Kreditnetzes in Gang kommen (36).

Vor diesem Hintergrund — der Marsch in den globalen Kollaps ist möglich, aber nicht gewiß — ist es politisch ebenso wichtig, Überlegungen darüber anzustellen, was aus den besagten Verwertungsschwierigkeiten geschieht, wenn die aktuelle Krise 1974/75 überwunden wird und in einen neuen Aufschwung übergeht. Wenn also die Verwertungsschwierigkeiten nicht die Erscheinungsform eines globalen Kollapses hervortreiben, was bringen uns die beiden nächsten Konjunkturzyklen? Antwort: die Verwertungsschwierigkeiten äußern sich vorwiegend als „insuläre Konflikte" im Reproduktionsbereich und ziehen staatliche Gegenstrategien nach sich, die als „Feuerwehrreformismus" zu bezeichnen sind.

Zu den insulären Konflikten im Reproduktionsbereich kommt es deswegen, weil der (kapitalistisch organisierte) Produktionssektor in der Lage ist, sich auf Kosten des Staates (der die Mittel für den Reproduktionsbereich bereitstellt) tendenziell zu sanieren.

Das wird m. E. wie folgt ablaufen: kommt es zu einem neuen Aufschwung, so spielt dabei das Zurücktreten des Staatsanteils zu Gunsten der privaten Akkumulation ja eine entscheidende, den neuen Aufschwung konstituierende Rolle. Wenn nun, was wir ja annehmen, der Aufschwung in Gang kommt, werden mit zunehmender Prosperität auch die Steuern wieder reichlicher fließen. Im späten Aufschwung bzw. im frühen Boom wird daher der Staat seinen Anteil an der Produktion wieder erhöhen können. Aber dieser „Nachholbedarf" wird nicht hinreichen, weil alsbald zum Zwecke der Inflationsbekämpfung die Staatsausgaben wieder gedrosselt werden müssen. Denn, wie schon in den vergangenen Boomphasen, wird das Kapital den steigenden Kapitalbedarf im Boom über eine inflationäre Ausdehnung des Akkumulationsspielraumes zu decken versuchen. Und weiter: die zum Zwecke der Inflationsdämpfung vorgenommene Einschränkung der Staatsausgaben geht schließlich wieder bruchlos über in eine Zementierung des eingeschränkten Staatsanteils, um der privaten Akkumulation einen Aufschwung-Spielraum zu verschaffen. So wird die eine staatliche Aufgabe, Infrastruktur und Reproduktion zu sichern, aufgerieben durch die andere Aufgabe, nämlich Inflation und Krise zu bekämpfen (37). Je länger dieser Prozeß andauert je mehr hinkt das Defizit an öffentlichen Leistungen hinter dem zur Aufrechterhaltung der gesamten Reproduktion Notwendigen her. Öffentliches Ist und Soll klaffen dabei umso mehr auseinander, je stärker es dem privaten Kapital seinerseits gelingt, das Akkumulations-Ist an das Akkumulations-Soll (38) anzunähern. Denn umso stärker wird unter sonst gleichbleibenden Umständen der inflationäre Prozeß angefeuert, umso frühzeitiger und umso mehr müssen die Staatsausgaben „Stabilitätskonform", also eingeschränkt werden bzw. bleiben. In die gleiche Richtung wirkt — leider und je länger, je mehr — eine aktive Lohnpolitik, sofern sie sich darauf (auf die Lohnpolitik im rein öko-

nomischen Sinne) beschränkt. Mit fortschreitender Konzentration ist das Kapital mehr und mehr in der Lage, die traditionelle, gewerkschaftliche Lohn-Strategie, in-der-Krise-gib-nach-und-im-Boom-hol-raus, inflationär zu unterlaufen. Nicht nur hat das zur Konsequenz, daß eine gewerkschaftliche Organisation an Basis verliert (39), mindestens ebenso wichtig ist, daß eine solche Lohnpolitik gerade die aktivsten Teile der Arbeiterschaft in eine unfreiwillige, aber gegenüber der breiten Bevölkerung umso wirksamer anzuprangernde Koalition mit dem konzentrierten Teil des Kapitals gezwungen wird (40). Das bedeutet politisch: von den Verwertungsschwierigkeiten her verbietet es sich, zwischen „ökonomischem" und „politischem" Kampf als zwei zeitlich aufeinander folgenden Phasen zu trennen. Je mehr man das tut, je schwieriger wird der Übergang überhaupt. Die andere Seite dieser Fähigkeit des kapitalistischen Systems, einen guten Teil der Krisen im kapitalistischen Kernbereich via Inflation in den öffentlichen Bereich abzuladen, muß natürlich ebenso im Auge behalten werden: Konflikte im Infra- und Reproduktionsbereich sind, gerade was die ökonomische, vom Kapital ausgehende Analyse zeigt, nicht als „sekundär" anzusehen.

Das Defizit an öffentlicher Vorsorge in der Infrastruktur (Energie, Verkehr, Wohnung, Ausbildung) und der Nachsorge (Gesundheit, Alter, Umwelt) wird nicht gleichmäßig bei allen Aufgaben auftreten, sondern ungleichmäßig (41). Das hat zur Folge, daß die allgemeine Krise des öffentlichen Bereiches in punktuellen Krisen zum Ausdruck kommt. Sei es, daß der Fehlbestand an Lehrkräften zu einer die Kommunalverwaltung lahmlegende Auseinandersetzung mit der Eltern- und Schülerschaft führt. Oder sei es, daß in den Krankenhäusern wegen personeller Unterbesetzung permanent Streiks drohen. Oder, daß die Kraftwerkserstellung wegen der versäumten Energievorsorge mit großen sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Opfern verbunden, am militanten Veto der betroffenen Bevölkerung scheitert. Nun ist die Finanzlage des Staates zwar allgemein ungenügend, was aber nicht bedeutet, daß er nicht punktuell sehr wohl in der Lage ist, großzügig zuzubuttern. Er wird dort, wo der Schwelbrand des öffentlichen Bereiches zu einem offenen Feuerchen wird, löschen können: Sei es — um bei den Beispielen von vorhin zu bleiben — mit einem großzügigen örtlichen Schulprojekt (was, lokal pazifizierend, allen übrigen Schulbereichen als zukunftsweisendes Modell vorgestellt wird); sei es durch eine wirklich den Erfordernissen entsprechende Poliklinik; sei es durch eine umfassende Subventionierung der vom Kernkraftwerkbau bedrohten Bevölkerung usw. usf. D. h., so, wie sich die Verwertungskrise tendenziell als Krise des öffentlichen Bereiches manifestieren wird, so wird diesem Kind der Krise ein „Feuerwehrreformismus" Pate stehen (42). Hoffentlich wird bald was anderes aus der Taufe gehoben. hen. Der Schwelbrand freilich bleibt. Umgekehrt, je mehr der öffentliche Bereich die produktiven Reserven auf sich zu ziehen vermag, um so mehr muß dies betrieblichen Konflikten, da weniger als zuvor materiell pazifizierbar, zum Ausbruch verhelfen. Sofern dem kapitalistischen System ein erneuter Schub an produktiven Möglichkeiten (ähnlich denen, die in den 50er und 60er Jahren gegeben waren) versagt bleibt, muß so die Labilität des Gesamtsystems zunehmen. Auf diesem Hintergrund wären nun politische, auch organisationspolitische, Überlegungen anzustellen (42). Das kann aber nur erfolgen, wenn gleichzeitig die aktuellen Kampf- (und Nicht-Kampf)-Erfahrungen eingehen, was selbst wiederum einen Schritt vorwärts in der Organisation (auch des SB) erfordert.

Anmerkungen:

(24) Es ist wahrscheinlich nicht richtig, die massenweise Vernichtung von Kapital in den 30er Jahren mit „Reinigungskrise" zu benennen. Denn dieser Begriff wird streng genommen zur Beschreibung einer Bereinigung im produktiven Sinne benützt; d. h., daß in der Bereinigung die neuen Möglichkeiten des Aufschwungs entstehen. Wobei sich das von Konjunktur zu Konjunktur auf höherer Stufenleiter vollzieht: die Bereinigung dient dazu, daß die neue Stufe in Angriff genommen werden kann. Darum ging es aber in der Krise der 30er Jahre nicht. Es erfolgte vielmehr eine Angleichung an eine vergangene Stufe. Denn wegen der Mängel, die die internationale Zirkulation aufwies, konnte ja das System bereits auf der von der Produktion erreichten Stufe nicht funktionieren. Der „Reinigung" der 30er Jahre kann kein weitertreibendes Moment — vom Standpunkt des Gesamtkapitals gesehen — zugebilligt werden. Daher ergaben sich ja auch über so viele Jahre hinweg keine Aufschwungmomente.

(25) Zu einer spürbaren Verbesserung der Akkumulationschancen genügt eine relative Senkung des Lohnfonds, d. h. ein geringeres Wachstum verglichen mit dem der Produktion. Siehe dazu auch unten und Anmerkung 26.

(26) Dieser Überschlagsrechnung lag zugrunde:
a) eine Ausgangsprofitrate von 10 Prozent (wird sie niedriger angenommen, fällt die Steigerung um so höher aus);
b) ein zweijähriges Wachstum der Industrieproduktion von je 5 Prozent, was für einen Aufschwung sehr niedrig angesetzt ist (1968: 11,8 Prozent, 1969: 13,4 Prozent), was aber im kommenden Jahr realistisch sein dürfte (preisbereinigte Größen);
c) ein Wachstum des konstanten Kapitals von zuerst 4 Prozent, dann 5 Prozent. Das ist wegen des hohen Gewichts der Rationalisierungsinvestitionen eher aber zu hoch als zu niedrig gegriffen.
d) Die Löhne und Gehälter wachsen zwei Jahre lang nur im Ausmaß der Inflationsrate und die Inflationsrate der Industrie und des Konsumbereichs seien gleich.
e) Gerechnet nach den Zahlen des DIW, ergibt sich ein Anstieg der Profitrate auf 12,5 Prozent. Das ist zwar keine Höhe, wie sie in den 50er Jahren vorherrschte, liegt aber auch nicht weit vom Durchschnitt der 60er Jahre entfernt (siehe den Literaturhinweis in Anmerkung 6).

(27) Diese Einschätzung steht konträr zu der von Mattick („Marx und Keynes", Frankfurt 1971) und auch zu den oben genannten Prokla-Autoren Schöller, Semmler, Hoffmann und Altvater. Nach Mattick existiert eine Kontinuität des „Überakkumulation"-Falls von 1929 bis heute, die Prosperität der 50er Jahre war nur ein Zwischenspiel, ermöglicht durch Schulden und bezahlt durch Inflation. Hier dagegen wird der „Überakkumulationsfall" für 1929 bestritten und damit auch die Kontinuität der Krise auf der Ebene der Überakkumulation. Diese weit verbreitete Einschätzung der 1929er Krise beruht m. E. auf einer nicht hinterfragten Fortschreibung der Entwicklung vor dem 1. Weltkrieg, in der m. W. tatsächlich ein Profitratenfall als Folge steigender organischer Zusammensetzung herrschte. Dies läßt sich meines Wissens gerade an Henryk Grossmann („Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems", Leipzig 1929), dem Vater der „Überakkumulation" zeigen. Er sagte die 29er Krise richtig voraus, — lustigerweise aber mit der falschen Theorie.

(28) Alfred Marshall (1842—1924) soll für die bürgerliche Schule vor Keynes stehen, die in der Ideologie, aber auch in der Wirtschaftspolitik bis in die 30er Jahre hinein den Ton angab.

(29) „Keynesianismus" soll hier für das stehen, was generell als solcher firmiert, nämlich die nicht durch Steuereinnahmen gedeckte und über die aktuelle Ersparnis hinausgehende Finanzierung vermehrter Staatsausgaben durch Schulden zum Zwecke der Ankurbelung der Produktion in einer Krise.

(30) Es wird oft versucht, die Situation der letzten Jahre als zwangsläufige Alternative zwischen Inflation und Krise/Arbeitslosigkeit zu interpretieren. Das ist m. E. nicht der Kern der Sache, sondern nur dessen alternative Erscheinungsform. Es geht nicht um Vollbeschäftigung und/oder Inflation, sondern um eine Ausdehnung des Akkumulations- und Revenuespielraums. Um dieses Ziel zu erreichen, ist periodisch mehr Arbeitslosigkeit nötig und mehr Inflation unvermeidlich.

(31) Dafür gibt es eine Reihe von Indizien, die freilich noch keine endgültige Klarheit verschaffen. Ein Indiz für eine ökonomische Stärkung ist die Ausdehnung der Investitionen, die gerade in der Industrie, und zwar in den USA selbst, stattgefunden hat. Ein zweites Indiz ist der Ausgang der Währungskrise, der m. E. bereits wieder die Verschiebung des ökonomischen Kräfteverhältnisses reflektiert. Wurde Ende der 60er Jahren von den Nicht-US-Kommentatoren stolz vom Sturz des Dollars gesprochen, so wurden 1971/72 die Kommentare immer säuerlicher und schließlich war die Rede von der US-Erpressung. Tatsächlich wurde ja mit der Währungskrise die EG zurückgeworfen und wurde den schärfsten US-Konkurrenten, Japan und BRD, eine enorme Aufwertung als mittelfristiger Ballast angehängt.

(32) Siehe dazu die Überschlagsrechnung für die BRD in Anmerkung 26.

(33) Im bisherigen Krisenverlauf ist es nur dem Kapital in den USA gelungen, die Löhne absolut zu senken. In anderen Ländern (darunter auch die BRD) sind dagegen die Nettolöhne real auch in der Krise noch gestiegen.

(34) In den Ländern mit fortgeschrittener Arbeiterbewegung würde ein Staatsstreich zu einem anhaltenden Widerstand (Obstruktion) führen, selbst dann, wenn er auf der politischen Ebene der Zentralgewalt erfolgreich wäre. So wie die Aktionen in England, Italien und Frankreich aussehen, können die Herrschenden derzeit nicht damit rechnen, mit einem Staatsstreich die Akkumulation wieder auf für sie „gesunde" Grundlagen zu stellen. Siehe dazu auch „Diese Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise — Gespräch mit Nicos Poulantzas" Merve-Verlag, Internationale Marxistische Diskussion, Arbeitspapiere Nr. 15, S. 18—20. In Ländern mit weniger entwickelten Klassenkämpfen wie USA, BRD oder Japan sind entweder die ökonomischen Verhältnisse (Arbeitslosigkeit und Sozialversicherung in USA bzw. Japan) oder aber die Integrationskraft des bürgerlich-parlamentarischen Systems Gewalt genug. Ein Putsch würde diese Integrationsinstrumente entwerten.

(35) Mit „unabhängig" ist gemeint: was auch immer die Ursachen für eine so schwere Krise wie die gegenwärtige sein mögen, ab einem bestimmten Grad werden die Zirkulationsketten Kauf-Verkauf-Kauf so brüchig, daß allein von hier aus die Wahrscheinlichkeit für einen Kollaps steigt.

(36) Die Öl-Krise wurde oben in den Zusammenhang steigenden Kapitalaufwandes bei zunehmender Konzentration gestellt. Siehe das Kapital „Mehr Staat mehr Krise" und Anmerkung 19. Wenn also die mit der Öl-Krise verbundenen Kreditveränderungen die Ursache für einen weltweiten Kollaps bilden können, so handelt es sich damit um eine Konkretion der oben dargelegten Krisenursachen. Die Krisenpotenz, die mit diesem Kreditnetz verbunden ist, kann wesentlich geschwächt werden, wenn es zu einem neuen Aufschwung kommt, in dem die Schulden konsolidiert werden können.

(37) Die Staatsinterventionen, die direkt auf Ankurbelung ausgerichtet sind, bewegen sich weniger als früher im Ausgabenbereich, sondern in erster Linie in der Geldpolitik und der Einkommenspolitik.

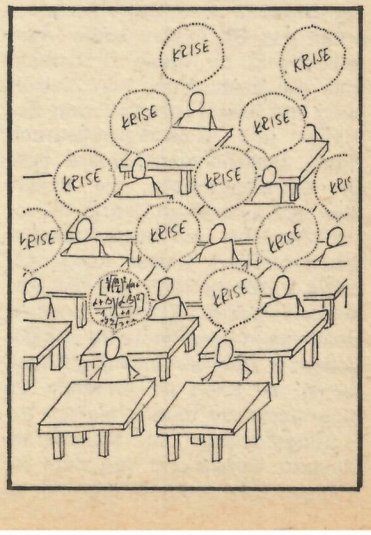
(38) Als Soll gilt hier die Menge von Kapital, die die sich in globaler Konkurrenz aufeinander beziehenden Kapitale zur Sicherung ihrer Konkurrenzposition auf Grund der zu erfüllenden technischen Voraussetzungen benötigen.

(39) In den Großbetrieben läuft diese Aushöhlung über die übertariflichen Zuschläge: was an tatsächlichem Lohn mehr bezahlt wird und wann, bestimmt mehr und mehr die Geschäftsleitung als die tarifpolitische Aktivität der gewerkschaftlichen Organisation. In den kleineren Betrieben läuf es über die Erpressung mit den Arbeitsplätzen: da die Profitsituation oft -schlechter ist, vor allem im Abschwung wird lohnpolitische Aktivität sofort mit der Konsequenz konfrontiert, daß über Pleiten Arbeitsplätze verloren gehen. Obwohl dies in einer Vielzahl von Fällen nur vorgetäuscht ist (z. B., um das Kapital ins Ausland zu bringen), tritt dies doch mit einer Häufigkeit auf, daß dies analytisch zur Kenntnis genommen werden muß. Systemfördernd, wie die Gewerkschaft in der BRD nun mal sich selbst versteht und wie sie noch mehr von der Masse der Arbeitenden verstanden wird, heißt das, daß gewerkschaftliche Aktivität in diesen Bereichen mehr und mehr als „störend" (von der Belegschaft) empfunden wird. Ausnahmen wie Erwitte sollten über diesen der Masse nach dominierenden Tatbestand — ein häßliches Resultat 20jähriger Gewerkschaftsarbeit auf Partnerschaftsbasis — nicht hinwegtäuschen.

(40) Dies spielt wohl in den USA eine große Rolle bei der Passivität der breiten Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krise.

(41) Dafür ist auch maßgebend, inwieweit die Finanzierungsmasse des Staates verschoben werden kann, von den fürs Kapital weniger wichtigen Aufgabengebieten weg hin zu den Projekten, die alsbaldigen Nutzen für die Unternehmen abwerfen. Dies wird für die USA von O'Connor (Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt 1974) kritisch analysiert. Daß solche Überlegungen auch bei den Herrschenden der BRD in affirmativer Weise diskutiert werden, zeigt ein Aufsatz von Scharpf Fritz W. Krisenpolitik, in Thema: Wirtschaftspolitik. Hrsg. von v. Oertzen u. a., Bonn 1974. Roland Roth wird darüber in einem Artikel zum SPD-Orientierungsrahmen in „links" einen Artikel veröffentlichen.

(42) Ursprünglich war beabsichtigt, auch die Konsequenzen für die sozialistische Politik zu diskutieren. Es sollte die These herausgearbeitet werden, daß wegen der Fähigkeit des kapitalistischen Kernbereiches, Krisenmomente inflationär zu verlagern und wegen der Fähigkeit des Staates zu einem Feuerwehrreformismus sozialistische Politik mehr als früher Kampagnen-Charakter annehmen wird und daß damit eine Tendenz zur Kaderbildung verbunden ist. Doch wurde diese, sich ja allein aus ökonomischen Überlegungen ergebende Argumentation, als „ökonomistisch fallengelassen. Die anderen Momente, deren Einbeziehung erst erlaubt, von sozialistischer Politik zu sprechen, schienen mir zu stark. Das ökonomisch Richtige hätte sich leicht zum politisch Falschen mausern können.



sb-organisierung

Kurzbericht über die Sitzungen des Delegiertenrats

Mit den organisatorischen Beschlüssen der Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro im Februar 1975 (siehe „links", Nr. 65) wurde der Delegiertenrat (der sich aus Vertretern der Regionen, Arbeitsbereiche, Projekte und dem AA zusammensetzt) als ein zentrales Diskussions- und Entscheidungsgremium des SB gebildet. Der DR konstituierte sich am 12./13. April (siehe „links", Nr. 66) und hatte inzwischen zwei weitere Sitzungen. Die konstituierende DR-Sitzung diente einer Bestandsaufnahme der örtlichen und regionalen Organisationsansätze. Auf der zweiten Sitzung am 31. 5./1. 6. 1975 wurde eine Einschätzung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des SB versucht. Die dritte DR-Sitzung am 28./29. Juni erörterte die möglichen Aktivitäten des SB gegen sich zuspitzende Repressionsstrategie staatlicher, wirtschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Institutionen gegen die Linke. Die „Bestandsaufnahme" über die politischen und praktischen Ansätze der verschiedenen Bereiche der SB-Arbeit und der Organisierung soll mit einer DR-Sitzung am 4./5. Oktober über die Arbeitsfeld-Konzeption und die Publizistik des SB zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Eine weitere Sitzung im Oktober soll die bisherigen Diskussionen aufarbeiten und die für November vorgesehene, auf die Strategiefindungs-Diskussion orientierte erweiterte Arbeitsgruppentagung des SB vorbereiten.

Die Diskussion im DR verläuft (in der gegenwärtigen Konstituierungsphase) noch recht widersprüchlich und offenbart sowohl unterschiedliche Erfahrungszusammenhänge als auch politische Differenzen über Zielsetzung und Schwerpunkte in der Weiterentwicklung der SB-Politik bzw. über die inhaltliche und praktische Ausrichtung von Aktionen. Dies zeigte sich bereits stärker in der zweiten DR-Sitzung, die eine Einschätzung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des SB leisten sollte. Ausgangspunkt für diese Diskussion über die Bestimmung von Zielsetzung und Praxis sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit waren Einschätzungspapiere einiger Betriebsgruppen, die bereits über einen längeren Zeitraum „vor Ort" Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Dieser Ausgangspunkt wurde gewählt, um die Diskussion über die Kriterien unseres Handelns mit den heute für uns gegebenen Realisierungsmöglichkeiten an der Basis zu vermitteln. Es ging also nicht darum, einfach Erfahrungsberichte zu diskutieren, sondern, ausgehend von dem jeweiligen Erfahrungshintergrund, zu politisch-strategischen Einschätzungen zu gelangen, insbesondere auf die Fragen „Wie bestimmen wir sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit?" — „Welche Ansatzpunkte haben wir zur Realisierung des Anspruchs einer sozialistischen Strategie in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit?" — „Wie ist nach den Erfahrungen in der Praxis das Verhältnis von sozialistischer Zielsetzung und realisierbaren Schritten?".

Natürlich war es nicht möglich, in dieser ersten, die Arbeitsfelder und Arbeitsbereiche des SB übergreifenden, Diskussion über Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit auf die gestellten Fragen schlüssige Antworten zu finden. Es ist an dieser Stelle auch nicht möglich, die vorgelegten Einschätzungspapiere und die zweitägige Diskussion zu referieren. Hier jedoch einige Stichpunkte. Tendenziell unterschiedliche Einschätzungen ergaben sich z. B. in strategisch-taktischen Fragen oder zur Gewerkschaftslinie. So hält es nicht jede Gruppe gegenwärtig für zweckmäßig, in Betrieb und Gewerkschaft offen aufzutreten, wenn auch überwiegend offene Arbeit, die sich von den Kollegen an den Trägern dieser Arbeit orten läßt, als wesentlich für eine Basiserweiterung vorausgesetzt wird. Nur so sei es überhaupt möglich, in Konflikten den notwendigen Rückhalt zu finden, sei es für Solidarisierung, um einen Angriff abzuwenden, sei es für argumentatives und agitatorisches Vorantreiben offensiv geführter Betriebsauseinandersetzungen, aber auch (jedoch in geringerem Maße) in Gewerkschaftsversammlungen. Nicht übereinstimmend sind auch die Einschätzungen dazu, unter welchen spezifischen Bedingungen die vom SB einheitlich vertretene Position „In den Gewerkschaften arbeiten!" fragwürdig werden könnte. So wurde einerseits eine klare Gewerkschaftslinie für Sozialisten gefordert, die das SB verbindlich zu definieren hätte, andererseits stärker darauf verwiesen, daß unter den jetzigen Bedingungen die Erwartungen, die solchermaßen mit einer Gewerkschaftslinie verknüpft werden, weniger weiterhelfen als vielmehr die Fähigkeit, sich in der Kollegenschaft und in betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen (Vertrauensleutekörper, Betriebsrat, Vertreterversammlung) zu verankern. Unter diesem Aspekt müßten nach den Ergebnissen der Betriebsratswahl 1975 insbesondere auch die zukünftigen Arbeiterfahrungen der neu gewählten linken Betriebsräte noch genauer untersucht werden. Schwierigkeiten ergaben sich auch bei Versuchen, die Frage zu beantworten, wo die Scheidelinie verläuft, daß auch Sozialisten als Funktionsträger Vertreterpolitik im schlechten Sinne betreiben könnten, indem sie zwar Forderungen der Kollegen durchsetzen, aber doch ohne deren aktive Beteiligung. Zu wenig konnten die Probleme der „Einzelkämpfer" (siehe Erfahrungsbericht „Einzelkämpfer in der Provinz" in „links", Nr. 68) diskutiert werden. Die Zahl von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten, die sich als Sozialisten am SB orientieren bzw. im SB organisiert sind und die im Betrieb politisch allein auf sich gestellt sind, ist erheblich.

Übereinstimmend konnten einige nächste Schritte bestimmt werden. Überregional sollte die Diskussion neben der Fortführung der „express"-Redaktionskonferenzen und der branchenspezifischen Konferenzen durch eine Arbeitstagung aller Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, die „in der Produktion arbeiten", fortgeführt werden, um Übereinstimmungen und Differenzen im Kreis derer, die Träger der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des SB sind, genauer definieren zu können. In den Regionen und vor Ort geht es vor allem darum, den Aufbau von sozialistischen Betriebsgruppen zu fördern und über Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft den Erfahrungsaustausch unter den Gruppen, unter Einbeziehung der „Einzelkämpfer", zu intensivieren. Die Betriebszeitung als Sprachrohr der Gruppe und als Aufklärungs- und Agitationsmedium wurde übereinstimmend als eine wichtige Voraussetzung für eine auf Breitenwirkung ausgerichtete sozialistische Betriebsarbeit anerkannt. Solche Betriebszeitungen zu fördern, wird als zentrale Aufgabe der örtlichen SB-Gruppen angesehen.

Während die Diskussion über die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unter dem Gesichtspunkt einer vorläufigen Bestandsaufnahme zu beurteilen ist und nicht auf „verbindliche Beschlüsse" zugespitzt wurde, verlief die dritte DR-Sitzung wesentlich kontroverser, weil hier ein konkreter Aktionsvorschlag (für einen zentralen Anti-Repressions-Kongreß) zur Entscheidung stand. Dieser Vorschlag (der von einer Kommission des Arbeitsausschusses ausgearbeitet worden war) sah vor, daß im Herbst dieses Jahres eine offene, große Veranstaltung gegen ökonomische und politische Repression stattfinden sollte, mit Kundgebung, Demonstration und vier Forumsveranstaltungen, konzentriert auf die politisch-zentralen Bereiche Repression im Betrieb, Repression im öffentlichen Dienst, Repression im Medienbereich und auf die Frage: Was heißt „Kampf um Verfassungspositionen"? Zur Begründung hieß es in dem Vorschlagspapier u. a.: „Mit dem vorgeschlagenen Kongreß geht es für das SB nicht darum, irgendeinen Führungsanspruch anzumelden oder mit anderen vornehmlich gegen das Berufsverbot gerichteten Aktivitäten zu konkurrieren. Vielmehr ist es darum zu tun, innerhalb der breiten Front, die sich gegenwärtig im Kampf gegen Berufsverbote herausbildet, einen spezifischen, inhaltlichen Beitrag zur Problematik der ökonomischen und politischen Repression zu leisten und auf dieser Grundlage zur Strategiefindung beizutragen. Dabei wird es vor allem darum gehen, die qualitativ neue Strategie der Unterdrückung und der Einschüchterung von politischen Aktivitäten in Form der Berufsverbote, aber auch die Wirkungen ökonomischer und politischer Repression in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen, die dem öffentlichen Sektor vorgelagert sind und mit einer Anti-Berufsverbots-Kampagne, die sich auf ihren eigentlichen Anlaß beschränkt, gar nicht erfaßt wer-

Arno Münster
Portugal

Jahr 1 der Revolution
Eine analytische Reportage

Bericht von einem, der da war und die Etappen des portugiesischen Emanzipationsprozesses beschreibt. Er gibt Antworten auf unsere Fragen: Was ist der Motor der wachsenden Mobilisierung des Volkes? Ist die Armee der Garant der Revolution? Wie sind die Kommunisten und Sozialisten einzuschätzen, wie die Rolle der Radikalen Linken?

144 Seiten. DM 8.- (Abo: 7.-)
erscheint am 20. August 1975

RRRRR
Rotbuch Verlag
1 Berlin 30
Potsdamer Straße 98
Tel. 2 611196

DR-Antrag I

Für einen Anti-Repressions-Kongreß. (Dieser Antrag erhielt 17 von 40 Stimmen und wurde damit abgelehnt.)

1. Es wird ein zentraler breiter Anti-Repressionskongreß noch in diesem Jahr veranstaltet. Der Aufruf und die inhaltliche Vorbereitung des Kongresses basieren auf einer SB-Argumentation.
2. Einlader ist der SB-Delegiertenrat, unterstützt durch Personen aus spezifischen Arbeitsbereichen (Beispiel Betriebsräte, Wissenschaftler, Juristen, Medienarbeiter usw.).
3. Der Kongreß ist öffentlich. Die Einladung richtet sich an SB-Sympathisanten im weitesten Sinne bzw. an Gruppen und einzelne Genossen, die sich politisch am SB orientieren bzw. zur engeren Kooperation mit dem SB bereit sind. Die Einladung läuft über die Publikationen des SB, über die Arbeitsfelder, Regionen, örtlichen SB-Gruppen und SZs sowie über Initiativen, die nicht parteipolitisch gebunden sind.
4. Die Kongreß-Konstruktion orientiert auf die Arbeitsansätze des SB (im weitesten Sinne unter dem Vorzeichen der Repression und der Verbindung von Arbeitsfeldern). Dazu kann der Kommissions-Vorschlag in den Punkten XII–XX aufgegriffen werden.
5. Ziele
a) Strategische Ansatzpunkte und Arbeitsmöglichkeiten der Bereiche gegen Repression in lokalen Initiativen, in Betrieben, in Institutionen, in Gewerkschaften;
b) Der Kongreß dient über die inhaltliche Vorbereitung und die Mobilisierung vor Ort der Basis-Erweiterung;
c) Repression als langfristiges Problem erfordert, daß der Kongreß auf langfristige Arbeitsmöglichkeiten orientiert.

den, zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu diskutieren."
Die wesentlichste Auseinandersetzung über das Für und Wider eines solchen Kongresses polarisierte sich (neben weiteren Aspekten wie Befürchtungen, ein solcher Kongreß könne sich in Konkurrenz mit anderen linken Gruppen verschleißen oder der Abneigung gegen ständig „neue Aktionsvorschläge des AA") vor allem an der Frage, ob das Kongreß-Konzept der strategisch richtige Ansatz sein könne. Die Befürworter des Kongresses argumentierten in der gegenwärtigen Phase verstärkter Repression müsse das SB sein erhebliches Sympathisanten-Umfeld mobilisieren und dazu beitragen, daß sich die Genossen für die sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit der Repression stabilisieren. Es gelte, dem erzeugten Klima der Angst jetzt offensiv entgegenzutreten, bevor sich verbreitete Resignation durchsetze. Dem wurde entgegengehalten, daß ein solches Unterfangen scheitern müsse, solange das SB sich nicht auf eine Strategie verständigt habe, von der ausgehend auch eine Konzeption für den Widerstand gegen die Repression entwickelt werden müsse. Ein solcher Kongreß könne keine nachhaltigen Folgen haben (auch nicht die intendierten), wenn er nicht konzeptionell gesichert sei. Zudem gäbe es bereits vielfältige örtliche Initiativen, in denen auch Genossen des SB mitarbeiten. Deshalb käme es jetzt vordringlich darauf an, die Strategiebestimmung im SB voranzutreiben und hier die Repressionsproblematik einzubeziehen. Dazu wurde eine erweiterte Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro vorgeschlagen. Die kontroverse Diskussion gipfelten in zwei Anträgen, über die alternativ abgestimmt wurde. Der Antrag I (für einen Anti-Repressions-Kongreß) wurde bei 17 Stimmen dafür abgelehnt, und der Antrag II (Primat Strategiefindung über eine erweiterte Arbeitsgruppentagung) mit 23 Ja-Stimmen angenommen (Wortlaut der Anträge, siehe Kasten).
Es würde sicher dem gegenwärtigen Klärungsprozeß (und der durchaus möglichen Verständigung) vorausgreifen, wollte man heute bereits eine abschließende Einschätzung der bisherigen DR-Diskussionen versuchen. Ohne damit die tatsächlichen inhaltlichen Differenzen unter den Teppich kehren zu wollen, ist es gewiß nicht abwegig, davon auszugehen, daß die bisher aufgetretenen Kontroversen ganz erheblich auch aus den unterschiedlichen und ungleichzeitigen Erfahrungen aus der jeweiligen Praxis der Delegierten resultieren. Die hier notwendige Vermittlung ist noch zu leisten. Das erfordert auch, die Kontroversen im DR – die ja gewissermaßen den disparaten Zustand des SB insgesamt widerspiegeln – offen auszutragen, nicht zuletzt um die wirklich strittigen Punkte von den vermeintlichen trennen zu können. Dazu kann sicher sowohl die erweiterte Arbeitsgruppentagung als auch die mit dieser „links" wieder aufgenommene Strategie-Diskussion beitragen, obwohl die Erwartungen in eine kurzfristig zu erreichende verbindliche Vereinheitlichung des SB nicht zu hoch geschraubt werden sollten, wie es der Mehrheitsbeschluß des DR erwarten lassen könnte. M. E. zeigt die mehrheitliche Entscheidung gegen eine SB-Initiative, wie sie mit dem Anti-Repressions-Kongreß vorgeschlagen wurde, nicht zuletzt ein Ausweichen vor den politischen Handlungsnotwendigkeiten, vor die sich der DR als ein wichtiges Entscheidungsorgan des SB noch oft gestellt sehen wird.

KLAUS VACK

(Die Materialien zu den bisherigen DR-Sitzungen wurden allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zugänglich gemacht. Sie sind noch in begrenzter Zahl vorrätig und – gegen Voreinsendung von DM 3,– in Briefmarken – beim SB erhältlich.)

DR-Antrag II

Primat Strategiefindung über eine erweiterte Arbeitsgruppentagung im November 1975. (Dieser Antrag erhielt 23 von 40 Stimmen und wurde somit als Beschluß angenommen.)

1. Das Sozialistische Büro hat innerhalb der Antirepressionskampagnen zwei Aufgaben: erstens Hilfestellung bei lokalen und regionalen Initiativen gegen die ökonomische und politische Repression, insbesondere gegen die Berufsverbote. Alle Genossen werden aufgefordert, sich entsprechend ihren Möglichkeiten an solchen Initiativen zu beteiligen. Das SB kann nicht die Trägerschaft für Aktivitäten der Initiativen und Kampagnen beanspruchen oder übernehmen, da dies einmal die Möglichkeiten des SB theoretisch und praktisch überfordern würde und zum zweiten die politische Breite der Initiativen gefährden könnte. Zweitens: Das SB muß in die Kampagnen und Initiativen eine autonome sozialistische Position einbringen. Dies setzt einen Prozeß der Klärung über die gewandelte Situation in Westdeutschland unter den Bedingungen der „zweiten Restaurationsphase", den Prozeß der Entwicklung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse, den Zustand der gesamten Linken und der strategischen Möglichkeiten gerade der im Sozialistischen Büro organisierten Sozialisten in praktischer Absicht voraus. Ein solcher Klärungsprozeß muß ausgehen von den bereits vorhandenen Positionsbestimmungen innerhalb des SB; speziell in seinen Publikationen.
2. Dazu veranstaltet das Sozialistische Büro im November 1975 eine zentrale erweiterte Arbeitstagung, an der a) die Mitglieder teilnehmen und die b) offen ist für diejenigen Beteiligten an Antirepressionsinitiativen, die in einem Diskussions- und Kooperationszusammenhang mit dem Sozialistischen Büro auf lokaler, regionaler oder zentraler Ebene stehen. Auf der erweiterten Arbeitsgruppentagung wird die Klärung der Position des Sozialistischen Büros zur politischen Repression in den Zusammenhang der Thesendiskussion, der Bestimmung der Aufgaben der Arbeitsfelder, insbesondere des Arbeitsfeldes Betrieb und Gewerkschaften, und der Publikationen des Sozialistischen Büros gestellt. Nur dann ist es gewährleistet, daß keine sich verselbständigende Kampagne entsteht. Die Arbeitsgruppentagung ist Ausgangspunkt für einen Diskussionsprozeß auf allen Ebenen des SB. Sie muß auf einer im Oktober vorausgehenden Delegiertenratssitzung vorbereitet werden.
3. Die Aufgabe des Sozialistischen Büros im Rahmen der Anti-Repressionskampagne besteht erstens darin, die praktische Solidarität mit den Betroffenen zu erweitern, zweitens hat das SB die wichtige Aufgabe, mittelfristig mit einer ernsthaften und begründeten sozialistischen Position sich in die Lage zu versetzen, sinnvoll in Antirepressionskampagnen mitzuwirken und diese Arbeit in den Rahmen sozialistischer Politik des SB zu integrieren.
4. Das Sozialistische Büro unterstützt einen nationalen Kongreß der lokalen und regionalen Kampagnen, wenn aus deren Kreis die Initiative zu einem solchen Kongreß ergriffen wird. Das SB wird nicht anstelle der Kampagnen, Aktionskomitees usw. gegen die politische Repression die Initiative dafür übernehmen.

zuschrift [redacted]

Zur Kritik an Vilmar („links" Nr. 68)

Das Sozialistische Büro hat – soweit ich das von außen verfolgen konnte – seit seinen Anfängen die Zirkel-Arbeit abgelehnt und eine Arbeit auf breiter politischer Basis aufzubauen versucht. Deshalb gehört meiner Meinung nach zu der berechtigten Kritik an Vilmar auch die Würdigung für das Buch von Crusius, Dutschke und Wilke und die Beiträge der anderen Genossen (rororo aktuell 1875). Man kann nicht durch die Kritik an 30 Seiten die Diskussion von 300 Seiten zur Seite schieben, wenn man nicht lügen will, indem man verschweigt ...
... Ich halte den Beitrag Vilmars zwar für völlig verfehlt, aber nicht für völlig unverständlich. Irgendwann müssen die Linken in der BRD schließlich auch die Diskussion darüber beginnen, ob die von der DKP praktizierte Kaderpolitik den Sozialismus in der BRD wirklich vorwärts bringt. Wer mitansieht, wie die DKP ihre eigenen Genossen als herzeigbare Opfer des Radikalenerlasses mißbraucht, wie DKP-Mitglieder im Gewerkschafts-Apparat helfen, aktive Kollegen aus den Betrieben kalt zu stellen und opportunistisch sich unterwerfen, wie DKP-Mitglieder als Vertreter der obskursten Gruppen aus dem Münchner Chile-Komitee gegen den Protest der Jusos die einzigen Lateinamerikaner, die diesem Chile-Komitee angehörten (die AELA) aus dem Komitee verdrängten, wie auf DKP-Veranstaltungen jede nicht von der DKP gesteuerte Chile-Initiative totgeschwiegen wird, der wird um die Diskussion dieses Problems nicht herumkommen. Schließlich müssen wir uns alle fragen, was wir vielleicht in der DDR zu sagen hätten und ob wir dort Berufsverbot bekommen würden (siehe Biermann, Harich, Havemann). Wir müssen uns fragen, ob wir als „Abenteurer" kaltgestellt würden, wenn hier in der BRD einmal der Sozialismus erkämpft worden sein sollte und die DKP auch einen Zipfel der Macht in der Hand hätte. (Damit auch hier keine Mißverständnisse entstehen: ich halte z. B. die Politik von Soares in Portugal für von der SPD bezahltes Abenteuertum, das ich auch politisch bekämpfen würde.) Die Diskussion über Theorie und Praxis der DKP in der BRD muß geführt werden, auch wenn die DKP selbst oder andere Linke sie sofort als „antikommunistisch" zu diffamieren versuchen werden. Und natürlich muß die Diskussion auch über Theorie und Praxis der von der DKP selbst als Vorbild bezeichneten SED und KPdSU geführt werden, weil deren erlebbare Praxis dem Kampf für den Sozialismus in der BRD einen nur schwer zu überwindenden Mühlstein an die Beine gehängt hat.
Natürlich muß eine solche Diskussion solidarisch geführt werden, sie darf DKP-Genossen nicht der Radi-

Verlag Frauenoffensive
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Extra-Journal: Dokumentation der Münchner Frauenzentren gegen den § 218

Wir sind Frauen
Wir sind viele
Wir haben die Schnauze voll

Das Journal enthält Reden, die auf der Frauen-Großveranstaltung gegen den § 218 am 15.2.75 in München gehalten wurden.
* Beratungsdienst in den Zentren
* Juristische Realität
* Bericht einer legalen Abtreibung
* Das Urteil und die Reform des § 218 – zwei Spielarten frauenfeindlicher Politik
* Sexualität und Abtreibung
* Selbsthilfe als Antwort auf die patriarchalische Medizin

20 Seiten DM 2.00

kalen-Jagd freigeben. Und sie muß nüchtern geführt werden, nicht in der Art, wie sie Reaktionäre, angebliche Maoisten aus der BRD und tatsächliche Maoisten aus der VR China, in seltsamer Eintracht üben. Einen solchen solidarischen und nüchternen Versuch der Diskussion beginnt das Buch, das die Genossen Crusius, Dutschke und Wilke herausgegeben haben.

Ich finde es schon wichtig für die gesamte Linke, daß hier zum ersten Mal versucht wird, die unumgängliche Diskussion über den sogenannten Systemkritiker Solschenizyn endlich in Gang zu bringen und zugleich den Hintergrund der Systemkritik der in der UdSSR oder anderen osteuropäischen Staaten arbeitenden Genossen zu erhellen, die dort mit Schikanen, Berufsverbot und Gefängnis verfolgt werden, weil sie sich einen anderen Sozialismus vorstellen, als den von oben verordneten Sozialismus, den sie erleben.

Und ich finde es ebenso wichtig, daß hier zum ersten Mal versucht wird, eine Diskussion von verschiedenen politischen Standorten aus, die nicht verwischt werden, trotzdem gemeinsam zu führen. Seit dem Zerfall der APO haben wir uns in der BRD ja daran gewöhnen müssen, daß jede noch so kleine Gruppe, Sekte oder „Partei" sich selbst als Gralshüter der Revolution ansieht und sich vor allem bemüht, alle anderen Gruppen viel schärfer zu kritisieren, als die Zustände, unter denen wir alle gemeinsam immer noch leben müssen. Genau diesen Fehler macht auch Vilmar. Natürlich müssen Unterschiede klar bleiben und die Kritik an Theorie und Praxis konsequent geführt werden. Aber die Diskussion muß das Ziel haben, unterschiedliche Analysen und Praxis auf möglichst breiter Basis zu vereinheitlichen und nicht das kleine Häuflein der Linken weiter zu spalten. Nur gemeinsam gegen das Kapital und nicht im Kampf gegeneinander kann der Sozialismus in der BRD überhaupt vorwärts gebracht werden. Wer diesen Willen zur Gemeinsamkeit nicht hat, der hat in Wirklichkeit nicht die Absicht, etwas für den Sozialismus zu tun.

SIEGMAR GEISELBERGER

Genossen mit Kindern

Mit dem April-74-Seminar: „Persönliche Emanzipation und politische Arbeit" wollten wir an die notwendige inhaltliche und organisatorische Arbeit in Bezug auf Wohnkollektive, Strukturen der Gegenöffentlichkeit etc. gehen. An dem darin enthaltenen Widerspruch sind wir zunächst selbst praktisch gescheitert. — Wir besitzen eine ehem. Schule (600 qm) mit Garten, 80 km entfernt von Frankfurt (an der B 40) und planen zusätzlich eine Stadtwohnung in Frankfurt (Uni). — Wir (5 Erwachsene und ein Kind (6 J.)) suchen jetzt Genossinnen/Genossen mit Kind/ern für unser Einzelkind und für eine zunächst auf gemeinsamer Reproduktion (Kinder, „Hobbys", pol. abklärende Gespräche ...) basierende langfristige Wohngemeinschaft. — Weitere kollektive politische Arbeit (z. B. Aufgreifen des o. a.) soll aus unsrer neuen Gruppe entstehen ... — Die Anzeige ist allerdings nicht zufällig in „links". — Ruf uns an, Genossin/Genosse!

Wohn- & Arbeitskollektiv e.V., 6491 Ulmbach, Schulstraße 18, Telefon 06667 - 222.

aktionen

Schulstreik gegen „Sparmaßnahmen" in Hamburg

Am 18. Juni, wenige Tage vor den Schulferien, kam es in Hamburg zu einer Protestdemonstration gegen die Sparmaßnahmen des Senats im Bildungsbereich, die immerhin so beeindruckend war, daß die überregionalen Nachrichtensendungen der Fernsehanstalten sie einer Meldung für wert befanden. „Bild" sprach vom „größten Schulstreik Deutschlands", die SPD-nahe Morgenpost meldete eine Beteiligung von 6500 Menschen, andere Schätzungen sprechen von 10 000 bis 12 000. Eltern, Schüler und Lehrer protestierten nach monatelangen isoliert geführten Auseinandersetzungen erstmals mit geballter Kraft. Und so ist denn auch weniger die absolute Zahl demonstrierender Menschen das Bemerkenswerte, als vielmehr die beispiellose Geschlossenheit auf seiten der von den Sparbeschlüssen Betroffenen. Eine Geschlossenheit, bei der die politischen Standorte keine Rolle mehr zu spielen schienen. Der Hamburger Senat hatte es fertiggebracht, alle gegen sich aufzubringen: von der CDU bis zur KB-nahen „Aktionseinheit". (Der SPD-Abgeordnete Tormin konnte der CDU vorhalten, sie begebe sich mit ihrer Solidarität in eine gefährliche Nähe von Begriffen wie „Volksfront". Tatsächlich versuchte die CDU auf der populären Protestwelle mitzuschwimmen, was aber zumeist als unaufrichtiges Manöver erkannt wurde.) Losungen wie „Haut den Senatoren den Rotstift um die Ohren" oder „Apel heißt er, uns bescheißt er" (gemeint ist Günter Apel, der Hamburger Schulsenator) entsprachen durchaus der allgemeinen Stimmung.

Was war geschehen?

Der Hamburger SPD/FDP-Senat, der sich gerne als Vorreiter für bundesweite Tendenzen begreift (der berüchtigte Radikalenerlaß geht auf seine Initiative zurück), setzte in den Monaten Februar bis April 1975 konjunkturpolitische Zeichen: Sparen, sparen, nochmals sparen, sei es nun bei den Polizeipferden, beim Strafvollzug oder bei den Schulen. Gilt es doch, die Folgen der kapitalistischen Krise gleichmäßig zu verteilen: Einsparungen im Ausbildungs- und Sozialsektor für die Bevölkerung, Investitionshilfen für die Unternehmer. Es wurde und wird der Versuch gemacht, eine regelrechte Sparmentalität zu erzeugen. Das ist daran ersichtlich, daß bewußt öffentlichkeitswirksame Sparmaßnahmen, die an sich finanziell wenig einbringen, getroffen werden. (Kommst du als Tourist nach Hamburg, so halte immer drei Groschen bereit: Die Toilettenbenutzungsgebühr erhöhte sich von 20

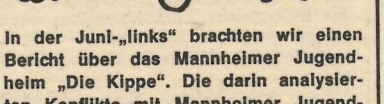
Aus der neuen Hamburger Creation: Charaktermaske Typ „sachzwang".

„Es gehört auch zur Qualifikation eines Politikers, daß er gelegentlich seiner Basis gegenüber nein sagt, daß er, solange er die Entscheidungskompetenz hat, entscheidet nach seiner Überzeugung und nicht als Inspektor einer Basis." (Klose)

auf 30 Pfennig.) Im Schulbereich ist unter dieser Rubrik von Sparmaßnahmen der Wegfall der Lernmittelfreiheit für die sogenannten kleinen Lernmittel zu nennen (Stifte, Hefte, Farbkästen, Radiergummis u. ä.). Diese bislang im Hamburger Schulwesen verankerte soziale Leistung war Hamburgs Stolz; jetzt dürfen die Hamburger stolz sein auf die Geschwindigkeit, mit der hier ein Gesetz aufgrund konjunktureller Erfordernisse geändert werden kann. 150 Millionen DM sollen durch Streichung von geplanten Schulbauten eingespart werden. Auch dieses ist eine mehr volkserzieherisch gemeinte Maßnahme; denn in erster Linie komme es darauf an, kräftig im Personalhaushalt und bei den Sachausgaben zu sparen, in den Investitionshaushalt aber müsse eingegriffen werden „nicht so sehr aus finanziellen Gründen, ... als vielmehr aus Gründen der Durchsetzung. Man wird den Personalhaushalt nicht reduzieren können, wenn man nicht gleichzeitig signalisiert, man spare auch in anderen Bereichen erheblich." (So Hamburgs Bürgermeister und künftiger Bundesratspräsident Klose in seinem „aufsehenerregenden Vortrag": „Von der Unregierbarkeit der Städte", vgl. FR vom 25. 7. 75, S. 14). Diese Werbemaßnahme für das allgemeine Sparen erscheint besonders unsinnig, wenn man gleichzeitig die Bundesregierung davon reden hört, es sei notwendig, die Bauindustrie zu stützen. Sie hat den Effekt, daß Erweiterungsbauten für Berufsschulen und der Neubau zweier Berufsschulzentren entfallen, statt dessen Volks- und Realschulen „leerorganisiert" (amtlicher Sparjargon!) werden, was sich angesichts sinkender Schülerzahlen infolge des „Pillenknicks" gerade zu anbiete. Folge: Ganze Schulen werden aufgelöst und ihre menschlichen Inhalte auf andere Schulgebäude verteilt. Daraus wird sich eine Wanderung von schätzungsweise 17 000 Schülern ergeben, nebenbei erhöhen sich noch die Klassenfrequenzen. Grundschulklassen, die durch glückliche Umstände unter der Orientierungsfrequenz von 34 liegen, werden rücksichtslos aufgelöst oder aufgefüllt. (Jetzt haben es wieder alle gleich schlecht: Gerechtigkeit.) Unterrichtsstunden werden gestrichen, wovon vor allem die sozialwissenschaftlichen Fächer sowie Kunst und Sport betroffen sind. Als Ausgleich soll es dafür zwei Tage weniger Ferien geben. Besonders grassierend und die Schulmisere verschlimmernd sind die Kürzungen von Planstellen. Im Bereich Schule werden 787, im Bereich Jugend 16 Planstellen gestrichen, was man dadurch erreicht, daß man nicht mehr alle freiwerdenden Planstellen durch Absolventen des Studienseminars bzw. der Fach- und Fachhochschulen besetzt. Zum Einstellungstermin August 1975 liegen für den Volks- und Realschulbereich 560 Bewerbungen vor (davon 36 Absolventen des Studienseminars). Nur 98 erhalten eine Stelle gemäß ihrer Ausbildung, 27 werden in Sonderschulen, 25 in Berufsschulen untergebracht, die restlichen 410 sind bis auf 84 effektiv Arbeitslose mit Halbjahresverträgen abgespeist worden, von denen sicher ist, daß sie zum 1. 2. 1976 nicht erneuert werden. Dann wird es nämlich überhaupt keine Einstellungen geben. Folge: Im Februar 1976 werden wir in Hamburg etwa 700 ausgebildete aber arbeitslose Lehrer haben.

Die Auslese erfolgt nach Bedarf und Eignung (wozu außer der Prüfungsnote auch gewisse charakterliche Qualitäten zählen). Wer sein 2. Staatsprüfung mit 3 oder 4 abschließt, kann seinen Beruf an den Nagel hängen, er hat umsonst studiert; denn einen Bonus durch langes Ausharren auf der Warteliste wird es nicht geben. Die Frustration ist eine ganz erhebliche, ebenso bei den Studenten mit 1. Staatsexamen: Auch sie haben nur mit 1 oder 2 einen Platz im Studienseminar sicher; denn den Bewerbungen von 453 stehen im Gymnasialbereich nur 260 Ausbildungsplätze gegenüber; noch schlimmer bei den VR-Referendaren: 693 Bewerbungen bei 360 Plätzen. Dazu kommen noch mehr als 200 arbeitslose Erzieher und Sozialpädagogen. (Siehe hierzu auch den Kasten „Einsparungen bei der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Hamburg.)

Das schlägt durch, momentan noch nicht voll, aber im nächsten Jahr schon. Das merken nicht nur Lehrer (in Form von verschlechterten Arbeitsbedingungen) und Studenten (in Form von Prüfungsneurosen und Existenzängsten), das merken diesmal auch die Objekte unserer



In der Juni-„links" brachten wir einen Bericht über das Mannheimer Jugendheim „Die Kippe". Die darin analysierten Konflikte mit Mannheimer Jugendlichen veranlaßten eine Gruppe von Sozialarbeitern zu einer umfangreichen Gegendarstellung, die wir aus Platzmangel jedoch leider erst in der Oktober-„links" abdrucken können.

Die Redaktion

Ezequiel Ponce und Carlos Lorca, Führer der PS Chiles, in Lebensgefahr

Am 25. Juni 1975 wurde Carlos Lorca, Generalsekretär der Sozialistischen Jugend Chiles und Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei in Santiago von Kräften des militärischen Geheimdienstes festgenommen. Dasselbe geschah Mitte Juli mit Ezequiel Ponce, ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei und seit Mai dieses Jahres ausdrücklich als Führer des Widerstandes der Partei in Chile bestätigt.
Ezequiel Ponce ist seit langer Zeit ein anerkannter Arbeiterführer. Carlos Lorca, Arzt, 32 Jahre alt, führt seit mehreren Jahren die Sozialistische Jugend.
Der Ort, an dem Ponce und Lorca gefangengehalten werden, ist bis heute unbekannt. Die Militärjunta hat bis jetzt ihre Festnahme geleugnet. Angesichts der Tatsache, daß Ponce und Lorca seit dem 11. September 1973 im Untergrund gearbeitet haben und sich während mehr als 21 Monaten der Verfolgung entziehen konnten, ist die Gefahr groß, daß sie brutalsten Foltern unterworfen werden. Das Leben beider sozialistischer Führer ist in großer Gefahr.
Unter diesen Umständen ist es von großer Bedeutung, daß die Militärjunta so schnell wie möglich ihre Festnahme eingesteht und ihren Aufenthaltsort bekanntgibt. Briefe und Karten mit dieser Aufforderung können gerichtet werden an
General Augusto Pinochet
Edificio Diego Portales
Avenida Bernardo O'Higgins
Santiago de Chile.

Weitere Informationen sind erhältlich über Komitee „Solidarität mit Chile", 1 Berlin 12, Savignyplatz 5.

Bildungswesens unmittelbar. Hatten sie noch den allzu schleppenden Fortgang der versprochenen Bildungsreform und später die „Konsolidierung des Erreichten" ohne größeren Protest über sich ergehen lassen, so wurden sie angesichts eindeutiger Verschlechterungen im Bildungsbereich rebellisch. Dazu mag die Beobachtung beigetragen haben, daß Staatsgelder für Zwecke der Industrieansiedlung durchaus verschleudert wurden: Das Fiasko mit dem von Hamburger Steuergeldern finanzierten Aluminiumwerk Reynolds ist allgemein bekannt (s. „Spiegel" Nr. 44/74). Hier ergab sich, nachdem sich nicht nur der Gemüse und Obst vergiftende Charakter, sondern auch die Unrentabilität des Unternehmens erwiesen hatte (die Aluminiumpreise waren unerwartet gefallen), ein Verlust von 400 Millionen DM, ein weiterer steht ins Haus, denn Hamburg hat für die amerikanischen Investoren (Eigeninvestition: 30 Millionen DM) eine Bürgschaft übernommen. Und das alles, um 1200 unsichere Arbeitsplätze zu schaffen. Ein gewisser Unwille mag sich auch angesammelt haben angesichts solcher Prestigeobjekte wie des Congress-Centrums in „Planten un Blomen".

Reaktionen der Betroffenen

Zunächst wehrten sich Eltern in den Bereichen, wo die Sparmaßnahmen unmittelbare Verschlechterungen der Lernbedingungen ihrer Kinder brachten: bei Klassenzusammenlegungen und bei Schulschließungen. Da Hamburg ja das demokratischste Schulverwaltungsgesetz der Bundesrepublik, nämlich ein im Jahre 1973 unter Anleitung des heutigen Bürgermeisters Klose erstelltes Schulverfassungsgesetz, besitzt, konnten die protestierenden Eltern glauben, in ihm ein wirksames Mittel für ihre Interessenvertretung gegenüber dem Senat zu besitzen. Sie machten im Verlauf der Auseinandersetzung gegenteilige Erfahrungen und zogen die Konsequenzen: Bildung unabhängiger Elterninitiativen.
Hier einige Reaktionen der Betroffenen:

■ Bei Bekanntwerden der vorgesehenen Einsparungen bekunden die Eltern- und die Schülerkammer ihren Widerspruch.

■ Die Eltern der von Auflösung bedrohten Schule Burgstraße wehren sich, nachdem ihre Eingaben und Anfragen hinhaltend beantwortet worden sind, in einer Protestversammlung. Sie fordern die Einhaltung des Schulverfassungsgesetzes (SchVG), welches vorsehe, daß die Betroffenen bei Schulschließungen rechtzeitig zu hören seien.

■ Die Eltern der Gesamtschule Steilshoop drohen mit einem Schulstreik, falls die gesundheitsschädliche Klimaanlage in dieser supermodern ausgestatteten Renommierschule nicht repariert werde – dies eine Forderung, die mit den Sparmaßnahmen nicht ursächlich zusammenhängt, aber die Zustände an den Schulen ins Gerede bringt.

■ Eltern der Schule Schottmüllerstraße, deren Kinder von Klassenzusammenlegungen betroffen sind, veranstalten nach der Erfahrung, daß ihre Mitbestimmungsrechte auf dem Papier des SchVG zwar bedeutend aussehen, aber praktisch an der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Behörde nichts ändern, eine Demonstration.

■ Die Eltern der Schule Steilshoop organisieren nach erfolglosen Warnstreiks den unbefristeten Schulboykott und erreichen nach 4 Tagen die Zusage, daß die Klimaanlage repariert werde.

■ 1000 Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik streiken 3 Tage lang, um damit gegen die Kürzung ihres Studiums von 8 auf 6 Semester zu protestieren. Anfang Juni boykottieren die Studenten des Fachbereichs Erziehungswissenschaft den Lehrbetrieb, sie wenden sich gegen den NC am Studienseminar und gegen die Lehrerarbeitslosigkeit.

■ Eltern und Schüler der Schule Krohnstieg tragen die Bildungsreform in Form eines Sarges symbolisch zu Grabe.

■ An der Schule Burgstraße boykottieren die Schüler den Unterricht, die Eltern organisieren einige Tage später, nachdem sie sich von den ihrer Meinung nach scheindemokratischen Manövern der Schulbehörde überzeugt haben, einen dreitägigen Schulstreik und einen Demonstrationszug zum Schulsenator.

■ Der Kreiselternrat Wandsbek droht mit Schulstreik, falls die Sparmaßnahmen nicht zurückgenommen werden. Die Elternkammer (die höchste Ebene) hingegen hält es jetzt für angebracht, eigene Sparvorschläge zu machen: Verlängerung der Lehrerarbeitszeit, befristete Einstellung von Lehrern, Erhebung einer Bildungssteuer. Zugleich protestiert sie jedoch gegen die Nichteinhaltung des SchVG durch die Behörde.

■ Der Kreiselternrat Wandsbek fordert Apels Rücktritt und tritt selbst geschlossen zurück, um einer Bußgelddrohung zu entgehen.

■ Die GEW kündigt einen Sozialplan für arbeitslose Lehrer an.

■ 100 Elternvertreter aus mehreren Schulkreisen, behördenunabhängigen Eltern-Initiativgruppen angehörend, sprechen sich für Schulstreik und eine Protestdemonstration aus.

■ Der Vorsitzende des Lehrerverbandes empfiehlt die Kürzung der Lehrergehälter um monatlich 50 DM, um so weitere Planstellen halten zu können.

Einsparungen bei der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Hamburg

1. Personaleinsparungen (Zeitraum 1975/76)

Bereich Schule	737 Planstellen
Bereich Jugend	163 Planstellen
Verwaltung	50 Planstellen
Summe:	950 Planstellen

(bei insgesamt rund 20 000 Planstellen)

2. Sachmitteleinsparungen

Kleine Lernmittel	4 026 000 DM
Zuschüsse an Privatschulen	1 000 000 DM
Kinderferienpaß	875 000 DM
Jugend- u. Familienförderung	291 000 DM
Landesjugendplan	379 000 DM
Jugendfürsorge	39 000 DM
Erziehungsheime	367 000 DM
Kinder- u. Jugendheime	171 000 DM
Summe:	7 148 000 DM

Da die kleinen Lernmittel nicht sofort reduziert werden können, sind darüber hinaus folgende Einsparungen vorgesehen:

Berufsgrundbildungsklassen	440 000 DM
Sprachlabors	367 000 DM
Audiovisuelle Unterrichtsmittel	216 000 DM
Summe:	1 023 000 DM

3. Investitionseinsparungen

Bereich Schule 150 Mio. DM
(Es unterbleiben folgende Bauvorhaben: 1 Gymnasium, 2 Fachraumtrakte, 2 Eingangszentren, 5 Volks- und Realschulen mit 80 Klassen, 3 Sonderschulen, 11 Ganztagseinrichtungen an Sonderschulen, 2 Berufsschulen in den Berufsschulzentren Bergedorf und Wilhelmsburg, Neubau des Studienseminars)
Bereich Jugend 25 Mio. DM
(Es unterbleiben folgende Bauvorhaben: Neubau weiterer Kindertagesheime mit 4 Ausnahmen, Kinderzentrum Altona, 5 Häuser der Jugend)
Summe: 175 Mio. DM

(Zahlen aus: Informationen der BSJG, Sondernummer April 1975)

TRIKONT

8 München 80
Josephsburgstraße 16

FLUGBLATTLIEDER von Walter Moßmann

Politische Lieder im Balladenstil, gesungen von Walter Moßmann, manchmal begleitet von ‚Improvisationsgruppen'. Fast alle Lieder stehen im Zusammenhang mit Aktionen und Ereignissen. Trotzdem sind es keine klotzigen Kampflieder, sondern ‚Politik' erscheint dabei in den Verhaltensweisen, Gedanken, Gefühlen, Interessen ganz normaler Leute. Zuletzt hat Walter Lieder für den Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung im Kampf gegen Atomkraftwerk und Bleiwerk gemacht und dort auch gesungen. Siehe auch die von Trikont vertriebene Single DIE WACHT AM RHEIN.
Ein paar Titel: *Chile/Betriebsfrieden/Westend/Berufsverbot/KKW-Nein.*
Wolf Biermann hält Walter für einen der wenigen westdeutschen Sänger, die was taugen. **Erscheint im Juli.**
Best. Nr. L 45 DM 18.00

Italien

Neue LP von Lotta Continua

Il tourismo serve a tutti ... i padroni (Der Tourismus dient allen ... Unternehmern)

Canzone dei barracati (Lied der Barackenbewohner)/Chi e che dice: la violenza e tutta uguale? (Wer ist es, der sagt: die Gewalt ist immer gleich) /I tre gemelli (Die drei Zwillinge)/Il tourismo serve a tutti...i padroni/Io so che tu verrai (Ich weiß, daß du kommen wirst)/Mamma cara (Teure Mutter)/Cambiano i tempi (Wechseln wir die Zeiten)/Gli Agnelli (Die Agnellis)
Best. Nr. L 46 DM 18.00

Lange vergriffen, jetzt wieder da !!!

Mio caro padrone domani ti sparo (Morgen, mein lieber Unternehmer, erschieß ich dich)

Wohl das beste, was es an neueren italienischen Liedern gibt. Seriös, heroisch, grotesk, ironisch, pathetisch. Eine Mischung aus Vaudeville, Operette von Offenbach, Charly Brown, italienischer Tradition.
Best. Nr. L 48 DM 22.00

CONTINUA

★ erscheint wöchentlich 50Pfg

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN

BERICHTE über Kinder-, Jugendarbeit, Betriebs-, Stadtteil-, Knastarbeit, Uni-, Schulbereich, Medienarbeit, Selbstverwaltung, Emanzipation, Organisierung Selbstdarstellungen arbeitender Gruppen.

EINZELABOS: Postkarte mit deutl. Absender ans INFO-BUG u. 1o dm (BRD 11 dm) aufs Pschk. Nr.: 119o34-1o1 Bln-W, K.O. Porip
PROBEEXEMPLARE: o,6o dm in briefmarken beilegen.
INFO-BUG, 1 berlin 21
Stephanstr. 6o

■ Der Personalrat in der Schulbehörde (mehrheitlich von GEW-Vertretern besetzt) warnt den Schulsenator, seine Mitbestimmungsrechte nicht zu übergehen. (Der Senator gibt nach und erkennt an, daß es sich bei einer Schule um einen „wesentlichen Teil einer Dienststelle" handele; der Personalrat stimmt daraufhin den beabsichtigten Schulschließungen zu.)

■ Die unabhängigen Elterninitiativen rufen einen Schulboykott für ganz Hamburg aus. Am 16. 6. folgen diesem Aufruf 10 000 Schüler. 2 Tage später kommt es zur zentralen Demonstration.

Alle diese Aktionen waren nicht ganz erfolglos: Der Senat mußte, wenn auch nur für ein halbes Jahr, mehr Lehrer einstellen als ursprünglich beabsichtigt. Kennzeichnend für diese Reaktionen der Betroffenen dürfte sein, daß sie zunehmend den durch das SchVG abgesteckten Rahmen überschreiten, daß sich allmählich eine schulkreisübergreifende Zusammenarbeit entwickelt, daß unterschiedliche politische Standorte und linke Fraktionskämpfe die Einheit im Protest bislang nicht wesentlich beeinträchtigen.

Reaktionen des Staates

Die staatlichen Stellen reagierten auf die Protestwelle mit Geduld, Zuckerbrot und Peitsche:

Zuckerbrot: Senator Apel zeigt volles Verständnis („Glauben Sie mir: Ich wäre auch stocksauer", „Mir macht das Sparen keinen Spaß"), er stellt sich für telefonische Anfragen zur Verfügung. Eine ähnliche public-relation-Aktion macht Finanzsenator Seeler: Er nimmt telefonisch Sparvorschläge aus der Bevölkerung entgegen. Durch Bewilligung der Reparaturkosten für die Klimaanlage der Gesamtschule Steilshoop soll die Atmosphäre entspannt werden. Die FDP zeigt vorübergehend leichte Unsicherheiten und will sich von den Sparbeschlüssen distanzieren. Die Sonderschulen werden von der Abschaffung der kleinen Lernmittelfreiheit ausgenommen. Apel stellt in Aussicht, Wünschen beamteter Lehrer nach halber Stundenzahl großzügig entgegenzukommen. (Außerdem sollen sich je zwei Absolventen des Studienseminars eine Planstelle für eine gewisse Übergangszeit teilen, um so die Arbeitslosigkeit zu mildern.)

Peitsche: Alle Eltern erhalten einen Brief, in dem ihnen im Falle des Schulboykotts Bußgelder angedroht werden. Dem gehen verschiedene gleichgerichtete Warnungen voraus. Die Schulbehörde verschärft ihr Vorgehen gegen „Radikale": Wegen Mitgliedschaft im KPD-orientierten Edwin-Hoernle-Bund und wegen angeblich einseitigem Geschichtsunterrichts wird die Entlassung eines fest verbeamteten Studienrates betrieben.

Geduld: Im übrigen hoffen die Behörden auf die beruhigende Wirkung der Ferien. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß sie sich darin täuschen.

Die Rolle der GEW

Die GEW, Landesverband Hamburg, war während dieser Auseinandersetzungen durch den vom Vorstand verschuldeten Satzungsstreit gelähmt.(Der Vorstand mußte durch Gerichtsentscheid zur Einberufung einer satzungsändernden Hauptversammlung gezwungen werden.) Außer verbalen Protesten und einer Dokumentation über die Sparmaßnahmen steuerte sie nur das Versprechen bei, einen Sozialplan für arbeitslose Lehrer zu entwickeln. Die Vertrauensleuteversammlung (zur Zeit das einzige intakte Organ) sprach sich zwar für eine Beteiligung an der Demonstration aus, der Vorsitzende Wunder warnte jedoch davor, da nicht auszuschließen sei, daß Linksradikale die Demonstration führten; er könne nur die Teilnahme an einer Demonstration empfehlen, die ganz eindeutig von der GEW geführt werde. Nach den Ferien macht die GEW eine Aktion anläßlich der Einschulung: Aufkleber (Text: „Eine sichere Zukunft — auf die Schule kommt es an!"), „GEW-Bleistifte" und Flugblätter für die Eltern werden verteilt. Die Ferien selbst hielt der Vorstand der GEW für den günstigsten Moment, um dem Hamburger Bürgermeister einen Dankesbrief dafür zu senden, daß er vor fast einem Jahr eine Rückstufung der Hamburger VR-Lehrer alter Ausbildung von A 13 nach A 12 im Rahmen des 2. Bes-VNG verhindert habe. Von der GEW ist vorläufig, d. h. solange sich die Landesvertreterversammlung noch nicht konstituiert hat, nichts Kräftiges gegen die Sparmaßnahmen zu erwarten. Die Betroffenen sind auf ihre eigenen Kräfte verwiesen. Das Potential ist groß: Schüler, Lehrer, Eltern, Studenten, Referendare fühlen sich erstmals gemeinsam bedroht. Die Aufgabe vor allem der unabhängigen Elterninitiativen wird es sein, die Gremien des SchVG zu kontrollieren, ohne sich von ihnen binden zu lassen, ein von der Springer-Presse unabhängiges Kommunikationssystem aufzubauen, Spaltungsmanöver rechtzeitig abzuwehren und Kampf- und Protestformen zu entwickeln, die sich darauf einstellen, daß kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten sind. Denn der Hamburger Senat scheint entschlossen, den Abbau von Sozialleistungen auf jeden Fall durchzusetzen und er hat sicher noch einige Repressionsmittel in petto.

ARBEITSFELD - GRUPPE SCHULE IN DER ISZ HAMBURG

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe) ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,— zuzüglich DM 3,— Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte „links" + „express"; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospekt „Broschüren des SB — Sommer 1975"; „links"-Extrablatt; Prospekt „Monthly Review — deutsche Ausgabe"; Prospekt „Rotbücher—Kursbücher—Rotkehlchen"; Spendenaufruf „Solidarität mit Portugal" mit anhängender Zahlkarte.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab sofort „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1975 DM 12,— (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift